

in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 141/142  
(2005/2006) [erschienen Frühjahr 2008], S. 108-157

## Zwischen Traditionalismus und „Konjunkturalwissenschaft“: Der Düsseldorfer Geschichtsverein und die rheinischen Geschichtsvereine im Nationalsozialismus\*)

Von STEPHAN LAUX

### Gegenstand, Forschungslage und Problemstellung

In der ersten, bereits 1946/1947 erschienenen Nachkriegsausgabe der „Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein“ erklärte Wilhelm Kisky (1881–1953), der von 1939 bis 1945 kommissarische Vorsitzende anstelle des zur Wehrmacht eingezogenen Max Braubach, der von ihm vertretene Verein habe sich von der Ideologie des Nationalsozialismus in jedweder Beziehung ferngehalten<sup>1)</sup>. „Weder“, so Kisky wörtlich, „in den Vorträgen auf unseren Versammlungen noch in den Annalen findet man eine Spur von der sog. nationalsozialistischen Geschichtsschreibung und Geschichtsauffassung. Wir haben uns auch von jeglicher Konjunkturalwissenschaft freigehalten.“ Ungeachtet der Tatsache, dass jede Geschichtsbeurteilung zeitgenössischen Tendenzen unterworfen sei, könne er doch „mit Stolz sagen, daß das Zeitalter der deutschen Schande in den Veröffentlichungen des Historischen Vereins für den Niederrhein keinen literarischen Niederschlag gefunden hat“.

Es steht hier nicht an, das Gegenteil zu behaupten: Dieser bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts gegründete, auf den nördlichen linksrheinischen Raum fixierte Geschichtsverein hat, wie neuere Forschungen gezeigt haben, unter dem Strich tatsächlich Distanz zum Regime gewahrt<sup>2)</sup>. Es verwundert somit nicht, dass Kisky für seinen Verein – wenn auch nur miszellenartig und freilich in ungebrochen positiver Sicht der Dinge – eine grundsätzliche Stellungnahme zur NS-Zeit abgab, die als solche in landesgeschichtlichen Periodika der Region nach 1945 ohnegleichen blieb. Denn blickt man in vereinsgebundene landes- bzw. ortsgeschichtliche Zeitschriften des Rheinlands nach 1945, so müsste man teils weit über die 1960er Jahre hinaus meinen, es habe den Nationalsozialismus nicht gegeben, weil er nicht mit einer Silbe erwähnt wurde.

\*) Im Zuge der Abfassung dieses Beitrags gebührt besonderer Dank Herrn Prof. Dr. Clemens von Looz-Corswarem und Herrn Dr. Benedikt Mauer, die mir bei der Heranziehung der Aktenüberlieferung im Stadtarchiv Düsseldorf (im Folgenden: StAD) mit Rat und Tat sehr behilflich waren. Ebenso danke ich für diverse inhaltliche Anregungen Dr. Horst Sassin (Solingen), Dr. Klaus Wisotzky (Essen), Dr. Fritz Dross (Erlangen), Georg Mölich, Kerstin Theis M.A., Dr. Michael Kaiser (alle Köln), Sebastian Hansen M.A., Dr. Christoph Rooff und Prof. Dr. Falk Wiesemann (alle Düsseldorf), Dr. Helmut Rönz (Bonn).

<sup>1)</sup> W. KISKY, Der Historische Verein für den Niederrhein von 1939 bis 1946, in: AnnHist VNrh 144/145, 1946/1947, S. 220–229, Zitate S. 228.

<sup>2)</sup> Vgl. U. HELBACH (Hrsg.), Der Historische Verein für den Niederrhein 1854–2004. Festschrift zum 150jährigen Bestehen (AnnHistVNrh, Bd. 207), 2004, darin zum Thema die Beiträge von K. PABST, U. HELBACH und S. LAUX.

Die Frage, ob und in welchem Maße der genannte Verein repräsentativ für die rheinischen Geschichtsvereine insgesamt war, ist unumgänglich, sollte jedoch komplexere Fragestellungen nicht überlagern. Veranlassung, Zweck und Sinn einer Beschäftigung mit historischen Vereinen in der nationalsozialistischen Zeit bedürfen an dieser Stelle zwar keiner näheren Erörterung. Mit Blick auf das Rheinland als den gewählten geographischen Bezugsrahmen sei hier aber hervorgehoben, dass eine Auseinandersetzung mit den rheinischen Geschichtsvereinen nicht nur im, sondern auch vor dem Nationalsozialismus ihre spezifische Brisanz daraus bezieht, dass insbesondere der linksrheinische Raum spätestens im Gefolge des Versailler Vertrags zur Projektionsfläche einer sukzessive verschärften Volkstumsideologie wurde. „Das Rheinland“ wurde ungeachtet der kaum behebaren Schwierigkeit seiner kulturell-räumlichen Definition zum Grenz- und im Zeichen der deutsch-französischen Auseinandersetzungen zum Streit- und Schicksalsland stilisiert – bzw. überhaupt erst als Einheit erfunden (so zuletzt Fritz Dross<sup>3)</sup>).

Manche mit dem Rheinland befasste Historiker noch der älteren Generation wie Aloys Schulte (1857–1941) und Hermann Oncken (1869–1945), vor allem aber die aus dem letzten Jahrhundertviertel stammenden wie Bruno Kuske (1876–1964), Justus Hashagen (1877–1961), Paul Wentzcke (1879–1960), Walter Platzhoff (1883–1967), Gerhard Kallen (1884–1973), Hermann Aubin (1885–1969) oder Franz Steinbach (1895–1993) haben, bedingt durch einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund im und nach dem Ersten Weltkrieg ihre Forschungsinteressen auf die deutsch-französische Auseinandersetzung um das Rheinland gerichtet<sup>4)</sup>. Selbstverständlich verlief keine Biographie wie die andere und bedingten schon fachdisziplinäre Unterschiede entsprechend divergente Interessenslagen. Dennoch bestand eine tief wirkende generationelle und ideelle Verbundenheit. Dass

<sup>3)</sup> Vgl. F. DROSS, Von der Erfindung des Rheinlands durch die rheinische Landesgeschichte. Eine Polemik, in: *Jahrbuch für Regionalgeschichte* 23, 2005, S. 13–34. – Vgl. ferner F. WEIN, Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919–1930 (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 33), 1992. – P. SCHÖTLER, Der Rhein als Konfliktthema zwischen deutschen und französischen Historikern in der Zwischenkriegszeit, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 9, Heft 2, 1994, S. 46–67. – K. PABST, Die „Historikerschlacht“ um den Rhein, in: J. ELVERT (Hrsg.), *Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert* (Historische Mitteilungen, Beiheft 46), 2003, S. 70–81.

<sup>4)</sup> Die fast durchgängig gegen ‚Versailles‘ eingestellte Haltung deutscher Historiker der Zwischenkriegszeit ist vielfach betont worden. Vgl. etwa G. REUVENI, Geschichtsdiskurs und Krisenbewußtsein, *Deutsche Historiographie nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 25, 1996, S. 155–186. – Übergreifend zur Etablierung antidemokratischen Denkens an den Universitäten im Gefolge von Versailles: B. BARTH, Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933 (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 61), 2003, S. 464–485. – Chr. CORNELISSEN, „Schuld am Weltfrieden“. Politische Kommentare und Deutungsversuche deutscher Historiker zum Versailler Vertrag 1919–1933, in: G. KRUMEICH (Hrsg.), *Versailles 1919. Ziele, Wirkung, Wahrnehmung*, 2001, S. 237–258.

dies keine Ex-Post-Zuschreibung ist, brachte 1936 der Kölner Wirtschaftshistoriker Bruno Kuske gegenüber dem Düsseldorfer Staatsarchivar Bernhard Vollmer brieflich zum Ausdruck: Dabei führte er als Argument für die ins Auge zu fassende Zusammenarbeit der rheinischen Geschichtsvereine eben jenes kollektive Erleben an, „da wir an der Westgrenze über die Erfahrungen der Besatzungszeit und der französischen und separatistischen Ansprüche verfügen, gegen die wir Historiker im Kampfe standen, und die uns zeigen, was auch in unseren Zusammenhängen am Rhein kulturpolitisch für die breiteren Schichten not tut“<sup>5)</sup>. Dass es in der Konzeption einer solchen, programmatisch auf den ‚Abwehrkampf‘ eingestellten Historiographie die Hervorkehrung des gefährdeten deutschen Volkstums war, die „not tut“ und dass dies nach 1919 in einer gegen Frankreich gerichteten Art und Weise zu geschehen habe, entsprach einem Konsens, der insbesondere in den deutschen Grenzräumen unter stärkster kulturpolitischer Förderung kaum überschaubare institutionelle Ausprägungen hervorbrachte. Methodisch begegneten sich Ost-, West-, Südost- und Nordforschung in einer betont unpolitischen Volks- oder Volkstumsgeschichte, die es in der Konsequenz aber zu erlauben schien, politisch verlorenen „Kulturbesitz“ zurückzufordern und damit, so der in Ost- wie in der Westforschung konzeptionell führende, frankophob wie slawophob eingestellte Hermann Aubin 1931, „Staat und Nation an der deutschen Westgrenze“ in Deckung zu bringen<sup>6)</sup>.

Die in der jüngeren Forschung vielfach nachgewiesene administrative Einbindung völkisch gesinnter Grenzforscher zeigt, dass die Aufnahme des Volkstumsmotivs genauso wenig ein wissenschaftsinterner Vorgang war, wie die Empfehlung dazu durch staatliche Stellen eine unverbindliche war. Ein eindrückliches Beispiel hierfür ist nach Inhalt und Wahrnehmung eine Rede des amtierenden badischen Kultusministers und späteren SS-Oberführers, Otto Wacker (1899–1940), die dieser Ende 1935 nach der erfolgten Gleichschaltung der „Badischen Historischen Kommission“ anlässlich der verspäteten Fünfzigjahresfeier der Vereinigung hielt. Wenn der promovierte Germanist Wacker auf diesem Festakt dazu aufforderte, „als Ziel vor sich den Volkstumsgedanken und in engem Zusammenhang damit die Volkskunde“ zu stellen und in der heimischen Region den „Reichsgedanken“ zu verfolgen<sup>7)</sup>, so erkannte der zu diesem Zeitpunkt an der Uni-

<sup>5)</sup> Kuske an die „Arbeitsgemeinschaft der Rheinischen Geschichtsvereine“ mit Abschrift an Vollmer, 8.10.1936 (Landesarchiv/ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (im Folgenden: HStAD) BR 2093–452, Bl. 16–18). Vgl. zur „Vernetzung unter den Historikern und der Politik“ K. THEIS, Die Historiker und die Rheinische Jahrtausendfeier von 1925, in: *Geschichte im Westen* 20, 2005, S. 23–48, hier S. 34–40.

<sup>6)</sup> H. AUBIN, Staat und Nation an der deutschen Westgrenze (Völkerrechtsfragen, Heft 34), Berlin 1931. Dazu wohlwollend kommentierend F. PETRI, Staat und Nation an der deutschen Westgrenze. Zu einer Studie H. Aubins, in: *RheinVjbl* 2, 1931, S. 71–78 (mit dem Plädoyer für eine über den Faktor ‚Sprache‘ hinaus geführte, systematische Volkstumforschung).

<sup>7)</sup> Vortrag Wackers am 14.12.1935 und Ansprache Mayers in: *ZGORh* 88, 1936, S. 518–522 bzw. 523–555. Die Veranstaltung war in Folge der nationalsozialistischen Machtübernahme

versität Freiburg tätige Professor und Kommissionsvorsitzende Theodor Mayer den Sinn dieser Worte ganz recht: weniger eine appellative als vielmehr die autoritative Erwartung an die Adresse aller in Frage kommenden Disziplinen zur ideologischen Rückgewinnung des nunmehr französischen Teils des Oberrheins. Schließlich dürfe es, so Mayer selbst, „nicht wieder sein, daß Staat und Wissenschaft verschiedene Weltanschauungen vertreten und die geistige Geschlossenheit des Volkes zerreißen“. Eine apolitische, in sich selbst vertiefte Geschichtswissenschaft verbot sich somit.

Die Frage nach der Adaption der Volkstumsgeschichte auf der Problemgrundlage der viel beachteten Studie von Georg Kunz zum 19. Jahrhundert<sup>8)</sup> ist demnach ein Schlüssel zur Beurteilung historischer Vereine in der NS-Zeit, zumal der Volkstumsbegriff in seiner wissenschaftlichen Anwendung wie in der propagandistischen Verbreitung in räumlich begrenzten Einheiten wirken musste. Seine Rezeption durch die sich allmählich etablierende Landesgeschichtsforschung folgte daher einer methodischen Logik genauso wie der wissenschaftspolitisch günstigen Konjunktur. Die antizentristische Tendenz regionaler Geschichtsbetrachtungen drohte jedoch dem seit dem Kaiserreich im doppelten Sinne des Begriffs ‚im Raum‘ stehenden Partikularismusvorwurf neue Nahrung zu verschaffen. Somit erklärt sich, dass die Vertreter der frühen landesgeschichtlichen Forschungsstätten nicht müde wurden, ungeachtet etwaiger konfessionell, geographisch, politisch und insgesamt kulturell bedingter Sonderentwicklungen den integrativen oder bevorzugt auch den organischen Zusammenhang ‚ihrer‘ Landes- mit der Nationalgeschichte hervorzukehren<sup>9)</sup>. Vor im Grunde derselben Situation standen die historischen Vereine, die ja wissenschaftsgeschichtlich noch mindestens ein halbes Jahrhundert vor der universitären Begründung der Landesgeschichte standen. Die Frage nach dem Stellenwert der Volksgeschichte in den Vereinen bzw. in ihren publizistischen Erzeugnissen stellt sich deshalb nachdrücklich, weil die Popularisierung des Volkstumsbegriffs sich spätestens seit der Weimarer

und der Gleichschaltung der Kommission aufgeschoben worden. Vgl. auch ebd. Jg. 92, 1940, S. I–V das „Geleitwort zum ersten Kriegsheft“ von Karl Stenzel. Mayer (1883–1972), der 1942 Präsident der „Monumenta Germaniae Historica“ wurde, sollte nach 1945 der einzige mediävistische Lehrstuhlinhaber sein, dem aufgrund seiner nationalsozialistischen Vergangenheit die Rückkehr auf ein Ordinariat bzw. in den Staatsdienst dauerhaft verweigert wurde. Vgl. zu ihm ausführlich A. Chr. NAGEL, Im Schatten des Dritten Reiches. Mittelalterforschung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1970 (Formen der Erinnerung, Bd. 24), 2005, S. 26 u. 156–187.

<sup>8)</sup> G. KUNZ, Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewußtsein in den deutschen historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 138), 1. Aufl. 2000. Hinsichtlich des Geschichtsverständnisses historischer Vereine im 19. Jahrhundert sind weiter Arbeiten von Gabriele B. CLEMENS einschlägig, etwa: Regionaler Nationalismus in den Historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts?, in: WestForsch 52, 2002, S. 133–158.

<sup>9)</sup> Vgl. eindrücklich R. KÖTZSCHKE, Nationalgeschichte und Landesgeschichte, in: Thür SächsZGKunst 13, 1923/1924, S. 1–22.

Republik untrennbar mit der Heimat- bzw. Heimatschutzbewegung verband.

Im Rahmen der preußischen Rheinprovinz hatte sich das historische Vereinswesen bis zu den ersten Jahren der Weimarer Republik weitgehend ausdifferenziert, was kein Zufall ist, da manche Gründung nach 1919 – der „Geschichtsverein des Monschauer Landes“ (1923) ist ein gutes Beispiel unter mehreren – mit staatlicher Unterstützung zur Stärkung des vaterländisch-nationalen Geistes beitragen wollte<sup>10)</sup>. Am Anfang hatten die schon im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts gegründeten überregional orientierten Vereine gestanden. Mit rund zwei Jahrzehnten Abstand folgten ihnen, naturgemäß gehäuft im nördlichen Teil der preußischen Rheinprovinz, die kommunalen Vereine, denen im Einzelfall verschiedentlich bürgerliche Assoziationen vorausgegangen waren<sup>11)</sup>. Deren Vielfalt war alles in allem schwerlich zu überblicken: Nachdem das Oberpräsidium der Rheinprovinz im Frühjahr 1938 bei den Landräten veranlasst hatte, alle „Heimatvereine“, „Natur- und Naturschutzvereine“ und „Geschichtsvereine“ zu melden, „um einen genauen Überblick über die Heimatpflege der Rheinprovinz zu bekommen“, kam eine Liste von 175 Vereinen zusammen. In diesem keineswegs vollständigen Verzeichnis finden sich veritable Geschichtsvereine, aber auch Verschönerungs-, Kleingarten- und Verkehrsvereine, Naturvereine wie der „Entomologische Verein Kleve“ und Heimatvereine wie die „Heimattreuen Landsleute von Rur und Würm“<sup>12)</sup>. Als „Gelehrte Gesellschaften“ verstanden sich dagegen 1940 36 Vereine und Kommissionen im Bereich der Rheinprovinz, die dem Leiter des „Gesamtvereins

<sup>10)</sup> Vgl. K. PABST, Landesgeschichte und Geschichtsvereine im Rheinland, in: Geschichte im Westen 7, 1992, S. 28–39. – DERS., Geschichtszeitschriften und Geschichtsvereine im Rheinland seit 1815, in: K. DÜWELL/W. KÖLLMANN (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, 1, 1983, S. 317–336 (jeweils mit der älteren Literatur). Als Vorstudie und Diskussionsanregung versteht sich der Beitrag von K. PABST, Thesen zur Entwicklung der Historischen Vereine in Deutschland in der Zeit des Dritten Reiches, in: S. LENNARTZ (Hrsg.), Geschichtsvereine. Entwicklungslinien und Perspektiven lokaler und regionaler Geschichtsarbeit (Bensberger Protokolle, Bd. 62), 1990, S. 35–40. Zum Monschauer Verein: E. NEUSS, 80 Jahre Geschichtsverein des Monschauer Landes, in: Das Monschauer Land 32, 2004, S. 12–32.

<sup>11)</sup> Überregional: „Historischer Verein für Geldern und Umgegend“ (1851), „Historischer Verein für den Niederrhein, insbesondere die alte Erzdiözese Köln“ (1854), „Bergischer Geschichtsverein“ (1863). Städtisch: Aachen (1879), Düsseldorf und Essen (beide 1880), Bonn (1886), Düren (1897), Mülheim a. d. R. (1906), Köln (1907) und Jülich (1923).

<sup>12)</sup> So die nicht datierte Liste am Anfang der Akte Nr. 11254 („Heimatvereine“) im Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland (künftig: ALVR). Die Aufforderung an die Landräte war am 12.3.1938 ohne ersichtlichen Anlass ergangen. Gegenwärtig (Ende 2006) fördert der „Landschaftsverband Rheinland“ nach eigener Darstellung über seine „Fachstelle für Regional- und Heimatgeschichte“ 48 Periodika überwiegend landes- oder ortsgeschichtlicher Ausrichtung dauerhaft (<http://www.lvr.de/FachDez/Kultur/Fachstelle/Aktivitaeten/geofoerderte+schriften.htm>).

der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine“, Willy Hoppe, für das „Minerva-Handbuch“ Meldung taten<sup>13</sup>).

Die Frage nach der Wissenschaftlichkeit dieser Vereine ist eine Ermessensfrage, für die Bezeichnungen und Satzungen keine hinlänglichen Anhaltspunkte geben<sup>14</sup>). Die Kriterien für eine Auswahl sollten daher vom Erkenntnisinteresse her vorgegeben werden. Demnach sind für unsere Zwecke unter den ‚wissenschaftlichen‘ Vereinen diejenigen zu fassen, die serielle Publikationen eindeutig vorwiegend historischen Inhalts, empirischer Qualität und erheblichen Umfangs hervorbrachten und deren Rezeption über den jeweiligen lokalen Horizont hinauswies.

Dieser engere Kreis von Vereinen und der jüngere Forschungsstand ist wie folgt zu umreißen: Über den „Historischen Verein für den Niederrhein insbesondere die ältere Erzdiözese Köln“ ist 2004 ein umfassender Sammelband veröffentlicht worden, für die auf die gesamte Rheinprovinz ausgerichtete „Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde“<sup>15</sup>) ist eine größere Arbeit in Entstehung. Die Geschichte des 1925 gegründeten „Vereins für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande“ harrt noch der Aufarbeitung. Diese ist untrennbar von der komplexen Geschichte des „Instituts für Geschichtliche Landeskunde der Universität Bonn“, das im Zuge der Erforschung der interdisziplinären „Westforschung“ der Weimarer Republik und NS-Zeit in jüngster Zeit viel Aufmerksamkeit gefunden hat<sup>16</sup>). Für zwei weitere größere Vereine, die allerdings nur bedingt als ‚rheinisch‘ zu bezeichnen sind, sind Arbeiten soeben veröffentlicht worden, nämlich für den „Historischen Verein für Stadt und Stift Essen“<sup>17</sup>) und den „Bergischen Geschichtsverein“<sup>18</sup>). Seit längerem zur Verfügung stehen Darstellungen zum „Aachener Geschichtsverein“<sup>19</sup>) und zum allerdings schlecht doku-

<sup>13</sup>) W. HOPPE/G. LÜDTKE (Hrsg.), Die deutschen Kommissionen und Vereine für Geschichte und Altertumskunde (Minerva-Handbücher, 4. Abt., Bd. 1), 1940, S. 279–280. Das Handbuch enthält in einer Reihe von Fällen von den Vereinen selbst formulierte Angaben über ihre Nähe zur NSDAP. Manche Vereine sind nur namentlich aufgeführt, weil von ihren Vertretern keine Selbstdarstellungen eingingen.

<sup>14</sup>) Dazu sei als Beispiel der 1886 unter der Bezeichnung „Bonnensia“ gegründete Bonner Verein genannt, der sich 1891 in „Alt-Bonn“ und seit 1951 in „Bonner Heimat- und Geschichtsverein“ umbenannte.

<sup>15</sup>) Hierzu hat Dr. Klaus Pabst (Kerpen) eine größere Darstellung vor der Fertigstellung.

<sup>16</sup>) Vgl. M. NIKOLAY-PANTER, Der Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande. Gründung und frühe Jahre, in: RheinVjbl 65, 2001, S. 374–399. – Zur Bonner Institutsgeschichte sei auf die zahlreichen Bezugnahmen hingewiesen in: B. DIETZ/H. GABEL/U. TIEDAU (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960) (Studien zur Geschichte und Kultur Nordwesteuropas, Bd. 6), 2 Teilbände, 2003.

<sup>17</sup>) K. WISOTZKY, 125 Jahre Historischer Verein für Stadt und Stift Essen (BeitrGessen, Bd. 117), 2005, hier bes. S. 103–146.

<sup>18</sup>) H. SASSIN, Der Bergische Geschichtsverein 1933–1945, in: ZBergGV 100, 2006, S. 161–256. Ich danke Herrn Dr. Sassin für die vorangegangene Überlassung des druckbereiten Manuskripts.

<sup>19</sup>) Vgl. unten Anm. 22 und 131.

mentierten „Jülicher Geschichtsverein“<sup>20</sup>). Dieser hat im übrigen wie der „Geschichtsverein für Geldern und Umgegend“ kein durchgängig erscheinendes Periodikum hervorgebracht<sup>21</sup>). Mit Blick auf Weimarer Zeit und Nationalsozialismus ist ein Desiderat die Geschichte der mitgliedsstarken „Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde“ (WGfF), deren Arbeit sich am Schnittpunkt wissenschaftlich-systematischer und laienmäßiger Sippenforschung vollzog: Für deren Erforschung bieten sich zwar ebenfalls schwierige archivische Voraussetzungen, allerdings scheint hier die Aufgeschlossenheit gegenüber einem kritischen Rückblick auf die eigene Geschichte noch nicht weit gediehen zu sein<sup>22</sup>). Es bleiben somit die zwei größten städtischen Geschichtsvereine im Rheinland, der „Kölnische Geschichtsverein“<sup>23</sup>) und der „Düsseldorfer Geschichtsverein“<sup>24</sup>), daneben noch der Verein „Alt-Bonn“<sup>25</sup>), deren Geschichte noch nicht oder nicht befriedigend aufgearbeitet sind und die wegen ihrer Bedeutung und unter Berücksichtigung typologischer Kriterien Beachtung verdienen.

<sup>20</sup>) Vgl. G. VON BÖREN, Die Geschichte der Geschichte: Der Jülicher Geschichtsverein 1923–1998, in: DERS./E. FUCHS (Hrsg.), Jülich: Stadt, Territorium, Geschichte. Festschrift zum 75jährigen Jubiläum des Jülicher Geschichtsvereins 1923 e.V. (Jülicher Geschichtsblätter, Bd. 67/68), 2000, S. 15–48.

<sup>21</sup>) Der Jülicher Verein begründete mit den „Jülicher Heimatblättern“ erst 1958 ein Periodikum (ab 1968 „Beiträge“, ab 1990 „Neue Beiträge zur Jülicher Geschichte“). Zuvor war unter der Bezeichnung „Rur-Blumen“ (1921–1944) nur eine einer Zeitung angeschlossene kulturhistorische Heimatbeilage erschienen. Vgl. G. BERS, 50 Jahre Jülicher Geschichtsverein, in: Beiträge zur Jülicher Geschichte 40, 1973, S. 5–11, hier S. 6.

<sup>22</sup>) Die 1913 in Köln gegründete „Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde e. V.“ (WGfF) bezeichnet sich heute in ihrer Homepage als „größte regionale genealogische Vereinigung im Dachverband der ‚Deutschen Arbeitsgemeinschaft Genealogischer Verbände““. 1938 zählte die WGfF 1.308 Mitglieder (HOPPE/LÜDTKE (wie Anm. 13), S. 124). Das von der WGfF behandelte Gebiet ist heute in 13 Bezirksgruppen unterteilt. Eine zentrale archivische Bestandsbildung ist mit Ausnahme der Geschäftsregistratur ausgeblieben (frdl. Auskunft Dr. Christian Reinicke, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen/Personenstandsarchiv Brühl, 7.7.2005). Die Jubiläumspublikationen 1963 und 1988 erwähnen den Nationalsozialismus nicht. Auf meine schriftlichen Anfragen an die Geschäftsführung der WGfF vom 22.8.2005 u. 7.6.2006 bezüglich einer eventuellen Aufarbeitung der Geschichte der WGfF in der NS-Zeit erhielt ich knapp zwei Jahre später (31.5.2007) die Mitteilung, dass im Gefolge eines nicht spezifizierten Vorstandsbeschlusses ein die NS-Zeit behandelnder Aufsatz in einer Vereinschronik vorbereitet werde. In der Zwischenzeit erschien von Wissenschaftlern außerhalb der WGfF der fundierte Aufsatz von S. KREBS/W. TSCHACHER, „Sippenforschung und Rassepolitik“ – Albert Huyskens und der Aachener Mythos vom katholischen Widerstand [<http://www.histech.rwth-aachen.de/content/1564/Sippenkunde.pdf>, Stand meiner Einsichtnahme: 9.1.2007].

<sup>23</sup>) Zu diesem Verein existiert m.W. keinerlei Schrifttum. Selbst einer auf die Publikationen des Vereins beschränkte Untersuchung bietet sich kaum eine Grundlage, da die Vereinszeitschrift keine Jubiläumsbeiträge und keine kommentierenden Vereinsberichte enthält.

<sup>24</sup>) Vgl. H. DAHM, Der Düsseldorfer Geschichtsverein in den Jahren 1930–1955, in: DJb 49, 1959, S. XIII–XXXI. – DERS., Ein Geschichtsverein heute. Allgemeines und Besonderes zum hundertjährigen Jubiläum des Düsseldorfer Geschichtsvereins, in: DJb 57/58, 1980, S. IX–XLI. – Jüngst: H. A. WESSEL, 125 Jahre Düsseldorfer Geschichtsverein. Kontinuitäten im Wandel politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, in: DJb 75, 2004/2005, S. 13–44.

<sup>25</sup>) Vgl. bislang nur J. DIETZ, Aus dem Vereinsleben der letzten zwölf Jahre, in: Bonner Geschichtsblätter, 4, 1950, S. 5–10.

Im Folgenden wird der „Düsseldorfer Geschichtsverein“ (DGV) im Vordergrund stehen, der in mancherlei Hinsicht als paradigmatisch anzusehen ist und der nicht zuletzt den herausragenden Vorzug einer adäquaten archivischen Quellenüberlieferung bietet. Wie die meisten historischen Vereine hat auch der DGV seiner selbst lediglich im Sinne der Traditionspflege gedacht. Soweit die nationalsozialistische Zeit angesprochen wurde, so hat man sich selbst Unbedenklichkeitserklärungen ausgestellt. Die über verschiedene Archive verteilten Quellen sind nicht systematisch und nur beiläufig herangezogen worden<sup>26</sup>). Daneben ist zu unterstreichen, dass sich auch im Zuge der allmählichen Erstellung kritischer Vereinsgeschichten und einer zumindest in ihren größeren Problembereichen aufgearbeiteten rheinischen Historiographiegeschichte eine Gesamtdarstellung des regionalen historischen Vereinswesens weiterhin aufdrängt.

Mit Ausnahme der genannten jüngst erschienenen, kritischen Darstellungen hat die Erforschung von Geschichtsvereinen mehr oder minder unbefriedigende Ergebnisse auch in qualitativer Hinsicht hervorgebracht. Dies dürfte sich auf drei Grundprobleme zurückführen lassen.

(1) Primär technischen Charakters ist der Umstand, dass bei vielen (wenn nicht den meisten) historischen Vereinen archivische Bestandsbildungen aus- oder provisorisch blieben und dass, abgesehen von kriegsbedingten Verlusten, Schriftstücke beiläufig oder auch gezielt vernichtet wurden. Die Veranlassung dazu dürfte schon dadurch motiviert worden sein, dass mancher Vereinsverantwortliche seine Korrespondenzen eher als privates denn als offizielles Schriftgut ansah.

(2) Die geringe Neigung der Geschichtsvereine, sich kritischen Fragen hinsichtlich ihrer selbst zu unterziehen, bedarf nicht allein hinsichtlich des Nationalsozialismus keines Nachweises. Im Rahmen von Jubiläumsbeiträgen, Festschriften und Nachrufen wurden regelmäßig positive Traditionen und Leistungen beschworen, individuelle oder kollektive Haltungen gegenüber dem Nationalsozialismus hingegen verschwiegen und die Jahre von 1933 bis 1945 insgesamt mit Fremdbestimmung und Bombenkrieg in ‚schwerer Zeit‘ gleichgesetzt.

(3) Da auch die nicht vereinsgebundene, akademische Geschichtswissenschaft eine kritische historiographiegeschichtliche Tradition erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg ausbildete und im Zuge dessen den Geschichtsvereinen keinen erheblichen Stellenwert beimaß, sind tiefgreifende Arbeiten im Spektrum der Vereine praktisch ausgeblieben.

Infolgedessen steht am Anfang einer jeden Beschäftigung mit den historischen Vereinen die kategorische Frage nach der Profilierung des

<sup>26</sup>) Dabei ist in erster Linie das relativ gut überlieferte Vereinsarchiv (StAD, hier: Bestand XX) zu nennen. Von zentralem Wert sind die Schriftwechsel von 1929–1935 (Nr. 520) u. 1939–1945 (Nr. 521) und zwei Protokollhefte der Vorstands- bzw. Führerratssitzungen (25.3.1930–6.12.1945) (künftig: Kladde A) sowie der Jahreshauptversammlungen (26.3.1924–12.3.1944) (künftig Kladde B). Daneben existiert im StAD eine bislang nicht inventarisierte Vereinsregistratur (künftig StAD, Reg. DGV).

eigentlichen Untersuchungsobjekts und somit danach, was den Verein denn eigentlich ausmache: Die verifizierbaren Erträge seiner publizistischen Arbeit ein- oder ausschließlich seiner Verfasserschaft? Die Gesamtzahl der Mitglieder oder eher die leitenden Kreise? Die geselligen Aktivitäten? Die Verflechtung des Vereins im örtlichen und überörtlichen Kulturleben? Während diese Vorabfragen allesamt durchaus unterschiedlich beantwortet werden können, muss als methodische Prämisse für vereinsgeschichtliche Untersuchungen vorausgesetzt werden, dass diese nicht ausschließlich auf der Grundlage der in den Zeitschriften publizierten Beiträge und noch weniger auf der von Vereinsrückblicken allein fußen dürfen. Es geht vielmehr kein Weg vorbei an der Offenlegung der informellen personellen und institutionellen Verflechtungen sowie der zeitgeschichtlich bedingten Traditionsbildungen. Ein solches nicht deduktives Verfahren drängt sich von selbst auf, da sich in landesgeschichtlichen Zeitschriften programmatische Darstellungen typischerweise nicht oder nur sehr selten und dann auch nur in oberflächlicher Form finden. Infolgedessen lassen sich Erkenntnisse über das Selbstverständnis oder zumindest über motivierende Faktoren in historischen Vereinen nicht anders als in analytischer Weise gewinnen.

#### Das Rheinland im Grenzkampf: Der „Düsseldorfer Geschichtsverein“ unter dem Vorsitz Paul Wentzckes (1927–1935)

Wie die meisten anderen größeren Geschichtsvereine hatte auch der „Düsseldorfer Geschichtsverein“ (DGV) seit seiner Gründung 1880 einen Prozess der Professionalisierung bzw. Akademisierung durchlaufen<sup>27</sup>): An den Führungsspitzen der Vereine folgten den bildungsbürgerlichen Honoratioren aus Schule, Kirche und Verwaltung nach den Anfangsjahren vielerorts institutionell eingebundene Geschichtswissenschaftler, die einander kooptierten und somit Standeskreise begründeten. Im Falle des DGV etwa waren von den acht Vorsitzenden im 20. Jahrhundert sechs Archivare, die teils auch im Hochschuldienst standen.

Über knapp drei Jahrzehnte hatten der Düsseldorfer Stadtbibliotheksdirektor Constantin Nörrenberg (1906–1927) und der Stadtarchivar Paul Wentzcke (1927/1928–1935) die Führung des Vereins in den Händen. Der Einfluss Nörrenbergs (1862–1937) auf den DGV ist mangels aussagekräftiger Quellen schlecht nachzuvollziehen, dürfte aber wohl doch prägend gewesen sein<sup>28</sup>). In den 22 Jahren unter seinem Vorsitz publizierte das

<sup>27</sup>) Zur Gründungsgeschichte des DGV, die in einem gewissen Zusammenhang mit der protestantischen Ausrichtung des „Bergischen Geschichtsvereins“ zu sehen ist, vgl. zuletzt G. VOLLMER, Wilhelm Herchenbach (1818–1889). Lehrer, Schriftsteller, erster Vorsitzender des Düsseldorfer Geschichtsvereins und „der unermüdliche und opferwillige Freund der Heimathstadt und ihrer Geschichte“, in: DJb 71, 2002, S. 79–105, hier S. 91–96.

<sup>28</sup>) Der Protokollband StAD, XX, Nr. 531 (Protokolle der Vorstandssitzungen, 1914–1930) ist wenig ergiebig.

„Düsseldorfer Jahrbuch“ (DJb) Aufsätze fast ausschließlich zur vormoder-  
nen Geschichte der Stadt. Vielfach waren Archivare die Verfasser der quel-  
lengesättigten Darstellungen, die immer wieder um die Territorial-, Ver-  
fassungs-, Rechts- oder Baugeschichte kreisten, um den Adel, Bürger und  
Zünfte und diverse andere Aspekte der Geschichte der (seit den 1950er  
Jahren so genannten) Frühen Neuzeit. Eine Ausnahme bildete die noch in  
Nörrenbergs Amtszeit 1927 publizierte, fast 700seitige Darstellung des  
früheren Düsseldorfer Oberbürgermeisters Adalbert Oehler über Düssel-  
dorf im Ersten Weltkrieg<sup>29</sup>). Ansonsten waren die Beiträge thematisch so  
weit gestreut, wie es für das allgemein aufblühende, methodisch reichlich  
unbekümmerte Interesse an der Kulturgeschichte in jener Zeit typisch war.  
Nörrenberg selbst befasste sich seinem fragmentarischen Nachlass zufolge  
mit der Papierherstellung und -normung, mit germanischer Sprachenkunde,  
Kostüm-, Runenforschung und beiläufig auch der Rassentypologie<sup>30</sup>),  
pflegte insofern ein für Volkstumsfragen aufgeschlossenes, aber  
sichtlich unsystematisches Interesse. Mit seiner Pensionierung vom Biblio-  
theksdienst trat Nörrenberg auch vom Vorstandsamt im DGV zurück und  
zog nach München um. Am 27. Februar 1927 leitete er seine letzte Haupt-  
versammlung des DGV, die ihn als neues Ehrenmitglied entließ.

Wenngleich auch unter Nörrenberg eher volkstümlich anmutende Themen  
im DJb nicht gefehlt hatten, so vollzog sich erst unter seinem Nachfolger,  
Paul Wentzcke, eine terminologische, thematisch-inhaltliche und somit auch  
ideologische Annäherung der Vereinsführung an eine politische Volks-  
tumsgeschichtsschreibung. So hatte Wentzcke – nicht der noch amtierende  
Nörrenberg – das erwähnte, patriotisch gegen Versailles und den Kom-  
munismus in Düsseldorf polemisierende Buch Oehlers mit den Worten ein-  
geleitet, es berichte über die „Not der Stadt Düsseldorf in dem ungeheuren  
Ring, das Deutschland von einer mordgierigen Welt aufgegeben  
wurde“<sup>31</sup>). Im ersten von ihm eigenverantwortlich betreuten Jahrbuch 34  
(1928) ließ Wentzcke einen Beitrag „Unter der Fremdherrschaft“ publi-

<sup>29</sup>) A. OEHLER, Düsseldorf im Weltkrieg. Schicksal und Arbeit einer deutschen Großstadt,  
in: DJb 33, 1927, S. 1–673. Der promovierte Jurist Oehler war von 1911 bis zu seiner Ab-  
setzung durch den „Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats“ Anfang 1919 Ober-  
bürgermeister der Stadt. Damit war seine politische Karriere vorzeitig beendet (vgl. u.a. H.  
ROMEYK, Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz  
1816–1945 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, Bd. 69), 1994,  
S. 660–661).

<sup>30</sup>) Vgl. seinen Nachlass im Archiv der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf (im  
Folgenden: UA HHU), 7/25. Literatur zu ihm: M. GRAF VON SCHMETTOW, Constantin Nör-  
renberg, in: 200 Jahre Landes- und Stadtbibliothek Düsseldorf (1770–1970) (Veröffent-  
lichungen der Landes- und Stadtbibliothek Düsseldorf, Bd. 6), 1970, S. 29–52, der auf welt-  
anschauliche Aspekte kaum eingeht. Im DJb (40, 1938, S. 331–333) verfasste mit Julius  
Heyderhoff (1939 wiss. Hilfskraft am Stadtarchiv Düsseldorf) eine Randfigur des DGV  
einen wohlwollenden, unpolitischen Nachruf auf Nörrenberg.

<sup>31</sup>) Zit. Wentzckes in: OEHLER (wie Anm. 29), S. XI („Zum Geleit“).

zieren<sup>32</sup>). Anlässlich der Feier zum 50. Jahrestag der Vereinsgründung am  
5. Juli 1930 verpflichtete er Georg Wolfram, den Vorsitzenden des, so  
Wentzcke<sup>33</sup>), „mächtig aufstrebenden Gesamtvereins der deutschen Ge-  
schichts- und Altertumsvereine“. Wolframs Festrede „Die Aufgaben der  
örtlichen Geschichtsvereine im Rahmen der großen gesamtdeutschen  
Bewegung“, der von der Zuhörerschaft „rauschender Beifall“ entgegenge-  
bracht worden sei, wurde auch unter den Vereinsberichten des DJb abge-  
druckt, was „besonders dankbare Aufnahme“ gefunden habe<sup>34</sup>). Der All-  
deutsche Wolfram bezeichnete es hierbei als „Voraussetzung vaterlän-  
discher Geschichtsschreibung“, ein „mannhaftes und nationales Selbst-  
bewusstsein“ zu entwickeln, er wettete gegen Kosmopolitismus, Athe-  
ismus und „ungesunden und verderblichen Pazifismus“ und ermunterte  
alle Geschichtsinteressierten dazu, aus „altertümlichem und kunstge-  
schichtlichem Erbgut“ zu schöpfen. Die für Wentzcke ideell wie biogra-  
phisch so wichtige Verbindung zu Wolfram ist Anlass, näher nach  
Wentzckes Persönlichkeit, seinem Werdegang und seinem Einfluss auf den  
DGV zu fragen.

Der 1879 in Koblenz geborene Paul Wentzcke<sup>35</sup>) wurde 1904 an der  
Universität Straßburg bei Friedrich Meinecke mit einer diplomatiege-  
schichtlichen Arbeit zum 17. Jahrhundert promoviert. Seit seiner Berufung  
in den Archivdienst in Straßburg 1906 schrieb er (teils unter der fachlichen  
Anleitung des Mediävisten Harry Bresslau) in den folgenden Jahren  
Diverses über die elsässische Geschichte des Mittelalters bis zum Ende des  
Alten Reiches. 1912 wurde er als erster hauptamtlicher Leiter nach Düssel-  
dorf an das dortige Stadtarchiv berufen. Er führte das Haus in Personal-

<sup>32</sup>) H. HARTMANN, Unter der Fremdherrschaft. Erinnerungen von J. W. E. Heuberger. Mit  
biographischen Nachrichten von Paul Wentzcke, in: DJb 34, 1928, S. 180–183.

<sup>33</sup>) Masch. Konzept über Aktivitäten des DGV 1930 (StAD, XX, Nr. 520).

<sup>34</sup>) Abdruck in DJb 36, 1930/1931, S. 183–192. Zitate aus Wentzckes abschließenden Kom-  
mentar (ebd., S. 192) u. den von ihm zusammengestellten „Vereinsnachrichten“ DJb 37,  
1932/1933, S. 151. Fünf Tage zuvor hatte Wolfram unter leicht abgewandeltem Titel Das-  
selbe bei der ebenfalls anstehenden 50-Jahres-Jubelfeier des „Aachener Geschichtsvereins“  
zum Besten gegeben (in: ZAachenGV 51, 1929, S. 447–449).

<sup>35</sup>) Biographisches v.a. nach Wentzckes Personalakte StAD, V 69748. Wentzcke findet im  
neueren Schrifttum zur „Westforschung“ in der Weimarer Republik und im Nationalsozia-  
lismus vielfach Erwähnung. Die einzige gedruckte Darstellung zu seiner Person, die ältere  
burschenschaftliche Darstellung von W. KLÖTZER, Paul Wentzcke. Drei Stufen deutschen  
Bewusstseins: Straßburg – Düsseldorf – Frankfurt a. M., in: DERS./A. SCHARFF/K. STEPHEN-  
SON (Hrsg.), Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im  
neunzehnten und 20. Jahrhundert, 4, 1963, S. 9–64 (mit Schriftenverzeichnis Wentzckes,  
S. 31–60), ist stark apologetisch geprägt. Eine umfassende, kritische Studie zu Wentzcke auf  
breiter aktenmäßiger Grundlage verfasste im Frühjahr 2006 Sven Woelke M.A. mit dem  
Titel: „Der Freiheit entgegen.“ Paul Wentzcke und der Westen des Deutschen Reiches in  
Zeiten der französischen Besatzung (1918–1930/35) (Rheinische Friedrich-Wilhelms-  
Universität Bonn, Lehrstuhl Prof. Klaus Hildebrand). Ich danke Herrn Woelke für die Be-  
reitstellung der Arbeit. Vgl. demnächst auch S. LAUX/S. WOELKE, Art. „Paul Wentzcke“, in:  
M. FAHLBUSCH/I. HAAR (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaft zwischen 1920 und  
1960 (erscheint München 2007).

union mit dem „Historischen Museum der Stadt“ von 1926 bis 1933. Wentzckes Schriftenverzeichnis zeigt seit Kriegsende seine massive Hinwendung zu volkstumpolitischen Fragen. Neben seinen seit frühester Zeit verfolgten burschenschaftsgeschichtlichen Arbeiten, in deren Rahmen er 1927 mit einer von Hindenburg persönlich belobigten größeren Arbeit über „Die deutschen Farben“ wirkungsvoll hervortrat<sup>36</sup>), schrieb er in dichter Folge Broschüren, die inhaltlich von der deutsch-französischen Grenzproblematik, sprachlich durch und durch von agonaler Rhetorik geprägt waren: „Rheinkampf“, „Befreiungskampf“, „Ruhrkampf“, „Kulturkampf“, „Abwehrkampf“ etc.<sup>37</sup>) Unter dem sinnfälligen Synonym „Hermann Coblenz“ beispielsweise verfasste er 1923 insgesamt 13 kleinere, relativ auflagenstarke Schriften in der von ihm begründeten Serie „Frankreichs Ringen um Rhein und Ruhr. Eine Schriftenreihe zur Abwehr“, darunter Titel wie „Französische Wirtschaftsgier“, „Von der Besetzung zur Sklaverei“ oder „Von der Rheingrenze zur Weltherrschaft“<sup>38</sup>). In demselben Jahr erhielt er auch die Gelegenheit, sich in den renommierten „Preußischen Jahrbüchern“ über den „weltgeschichtlichen Kampf zwischen Romanen und Germanen“ zu verbreiten, in den er die preußische Rheinprovinz „hineingezwungen“ sah<sup>39</sup>). 1923 galt Wentzcke als Schlüsseljahr wegen der Ruhrbesetzung und der Hinrichtung des Freikorpskämpfers Albert Leo Schlageter im Mai des Jahres auf der Golzheimer Heide in Düsseldorf. Wentzcke scheute sich nicht, ihm diverse panegyrische Schriften und bereits am 9. Januar 1933 eine Gedenkausstellung im Stadtarchiv zu widmen, obwohl Schlageter als betont proletarische Propagandafigur der NSDAP für den (1929 mit der Leibniz-Medaille geehrten) Akademiker und organisierten Rotarier Wentzcke nicht gerade eine prädestinierte Identifikationsfigur gewesen sein kann<sup>40</sup>). Auch die von Wentzcke 1925 mitorganisierte

<sup>36</sup>) P. WENTZCKE, Die deutschen Farben, ihre Entwicklung und Deutung sowie ihre Stellung in der deutschen Geschichte (Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung, Bd. 9), 1927. Das Buch erschien in 2. Aufl. 1955. Seit 1927 war Wentzcke Vorsitzender der in Frankfurt ansässigen „Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung“ (HOPPE/LÜDTKE (wie Anm. 13), S. 71–72).

<sup>37</sup>) Vgl. insbesondere die Titelnachweise ab 1922 bei KLÖTZER (wie Anm. 35), S. 39–54.

<sup>38</sup>) Vgl. KLÖTZER (wie Anm. 35), S. 41, Nr. 140 (Schriftenverzeichnis Wentzckes). Die einzelnen Hefte hatten eine Auflagenhöhe von bis zu 50.000 Exemplaren. Die Symbolik des Pseudonyms „Coblenz“ geht auf die Stadt Koblenz als Sammelbecken der gegenrevolutionären Bewegung seit 1789 zurück.

<sup>39</sup>) Die tausendjährige Jubelfeier des deutschen Reiches, in: PreußJbb 191, Jan.–März 1923, S. 69–87, Zit. S. 85.

<sup>40</sup>) Zur erwähnten Ausstellung zuletzt Chr. FUHRMEISTER, Ein Märtyrer auf der Zugspitze? Glühbirnenkreuze, Bildpropaganda und andere Medialisierungen des Totenkults um Albert Leo Schlageter in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, in: zeitenblicke 3, Nr. 1, 2004, hier Anm. 58 [URL: <http://zeitenblicke.historicum.net/2004/01/fuhrmeister/index.html>] (Ich danke dem Verf. für mehrere hilfreiche Hinweise zur Person Schlageters). Vgl. neuerdings auch S. ZWICKER, „Nationale Märtyrer“. Albert Leo Schlageter und Julius Fucik. Heldenkult, Propaganda und Erinnerungskultur (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), 2006, hier S. 104–105 (zu Wentzcke) im Abschnitt II.4.6: „Das Schlageter-Bild bei Rechtsintellektuellen“. Bei seinem Abschied aus dem Stadtarchiv Düs-

„Jahrtausendausstellung am Rhein“ in Düsseldorf reihte sich in diesen Kontext des ‚Kampfes um den Rhein‘ ein<sup>41</sup>). Die übersteigerte, um nicht zu sagen obsessive Deutschtums- und Staatsfixierung Wentzckes tritt überdeutlich hervor. Wentzcke sympathisierte zwar mit liberalem Gedankengut, allerdings in einer von seiner Burschenschaftsvergangenheit herrührenden, staatszentrierten und nationalpatriotischen Prägung<sup>42</sup>). Geistig stand er in der Traditionslinie der maßgeblich durch Dietrich Schäfer (1845–1929) begründeten und u.a. von dessen Schüler Wolfram fortgeführten deutschnationalen Schule, die nach dem Ersten Weltkrieg das „Grenz- und Auslandsdeutschtum“ zum vorrangigen Forschungsgegenstand erhob und sich auf diversen historischen Lehrstühlen zu etablieren verstand<sup>43</sup>). In nationalsozialistischer Zeit – vor allem aber nach seinem Wechsel an das „Institut der Elsaß-Lothringer im Reich“ in Frankfurt 1935 – war Wentzcke immer wieder an Westforschungsinitiativen, so bei der zunächst „Rheinischen“, später „Westdeutschen Forschungsgemeinschaft“ an der Seite Franz Steinbachs und Franz Petris beteiligt<sup>44</sup>). Im Zuge seiner

seldorf betonte Wentzcke, dass die Ausstellung „nicht aus amtlichem Auftrag, sondern als die verantwortungsbewußte Tat eines kleinen Kreises entstand“ (Schreiben an den Düsseldorfer Oberbürgermeister Wagenführ, 8.11.1935, StAD, V 69748, Bl. 336, gedruckt bei KLÖTZER (wie Anm. 35), S. 20–21, hier S. 21). Wentzckes Mitgliedschaft bei den Düsseldorfer Rotariern nach S. HILGER, Bürgerliche Eliten im „Dritten Reich“ – Düsseldorfer Rotarier zwischen Kooperation und Konfrontation, in: Geschichte im Westen 19, 2004, S. 177–196, hier S. 180 u. 196.

<sup>41</sup>) Die Meinungen darüber, ob die Initiative zur Ausstellung bei Wentzcke oder dem Bonner Historiker Wilhelm Levison lag, gehen auseinander. Zuletzt ging THIEIS (wie Anm. 5), u.a. S. 24 von der gleichrangigen Trägerschaft beider aus. Wentzckes Beteiligung in Düsseldorf, das aufgrund des Sitzes der Provinzialregierung den Schauplatz des Festakts am 18.6.1925 bildete, ist schon aufgrund seiner amtlichen Funktion evident. Vgl. auch W. F. WERNER, Der Provinzialverband der Rheinprovinz, seine Kulturarbeit und die „Westforschung“, in: DIETZ/GABEL/TIEDAU (wie Anm. 16), II, S. 741–761, hier S. 745–746.

<sup>42</sup>) So publizierte Wentzcke 1925/1926 mit Julius Heyderhoff (s.u.) die zweibändige Briefsammlung „Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks“ (1925/1926). Wentzcke hatte seinen Part daran (1871–1890) ursprünglich als Geschichte der „Nationalliberalen Partei“ konzipiert.

<sup>43</sup>) Vgl. den Nachruf auf Wolfram von P. WENTZCKE, Georg Wolfram zum Gedächtnis (3. Dez. 1858 – 14. März 1940), 1941 (Separatdruck, S. 1–44). Vgl. zu Schäfer, einem der führenden deutsch-nationalen Historiker seiner Zeit, zuletzt J. P. ACKERMANN, Die Geburt des modernen Propagandakrieges im Ersten Weltkrieg. Dietrich Schäfer. Gelehrter und Politiker (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 987), 2004, allerdings mit ungenügender Berücksichtigung der traditionsbildenden Rolle Schäfers. Dagegen: W. WEBER, Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere der Geschichtswissenschaft 1800–1970 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 216), 1984, hier S. 229 u. 238–239.

<sup>44</sup>) So die Bitte Wentzckes an den Düsseldorfer Oberbürgermeister am 13.9.1934 um Freistellung zur Beteiligung am „Schulungslager für die Grenz- und Auslandsreferenten der Hitler-Jugend, Salzburg“ und an der Tagung der „Rheinischen Forschungsgemeinschaft, Bonn“ (bewilligt) (StAD, V 69748, Bl. 250). Ein Beispiel aus späterer Zeit ist Wentzckes Teilnahme an der „Volkswissenschaftlichen Tagung der Westeifel“, Gerolstein, 26.–28.2.1938, an der u.a. Vollmer, Steinbach, Petri und Matthias Zender teilnahmen (HStAD, Br 2093–445). Die „Westforschungsaktivitäten“ Wentzckes bedürfen noch der systematischen Untersuchung.

Arbeit am Frankfurter Institut, an dem seit 1941 eine spezielle Publikationsstelle der „Westdeutschen Forschungsgemeinschaft“ zur Bedienung des militärischen Auslandsnachrichtendienstes angesiedelt war, muss er enge Kontakte zu Parteispitzen und zur SS unterhalten haben<sup>45</sup>).

Nach 1933 dürfte Wentzcke zwar nicht als überzeugter Nationalsozialist zu bezeichnen sein, zumal er sich nicht (in gedruckter Form) in rassistischer Weise äußerte und der NSDAP nicht beitrug<sup>46</sup>). Nach Michael Fahlbusch vertrat er eher den Typus eines „bürgerlich nationalistischen Revisionismus jungkonservativer Provenienz“. Dabei ist an seiner aggressiv völkischen Haltung so wenig zu zweifeln wie daran, dass er sich nationalsozialistischen Kreisen andiente. Von späten Zweifeln an seiner Geschichtsauffassung scheint er nicht geplagt gewesen zu sein. Im Gegenteil: „Bis zu seinem Tode im Jahre 1960“, so hieß es wenig später im DJb wohlwollend<sup>47</sup>), „hat er unermüdlich seiner Lebensaufgabe, dem Einsatz für das Deutschtum am Rhein, gedient“. Wentzckes Selbstdarstellung nach 1945 als versorgungsberechtigtes Opfer und gar als Gegner des Nationalsozialismus ist von der Hand zu weisen. 1935 noch mit „aufrechter Befriedigung auf die Zusammenarbeit mit der Verwaltung“ zurückblickend<sup>48</sup>), stellte Wentzcke seinen Weggang nach dem Krieg freilich als Zwangsmaßnahme dar, nachdem er sich nicht auf die Linie der Partei habe bringen lassen. Tatsächlich aber war sein Abschied aus Düsseldorf, dem ein Kuraufenthalt wegen einer schweren Darmerkrankung unmittelbar vorausgegangen war, von langer Hand vorbereitet. Wie schon bei seiner Einstellung in Düsseldorf 1912 kam ihm dabei die Unterstützung durch seinen „väterlichen

Maßgeblich zum Frankfurter Institut ist jetzt W. FREUND, Das wissenschaftliche Institut der Elsass-Lothringer im Reich an der Universität Frankfurt a. M. (demnächst in einem von Ulrich PFEIL herausgegebenen Sammelband zur Tagung: „Kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert: Ein institutionengeschichtlicher Ansatz“, Paris 28.–29.10.2005). Ich danke dem Verfasser für die Bereitstellung des weitgehend druckfertigen Manuskripts.

<sup>45</sup>) Vgl. M. FAHLBUSCH, Deutschtumpolitik und Westdeutsche Forschungsgemeinschaft, in: DIETZ/GABEL/TIEDAU (wie Anm. 16), II, S. 596–647, hier S. 606. – Vgl. auch A. HEUSS, Kunst- und Kulturraub. Eine vergleichende Studie zur Besatzungspolitik der Nationalsozialisten in Frankreich und der Sowjetunion, 2000, S. 341–342, die eine von Wentzcke koordinierte Beschlagnahme landeskundlichen Schrifttums aus Frankreich erwähnt.

<sup>46</sup>) So seine Angaben in seiner Entnazifizierungsakte (Kopien davon in: StAD, V 69748, hier Bl. 375). Allerdings ist zu bedenken, dass zwischen Ende 1930 und Ende Juli 1932 für Mitglieder des Öffentlichen Dienstes ein Beitrittsverbot bestand und die Partei von 1933 bis 1937 grundsätzlich keine neuen Mitglieder aufnahm.

<sup>47</sup>) Zit. H. WEIDENHAUPT, 50 Jahre Stadtarchiv Düsseldorf, in: DJb 51, 1963, S. 1–16, hier S. 9. Wentzckes „Gegnerschaft zum Nationalsozialismus“ wollte neulich noch K. OLDENHAGE, Vorwort, in: H. LÖNNECKER (Hrsg.), Paul Wentzcke. Erlanger Burschenschafter in den entscheidenden Monaten der Paulskirche, Koblenz 2006, S. 3–5, hier S. 4 auf der Grundlage von KLÖTZER (wie Anm. 35) und einer rudimentären archivischen Bezugnahme für „eindeutig“ erkennen.

<sup>48</sup>) So im Schreiben an Wagenführ 8.11.1935 (StAD, V 69748, Bl. 337).

Freund<sup>49</sup>), den Burschenschaftler Wolfram entgegen<sup>50</sup>). Wentzcke, der Honorarprofessor an den Universitäten Frankfurt, Heidelberg und (seit August 1933) in Köln war, sah in der Institutsleitung an der Universität Frankfurt im fortgeschrittenen Alter von 56 Jahren nun noch einmal eine Profilierungsmöglichkeit. Die in Frankfurt institutionalisierte Grenzlandforschung bot ihm dazu gegenüber dem verhältnismäßig geringen Radius des Düsseldorfer Stadtarchivs ungleich bessere Voraussetzungen, zumal er in Folge der Trennung von Archiv und Stadtmuseum im Oktober 1933 einen Arbeitsbereich verloren hatte<sup>51</sup>). Kritische Nachfragen nach seiner Volkstumskampffideologie blieben aus, auch aus den Kreisen des DGV. Dieser erhob auch Wentzcke bei seinem Abgang 1935 zum Ehrenmitglied und heftete ihm 1959, gut ein Jahr vor seinem Tod, anlässlich seines 80. Geburtstags mit der Lacomblet-Plakette die Ehrenauszeichnung des Vereins ans Revers<sup>52</sup>).

### Eine „unpolitische“ Entscheidung? Die Einführung des Führerprinzips im DGV (1934)

Noch unter Paul Wentzcke hatte sich im DGV die Einführung des Führerprinzips äußerlich so problemlos vollzogen, wie dies wohl in allen anderen Vereinen geschah: Die damit einher gehende Umgestaltung des Vereinsrechts nach geltenden Vorstellungen wurde in aller Regel gewiss als Selbstverständlichkeit hingenommen, obwohl sie sich nur als Soll-, nicht aber als Muss-Bestimmung aus dem Führergrundsatz des nationalsozialistischen Staates ableiten ließ<sup>53</sup>). Dass die Anpassung des von 1898 stam-

<sup>49</sup>) Zit. KLÖTZER, Paul Wentzcke (wie Anm. 35), S. 23. Der Archivar Wolfram (1858–1940), an dessen Karrierebeginn seit 1888 die Leitung des Bezirksarchivs Metz stand, hatte die Gründung des „Instituts der Elsaß-Lothringer im Reich“ 1920 maßgeblich betrieben und die Leitung von 1925 bis zur Nachfolge Wentzckes selbst innegehabt (vgl. zur Gründungsgeschichte u.a. WENTZCKE (wie Anm. 43), S. 26–28). Seit seiner Gründung publizierte das Institut vornehmlich volkstumspolitische Beiträge im Kontext des historischen Streits um Elsaß und Lothringen zwischen Frankreich und Deutschland. Neben seiner Funktion als Generalsekretär dieses Instituts war Georg Wolfram von 1925 bis 1933 auch Vorsitzender des „Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine“ (vgl. u.a. den von Kampferhetorik durchzogenen Nachruf von O. LAUFFER, Georg Wolfram, in: BldtLG 85, 1940, S. 175–179).

<sup>50</sup>) WENTZCKE (wie Anm. 43). Die Schrift endet mit einer Belobigung der Besetzung des Elsass und Lothringens durch deutsche Truppen 1940.

<sup>51</sup>) Vgl. WEIDENHAUPT (wie Anm. 47), S. 9, der auf Aktenverluste im Kontext der Abspaltung hinweist. – W. RISCHER, Die nationalsozialistische Kulturpolitik in Düsseldorf 1933–1945, 1972, S. 81–83 u. 117 hebt dagegen auf der Grundlage städtischer Verwaltungsberichte hervor, dass das Museum ab 1935 systematisch im nazistischen Sinne umgestaltet wurde. Auf die Gleichschaltung der Vereine geht der Verf. nicht ein.

<sup>52</sup>) H. DAHM, Ein Geschichtsverein heute (wie Anm. 24), S. XXXIII.

<sup>53</sup>) Vgl. V. ROLLERI, Der Führergrundsatz im Vereinsrecht, 1936 (Diss. jur. Heidelberg 1936), u.a. S. 6–16, der das Fehlen einer formellen Grundlage einräumt. Ebenso: E. DENCKLER, Handbuch für den Vereinsführer im geltenden Recht des Nationalsozialistischen Volksstaates, o. J. [1936]. – Die „Gleichschaltung“ der Vereine in Düsseldorf ist bislang nur ansatzweise untersucht worden, so bei R. MANN, Protest und Kontrolle im Dritten Reich.

menden alten Vereinsrechts nach den 1959 formulierten Worten des Schriftführers (1955–1966) Helmut Dahm eine „unvermeidliche Konzession an das herrschende Regime“ war<sup>54</sup>), ist insofern plausibel. Dennoch drängt sich eine differenzierende Betrachtung der Frage auf, wie die Betroffenen mit den neuen politischen Vorgaben umgingen. Die noch 2004/2005 wortwörtliche Wiederholung des Diktums Dahms, dass dieser Wechsel „völlig unpolitisch ausfiel“, ist zumindest unglücklich<sup>55</sup>), und zwar schon deshalb, weil jedem im Leitungskreis des Vereins die politische Dimension dieses Vorgangs klar vor Augen gestanden haben muss.

In der zweiten Vorstandssitzung nach der nationalsozialistischen Machtübernahme kündigte Wentzcke an<sup>56</sup>), dass das „Führersystem ... auch in der Vereinsleitung zum Ausdruck kommen“ werde. Außerdem werde der Vorstand „den neuen Zeitideen folgend demnächst durch jüngere Kräfte erweitert werden“. Als „völlig unpolitisch“ wird all dies am wenigsten der seit 1924 amtierende Schriftführer Karl (Carl) Herzfeld empfunden haben, der mit diesen Zeilen, die seine Gebrechlichkeit sichtlich verrieten, sein letztes Protokoll führte. Der 1860 geborene Angehörige der in Düsseldorf und Umgebung verzweigten jüdischen Fabrikantenfamilie Herzfeld machte nun Friedrich Parnemann Platz. Im Frühjahr 1935 bat er um Entbindung auch vom Amt des Rechnungsprüfers<sup>57</sup>). Wenige Wochen später starb er<sup>58</sup>). Die formelle Entfernung von seinem Amt als Schriftführer blieb Herzfeld somit erspart, vorausgesetzt, man hatte ihm nicht zuvor bereits klar gemacht, er solle sich tunlichst aus dem Verein zurückziehen.

Am 16. Februar 1934 überreichte Wentzcke dem Vorstand „die neuen Satzungen“, die er nach eigener Aussage mit dem Vorstandsmitglied Bernhard Vollmer ausgearbeitet hatte<sup>59</sup>). Der Protokollant Parnemann bemerkte dazu kritisch, dass „das Führerprinzip ... nicht ganz rein durchgeführt“ worden sei, weil die Hauptversammlung nicht nur den ersten Führer beauferte, bevor diese Kompetenz künftig dem „Führerrat“ zufiele (§ 7), son-

Nationalsozialistische Herrschaft im Alltag einer rheinischen Großstadt (Studien zur historischen Sozialwissenschaft, Bd. 6), 1987 (postum erschienenes Torso der unvollendet gebliebenen Arbeit), S. 120–143. Mann ließ die Geschichts- und Heimatvereine aus, bestätigte aber den anderweitigen Befund, dass die NSDAP eine vollständige Kontrolle des Vereinswesens weder erreichen konnte noch wollte. Die Einführung des „Führerprinzips“ scheint im Kontext des gesamten Vereinswesens kaum erforscht zu sein. Eine Ausnahme bildet neuerdings die differenzierte Darstellung von SASSIN (wie Anm. 18) zum „Bergischen Geschichtsverein“, S. 171–190: „Gleichschaltung, Eingliederung, Führerprinzip“.

<sup>54</sup>) Zit. H. DAHM, Düsseldorf Geschichtsverein (wie Anm. 24), S. XXI.

<sup>55</sup>) Zitate von H. DAHM, Düsseldorf Geschichtsverein (wie Anm. 24), S. XXI bzw. WESSEL (wie Anm. 24), S. 26.

<sup>56</sup>) Protokoll der Vorstandssitzung vom 16.10.1933 (StAD, XX, Nr. 531a, Kladde A).

<sup>57</sup>) Protokoll der Hauptversammlung vom 22.2.1935 (ebd., Kladde B).

<sup>58</sup>) Am 9.3.1935. Vgl. A. HERZFELD, Ein nichtarischer Deutscher. Die Tagebücher des Albert Herzfeld 1935–1939, hg. von Hugo Weidenhaupt, 1982, S. 7–9 mit Anm. 13 u. 16. Vollmer richtete an den Bruder des Verstorbenen ein Beileidschreiben. Vgl. das Protokoll der Hauptversammlung vom 2.4.1935 (StAD, XX, Nr. 531a, Kladde B).

<sup>59</sup>) Protokoll der Vorstandssitzung vom 16.2.1934 (StAD, XX, Nr. 531a, Kladde A).

dern fortlaufend das Recht behielt, auch die Rechnungsprüfer zu bestellen (§ 9). In der schon sieben Tage später anberaumten erneuten Sitzung verkündete Wentzcke, „der Umbruch verlange neue Satzungen“ – und zwar „im Sinne des nationalsozialistischen Umbruchs“, wie es in seinem Vereinsbericht für 1934 heißt. Auf Vorschlag des Vorstandsmitglieds Wilhelm Haberling, der meinte, „daß nicht der geringste Grund vorhanden sei, den bisherigen bewährten Führer nicht wiederzubestellen“, wählte der Vorstand zunächst einstimmig Wentzcke auch zum neuen „Führer“, bevor man – ebenso einstimmig und in Anwesenheit eines Registerrichters – dazu schritt, die neue Satzung zu verabschieden<sup>60</sup>).

Die Einführung des Führerprinzips war intern nicht ohne Widerspruch geblieben. Am 20. Februar 1934 schrieb Constantin Nörrenberg von München aus an Wentzcke, er empfinde die bevorstehende Tagesordnung vom 23. des Monats als eine „Überraschung“ und zweifle an der Vertretbarkeit des Führerprinzips in einem wissenschaftlichen Verein<sup>61</sup>). Schon einen Monat zuvor hatte Nörrenberg gegenüber Wentzcke „vertraulich“ geklagt, das Bürgertum werde durch „Kleinbürger und Halbgebildete“ dominiert und schicke sich an, seine führende Position als „Kulturkörper“ zu verlieren. Es sei dies ein Prozess, dem gerade die Geschichtsvereine entgegenzutreten hätten, indem sie demonstrierten, wie groß die kulturelle Leistung des Bürgertums sei<sup>62</sup>). Er wünsche sich daher, dass diese Überlegungen an den „Gesamtverein“ herangetragen würden. Wentzcke entgegnete darauf<sup>63</sup>), es sei nach der Affäre um den Schatzmeister Jockwer nicht opportun, die Leistungen des Bürgertums in irgendeiner Weise hervorzukehren: Der Verlags- und Druckereieigner Gustav Jockwer hatte soeben 4.800 RM Vereinsvermögen unterschlagen und den DVG an den Rand des Ruins gebracht. Ende 1933 wurde der offenbar verwirrte Mann in die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Grafenberg eingewiesen<sup>64</sup>). Auch gegenüber dem

<sup>60</sup>) Schreiben Wentzcke an Nörrenberg vom 26.2.1934 (StAD, XX, Nr. 520).

<sup>61</sup>) Nörrenberg an Wentzcke, 20.2.1934 (StAD, XX, Nr. 520).

<sup>62</sup>) StAD, XX, Nr. 520.

<sup>63</sup>) Schreiben Wentzckes an Nörrenberg 12.2.[1934] (StAD, XX, Nr. 520).

<sup>64</sup>) Obwohl sich hierzu in den Akten des DGV diverse Informationen finden (u.a. zur Hauptversammlung 5.1.1934 [StAD, XX, Nr. 531a, Kladde B]), ist der Fall nie thematisiert worden. Der am 30.6.1861 geborene Gustav Jockwer war der älteste Sohn des 1904 gestorbenen, gleichnamigen Buchdruckers und 1876 Begründer des „Düsseldorfer Generalanzeigers“, dem Vorgänger der „Düsseldorfer Nachrichten“ bis 1917 (Nachweise in der Personenkartei des StAD). 1933 sind die Brüder Gustav und Franz im Düsseldorfer Adressbuch als Inhaber einer Buchdruckerei Jockwer & Co. nachgewiesen. Vom 22.12.1933 bis 28.4.1937 war Gustav Jockwer in der damaligen Provinzial-Irrenanstalt Düsseldorf (Grafenberg) eingewiesen, wo er als verheiratet, nicht Gewerbe treibend und als „freiwillig“ Eingewiesener bezeichnet wird (ALVR, Akten Nr. 31751, Aufnahmeummer 1421/43106). Die Bemerkung im Vorstandsprotokoll, Jockwer sei angeblich als „Abständiger“ eingewiesen worden, lässt auf eine geriatrische Erkrankung schließen. Eine Krankenakte im Archiv der heutigen Klinik ließ sich jedoch nicht nachweisen (frdl. Auskünfte von Herrn Dr. Ulrich Müller, Forschungsstelle für Psychiatrische Soziologie, Rheinische Landesklinik/Kliniken der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf).

Vereinsvorstand hatte Wentzcke daher argumentiert, die „veralteten Satzungen“ ließen dem Schatzmeister eine übermäßige „Unabhängigkeit“, womit er das Führerprinzip indirekt rechtfertigte<sup>65</sup>). Wentzcke stellte Nörrenberg aber anheim, sich persönlich an den Vorsitzenden des „Gesamtvereins“, Hoppe, zu wenden. Wenig später gab Nörrenberg seine Einrede auf, allerdings nicht ohne erneut Unverständnis gegenüber der juristischen Haltbarkeit der neuen Satzung zu bekräftigen, von der ihm Wentzcke zuvor mit Hinweis auf diese besondere Gunst leihweise ein Exemplar geschickt hatte. Das noch mögliche Maß an Offenheit, das sich Nörrenberg als Senior und Ehrevorsitzender des Vereins und ursprünglich auch als Förderer Wentzckes<sup>66</sup>) herauszunehmen glaubte, war somit ausgeschöpft. Nörrenberg muss nun das starre Festhalten Wentzckes und seiner Gesinnungsgenossen im Führerrat und die Tatsache, dass er sich selbst in Gefahr begab, bewusst geworden sein. Es bereitete ihm nämlich sichtlich Unbehagen, dass Wentzcke die Kritik in die Hauptversammlung weitergeleitet und damit publik gemacht hatte. Nun bekräftigte Nörrenberg, er sehe selbst, dass seine ja bloß „hypothetisch gedachten Bedenken unbegründet“ seien<sup>67</sup>).

Nach dem Verstummen dieser Stimme ist in den Akten von irgendwelchen Einwendungen nichts mehr zu hören. Die wiederholte Behauptung in späterer Zeit<sup>68</sup>), die Vereinsführung habe die Gebühr für den Registertrag verweigert, um damit „die mangelnde Freiwilligkeit dieser ‚Gleichschaltung‘ zu demonstrieren“ (H. Dahm), ist eine großzügige Auslegung der (bislang ohnehin nirgends dokumentierten) Quellen<sup>69</sup>). Tatsächlich hatte Wentzcke die Zahlung 1934 zunächst veranlasst, pochte dann gegenüber dem Amtsgericht aber auf die Rückerstattung der 19 RM 28 Pf, „da die Satzungsänderung durch die Gleichschaltung des Vereins im Sinne der nationalsozialistischen Bewegung erforderlich wurde“. Er meinte damit, dass der Verein für bis dahin unbekannte bürokratische Formalitäten nicht belangt werden könne. Als nach seinem Ausscheiden aus dem Führerrat weitere 24 RM für eine Registermeldung fällig wurden, wollte der DGV abermals – und sicher genauso erfolglos – an der Gebühr vorbeikommen. Mehr als die oben deutlich gemachte finanzielle Kalamität des DGV in der Mitte der 1930er Jahre lässt sich hieraus also nicht ableiten.

<sup>65</sup>) StAD, XX 531a, Klade A, 22.12.1933.

<sup>66</sup>) H. WEIDENHAUPT, 50 Jahre Stadtarchiv Düsseldorf, in: DJb 51, 1963, S. 1–16, hier S. 5 erwähnt, dass Nörrenberg Wentzcke vor dessen Einstellung in Düsseldorf 1912 auf die zu schaffende Stelle eines Stadtarchivars hingewiesen hatte.

<sup>67</sup>) Schreiben Nörrenbergs an Wentzcke, 5.3.1934 (StAD, XX, Nr. 520).

<sup>68</sup>) H. DAHM, Düsseldorf Geschichtsverein (wie Anm. 24), S. XX und genauso WESSEL (wie Anm. 24), S. 27 (jeweils ohne Beleg).

<sup>69</sup>) Die betreffenden Aktenstücke im StAD, Reg. DGV, A2, Vol. I (Vereinsregister 1908–1951).

### Der „Führerrat“

Nach § 8 der neuen Satzung war der „Vereinsführer“ zur Bestellung eines „Führerrats“ ermächtigt<sup>70</sup>). Wer waren die im Vorstandsprotokoll angekündigten „jüngeren Kräfte“? Es waren doch weniger jüngere als vielmehr linientreue oder leicht dirigierbare Kräfte. Vor allem sticht ins Auge, dass neben dem „Führer“ im Kreis der weiteren neun Vorstandsmitglieder mit dem Archivar Wilhelm Claßen nur ein Mitglied nennenswerte Beiträge im DJb publizieren sollte<sup>71</sup>).

Der Senior im Führerrat, Studienrat Georg Spickhoff (1872–1959), gehörte sicher zu den passiven Figuren. Er ist ein Beispiel dafür, wie wenig Gewicht die Nichtwissenschaftler unter den Vereinsfunktionären im Verhältnis zu den arrivierten Forscherpersönlichkeiten aufbrachten. In der nächsten Hauptversammlung sprang er zwar für einen ausgefallenen Redner mit einem Vortrag über den „Kampf der Bergischen Stände um die Erhaltung der Düsseldorfer Galerie“ ein<sup>72</sup>). Seine ungezählten Schriften zur Düsseldorfer Heimatgeschichte publizierte er aber außerhalb des DJb in kleineren Blättern. Sofern er eine politische Meinung besaß, war diese opportunistisch, wenn nicht gar, wie von Frank Wintgens dargestellt, „durchaus linientreu“<sup>73</sup>). Dass Spickhoff selbst die Gleichschaltung der von ihm favorisierten Zentrumspartei und des von ihm geführten Sebastianer-Schützenvereins miterleben musste, änderte daran offenbar nichts. Als der Verein Anfang 1934 wegen des Betrugs Jockwers vor dem finanziellen Ausstand, war es jedenfalls Spickhoff, dem die Ehrenpflicht zufiel, den „Vereinsführer“ Wentzcke um die Fortführung des DGV zu bitten<sup>74</sup>).

Unbeachtet in allen Vereinsrückblicken blieb die Person Friedrich Parnemanns, der schon 1932 in den Vorstand des Vereins aufgerückt war<sup>75</sup>). Der Düsseldorfer Studienrat war im Mai 1933 in die NSDAP einge-

<sup>70</sup>) So Schreiben Wentzckes vom 26.2.1934 an N. N. anlässlich der Einberufung des Führerrats zum 2.3.1934 (StAD, XX, Nr. 520). Die Satzung im StAD, Reg. DGV A1, Vol. I (unpag.).

<sup>71</sup>) Laut Aufstellung im Protokollbuch der Vorstandssitzungen bestand der Führerrat im Feb. 1936 aus zehn Personen, deren fünf letztgenannte als Beisitzer fungierten: Bernhard Vollmer („Vereinsführer“), Friedrich Parnemann (Schriftführer), Hermann Reuter (Bibliothekar), Leo Froehling (Schatzmeister), Balthasar Becker, Georg Spickhoff, Wilhelm Claßen, Ingo Beucker, [Gustav Werner] Mücke, „Dr. Brückner“ (StAD, XX, Nr. 531a, Klade A, „Einschaltung“ nach 18.2.1936). Der Architekt Ingo Beucker ist von der obigen Aussage nur insofern auszunehmen, als er in Bd. 37 (1932/1933) seine Doktorarbeit im Jahrbuch publiziert hatte. Der Nachlass des Bibliothekars Reuter, eines Mitarbeiters Nörrenbergs, birgt keine Informationen zum Thema (UA HHU, 7/17).

<sup>72</sup>) StAD, XX, Nr. 531a, Klade B, 23.2.1934. Im DJb brachte es Spickhoff über eine dreiseitige, sachlich zudem umstrittene Darstellung über das Düsseldorfer Apothekenwesen nicht hinaus (Zur Geschichte der Düsseldorfer Apotheken, in: DJb 43, 1941, S. 147–149. Dazu: J. BROERING, Entgegnung, ebd., S. 150–156).

<sup>73</sup>) Vgl. F. WINTGENS, Mit der Vergangenheit leben. Feste und Feiern in Düsseldorf 1945–1955 (Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv von Düsseldorf, Bd. 6), 1996, S. 48–56.

<sup>74</sup>) StAD, XX, Nr. 531a, Klade B, 5.1.1934.

<sup>75</sup>) Über ihn ließen sich nur wenige Informationen finden. Der 1886 in Elberfeld Geborene schloss sein Geschichtsstudium in Bonn im Mai 1911 mit einer Promotion über Generale des

treten, weil er diese, wie er später einräumte, als eine „anständige und edle Einrichtung“ ansah. Später sei er aber innerlich von der Partei abgerückt<sup>76</sup>). Wiewohl promovierter Frühneuzeithistoriker, schrieb auch Parnemann nie einen Beitrag im DJb und tat sich nach Ausweis der Vorstands- und Hauptversammlungsprotokolle auch als Schriftführer nicht hervor. Allerdings: Auf seine „Anregung“, so heißt es in der von ihm selbst protokollierten Sitzung des Führerrats im Juli 1938, „wird es als selbstverständliche Forderung bezeichnet, daß keine Juden dem Verein angehören. Die erfolgte Streichung der nichtarischen Mitglieder wird seitens des Führerrats ausdrücklich gebilligt“<sup>77</sup>). Offenbar hatte der DGV es also bis zu einem nicht genannten Zeitpunkt versäumt, die formale Vereinszugehörigkeit von Juden zu löschen. Die Feststellung lässt auf keinerlei Erörterung des Themas schließen, sie rekurriert auch nicht auf eine entsprechende amtliche Weisung und wurde laut Ausweis der Protokolle nie wieder aufgegriffen. In anderen Fällen, in denen sich der Verein mit Anforderungen nationalsozialistischer Institutionen konfrontiert sah, wurde hingegen laufend berichtet.

Zwei weitere Personalien unterstreichen, dass die Führungsriege des DGV nicht durch generelle Parteiferne geprägt war. Da ist zunächst die Werner Mückes, der in den vereinsgeschichtlichen Darstellungen stets im Hintergrund steht<sup>78</sup>), obwohl er als Historiker und amtierender Düsseldorfer Stadtarchivar in der Nachfolge Wentzckes zum engeren Kreis der Düsseldorfer Geschichtsexperten zählte. Der Düsseldorfer Mücke (1907–2006) stand zwar anscheinend nicht in der vorbehaltlosen Gunst der örtlichen NSDAP, war aber doch ein überzeugter Nationalsozialist, den es früh in die Partei (1930) und die SA gedrängt hatte<sup>79</sup>). Der Schüler Max Braubachs etablierte sich dank der Fürsprache Vollmers noch im Jahre sei-

Dreißigjährigen Krieges ab (so der „Lebenslauf“ in seiner Promotionsschrift). Er zeichnete das letzte Vorstandsprotokoll am 28.12.1943. In der zweiten Nachkriegssitzung des Vorstands am 6.8.1945 galt sein Schicksal wie das Claßens im DGV noch als ungewiss (StAD, XX, Nr. 531a, Klade A).

<sup>76</sup>) So in einer Niederlegung Parnemanns in seiner Entnazifizierungsakte HStAD NW 1002-ED-43692. Aus dem Fragenbogen der Militärregierung gehen seine NSDAP-Mitgliedschaft ab dem 1.5.1933, in der Folge sein Amt als Zellenleiter bis 1943 und sein undatiertes Kirchenaustritt hervor. Zum Zeitpunkt der Entnazifizierung (Kategorie IV) verdingte sich Parnemann als Arbeiter in Dessau und drang auf Wiedereinstellung in den Schuldienst in Düsseldorf.

<sup>77</sup>) Protokoll der Vorstandssitzung vom 22.7.1938 (StAD, XX, Nr. 531a, Klade A; Unterstreichung und Apostrophierung in der Quelle).

<sup>78</sup>) Vgl. zu ihm bislang nur WEIDENHAUPT (wie Anm. 47), S. 9–10. Nachweise jetzt bei K. WISOTZKY, Die rheinischen und westfälischen Stadtarchive im Nationalsozialismus, in: R. KRETZSCHMAR (Red.), Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus. 75. Deutscher Archivtag 2005 in Stuttgart, 2006, S. 354–371, hier S. 360–361, 364 u. 368. Mückes Nachlass (StAD, NL 36) ist unergiebig, seine Personalakte (StA, V 19177) gesperrt.

<sup>79</sup>) RISCHER (wie Anm. 51), S. 117–118 führt aus, dass eine nicht näher genannte Parteistelle der NSDAP anfänglich Bedenken gegenüber der Einstellung Mückes als Archivar in Düsseldorf hegte. Daraufhin intervenierte die Gauleitung, die Mücke „Standesdünkel“ und mangelndes parteipolitisches Engagement, allerdings eine zuverlässige Gesinnung attestierte.

nes Rigorosums an der Universität Bonn ohne archivische Ausbildung am Stadtarchiv Düsseldorf 1935 auf Probe, 1936 im Beamtenverhältnis. Sein dortiger Konkurrent, Julius Heyderhoff, ein im DJb häufig vertretener Verfasser, der sich vergeblich um dieselbe Leitungsstelle bemüht hatte und sich 1939 in die Stadtbibliothek abgeschoben sah, meinte ungeachtet seiner eigenen Affinität zum Nationalsozialismus feststellen zu können, dass Mücke seine Anstellung allein seiner NSDAP-Zugehörigkeit verdanke<sup>80</sup>). Mücke drängte nachweislich auf eine Verstärkung der nationalsozialistischen Kontrolle des Vereins: Im Oktober 1936 berichtete Vollmer über seinen Antrag, „Parteigliederungen“ an den Vorträgen des DGV teilnehmen zu lassen, was aber nach seinem Dafürhalten „nicht in Frage“ komme, „da der Verein wissenschaftliche Ziele und keine Volksbildung betreibe.“ Allerdings stehe die Mitgliedschaft im DGV ja allen „Volksgenossen“ offen<sup>81</sup>). Wie groß der Einfluss Mückes war, ist quellenbedingt nicht zu ermesen, zumal er den Protokollbüchern zufolge häufig durch Abwesenheit bei den Sitzungen glänzte. Immerhin aber hatte Vollmer ihn im März 1936 zum stellvertretenden Vorsitzenden an seiner Seite erklärt<sup>82</sup>). Im Sommer 1942 verkündete Vollmer, dass Mücke „im Amt Rosenberg im Osten eingesetzt“ sei, also einer Institution, die wie andere mit dem Raub von Kulturgut befasste Organisationen Freiwilligkeit voraussetzte<sup>83</sup>). Nach neueren Forschungen war Mücke bei der Plünderung osteuropäischer Parteiarchive u.a. in Smolensk zur Kassierung propagandarelevanten Schrifttums federführend beteiligt<sup>84</sup>). Nach dem Krieg tauchte Mücke jahrelang unter, um

<sup>80</sup>) Briefe Heyderhoffs an seinen Mentor, den Historiker Willy Andreas, vom 3.5.1938 u. 7.5.1940 abgedruckt bei E. HUCKENBECK, Julius Heyderhoff. Ein rheinischer Historiker (1884–1949) (Niederbergische Beiträge, Bd. 37), 1978, Nr. 17 u. 22. Vgl. ebd. insbes. S. 62–79 den Kommentar Huckenbecks zu Heyderhoffs Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus. Heyderhoff trat im DJb mit literaturgeschichtlichen Schriften und seinen wohlwollenden Nachrufen auf Nörrenberg († 1937) und Otto Reinhard Redlich († 1939) hervor. 1908 war seine Berliner Dissertation und 1927 eine Edition zu dem frühliberalen Physiker Johann Friedrich Benzenberg als Jahressgabe des DGV veröffentlicht worden (Biographisches auch nach seiner Personalakte StAD, V 11405).

<sup>81</sup>) Vorstandssitzung 6.10.1936, bei der Mücke entschuldigt fehlte (StAD, XX, Nr. 531a, Klade A).

<sup>82</sup>) Am 27.3.1936. StAD, XX, Nr. 531a, Klade A.

<sup>83</sup>) Vorstandssitzung 21.8.1942 (StAD, XX, Nr. 531a, Klade A). Das „Amt Rosenberg“ bezeichnet die „Dienststelle des Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“. Laut dem Vorwort des Findbuchs StAD, NL Nr. 36, S. 1, wurde Mücke am 1.7.1936 abkommandiert. Das Prinzip der Freiwilligkeit beim „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ (ERR) betont HEUSS (wie Anm. 45), S. 354, Anm. 8.

<sup>84</sup>) Nach Quellennachweisen von P. K. GRIMSTED, The Odyssey of the Smolensk Archive. Plundered Communist Records, Part I, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 12, Heft 4, 1997, S. 71–97 (Tl. I); 13, Heft 2, 1998, S. 190–201 (Tl. II); 14, Heft 1, 1999, S. 134–151 (Tl. III), hier Tl. I, S. 84–85, war Mücke im Sommer und Herbst 1942 bei der Inventarisierung und Beschlagnahme des an Quellen zum Komsomol der KPDSU reichen Smolensker Oblast Parteiarchivs beteiligt und „later directed a major ERR section in Ratibor“ (einer zentralen Sammelstelle für geraubte Kulturgüter, insbesondere Bibliotheksbestände [S.L.]). Mückes Nachfolger im Stadtarchiv Düsseldorf wurde Paul

von 1960 bis 1976 als leitender Archivar des damaligen Kreises Moers zu fungieren<sup>85</sup>).

Erwähnt werden muss auch der Nachfolger Wentzckes in dessen Funktion als Museumsleiter, Dr. Hans Brückner, obwohl auch er in den Vorstandsprotokollen nicht hervortritt: Brückner (1887–1970) reüssierte nach verschiedenen Archivtätigkeiten erst 1933, wobei ihm die Protektion Wentzckes entscheidend half. Wie Wentzcke Kriegsteilnehmer, konnte er von sich doch behaupten, schon 1921 Mitglied der „Deutsch-völkischen Freiheitspartei“, 1922 Feldjäger der paramilitärischen „Schwarzen Reichswehr“ und von 1923 bis 1925, dann wieder ab 1931 in der NSDAP, also ein „Alter Kämpfer“ der allerersten Stunde, gewesen zu sein<sup>86</sup>). Bei der Trennung von Stadtarchiv und -museum am 10. Oktober 1933 wurde er mit der Leitung des Museums betraut. Ihm fiel damit die Aufgabe zu, dort eine „germanenkundliche Abteilung“ zu errichten, die Teil einer kompletten Umgestaltung des Hauses im nationalsozialistischen Sinne sein sollte<sup>87</sup>). Auf Brückner sollte nach dem Krieg als Kustos am Stadtmuseum sein Mitarbeiter, Heinz Amberger, folgen, der 1939 vor dem DGV über den

Kauhausen (1898–1957, Pg. 1933), der ebenfalls als zuverlässiger Nationalsozialist beleumdet war (vgl. StAD, VII–1585 mit einer Liste nationalsozialistischer Gefolgschaftsmitglieder im Stadtarchiv Düsseldorf 1944). Vgl. auch die vermutlich allein in der Verantwortung Kauhausens liegende kleine „Chronik der Stadt Düsseldorf“ von 1938, die mit dem Bild des Märtyrerkreuzes Schlageters und einer Belobigung Hitlers schließt. Dazu die Rezension Vollmers in: DJb 41, 1939, S. 233–234). Zwischen 1946 und 1950 wurde Kauhausen den Vereinsberichten zufolge „durch Ergänzungswahl“ in den „Vorstand“ aufgenommen.

<sup>85</sup>) Vgl. WISOTZKY (wie Anm. 78), S. 360, Anm. 50. Eine nicht datierte Todesanzeige des Kreises Wesel, die ich vom Kreisarchiv Wesel erhielt, bezeugt Mückes Tod am 31.8.2006.

<sup>86</sup>) Vgl. seine umfangreiche Personalakte StAD, V 44617. Die dort angegebene NSDAP-Zugehörigkeit 1923–1925 kollidiert mit dem Verbot der Partei in Preußen (18.11.1922–12.2.1924). Wohl daher erklärt sich der Neueintritt Brückners am 1.1.1931. Von Januar bis Mai 1933 gehörte er der SA an. Bis 1925 war er beschäftigungslos. Am 15.3.1928 erhielt Brückner einen befristeten Jahresvertrag am Stadtmuseum und 1930 auf Bewegung Wentzckes einen unbefristeten Angestelltenvertrag dort, der 1932 offiziell aus Spargründen jedoch aufgelöst wurde. Noch zum 1.4.1932 erhielt er wiederum einen Vertrag am Stadtarchiv, wobei er auf adäquate Dotierung unter Berücksichtigung seiner Hochschulbildung zu verzichten versprach. Zum 3.7.1933 wurde er mit sofortiger Wirkung an das Kunstmuseum versetzt und dort Stellvertreter des beurlaubten Direktors Prof. Dr. Koetschau. Nach der Entbindung Wentzckes von der Leitung vom Stadtmuseums wurde Brückner dessen Direktor (ab 1.5.1935 im Beamtenverhältnis). Noch über diesen Zeitpunkt hinaus plagten ihn immer wieder finanzielle Probleme.

<sup>87</sup>) Vgl. RISCHER (wie Anm. 51), S. 81–83. Über die Geschichte des (ab 1933 so genannten) „Stadtmuseums“ in der NS-Zeit vgl. ALVR, Akten, Nr. 12572, darin u.a. Jahresbericht Brückners für 1934 (26.2.1934), worin er der Geschäftsstelle des Verbandes der Rheinischen Heimatmuseen berichten konnte, dass die „Aufwärtsentwicklung der Museen im Sinne nationalsozialistischer Weltanschauung“ auch in seinem Haus „Beachtung“ gefunden habe. Vgl. auch den Artikel „Das neue Düsseldorfer Stadtmuseum“ (aus: Der Mittag, Juni 1939) über die Neueröffnung des Stadtmuseums am Grabbeplatz 1939 nach erfolgter Neuordnung aller Bestände. Mittelpunkt der Neuzeitabteilung wurde die „Gedächtnisausstellung für Albert Leo Schlageter“ (für Auskünfte zur Geschichte des Museums danke ich Frau Dr. Annette Baumeister, Stadtmuseum Düsseldorf).

„Düsseldorfer Raum im Rahmen der deutschen Vorgeschichte“ gesprochen hatte, dabei das im Museum verfolgte Konzept Düsseldorfs als „Lebensraum“ vorstellend<sup>88</sup>). Die Lebenswege Mückes und Brückners, der sich im Zuge der Auslagerung von Museumsexponaten nach Hessen zurückgezogen hatte, verloren sich zunächst. In der ersten Vorstandssitzung der Nachkriegszeit des DGV hieß es lediglich, dass sie „ausschieden“, weshalb der Vorstand der Ergänzung bedürfe<sup>89</sup>). Brückner scheiterte bei der Rückstufung vom „Mitläufer“ zum „Unbelasteten“ und musste daher seine Tätigkeit in städtischen Diensten beenden<sup>90</sup>).

Die ebenfalls im Vorstand befindlichen Archivare Wilhelm Claßen (1903–1965) und Günter Aders (1905–1984)<sup>91</sup>) waren Mitarbeiter des seit 1929 leitenden Staatsarchivdirektors Vollmer. Der Kirchenhistoriker Claßen sah sich als NSDAP-Mitglied und Vorsitzender der Gaugruppe Düsseldorf der Anfang 1939 gegründeten „Vereinigung für Sippenforschung“ zunächst als „Mitläufer“ kompromittiert, erlangte aber einen Freispruch und fand mit der Unterstützung Vollmers wieder den Weg ins Staatsarchiv<sup>92</sup>). Die weiteren Mitglieder im Führerrat waren, soweit fest-

<sup>88</sup>) Vgl. den Zeitungsartikel „Das neue Düsseldorfer Stadtmuseum“ aus: Der Mittag, Juni 1939 (ALVR, 12572).

<sup>89</sup>) Vorstandssitzung 6.8.1945 (StAD, XX, Nr. 531a, Klade A).

<sup>90</sup>) Detaillierten Aufschluss dazu geben neben seiner Personalakte StAD, V 44617 die Entnazifizierungsakten HStAD, NW 1002-AD-35840, NW 1037-A/REG-04349 u. NW 1000-16987: Nach 1945 bemühte sich der am 8.6.1945 suspendierte Brückner um Wiedereinstellung in den städtischen Dienst, wurde jedoch durch den Personalausschuss der Stadt abgewiesen, nachdem er am 8.8.1947 in Kategorie IV eingereiht worden war. Nachdem er (so am 11.10.1947 gegenüber dem Oberstadtdirektor) behauptet hatte, „gegen Willkürlichkeiten und Anordnungen des Naziregimes Stellung genommen“ zu haben (so habe er sich u.a. schützend um den Nachlass des Juden Karl Herzfeld bemüht) und Leumundszeugnisse beibrachte, erlangte Brückner am 23.11.1949 die Einstufung in Kategorie V. Per Urteil des Sonderbeamten für die Entnazifizierung des Landes NRW (12.5.1950) und des Entnazifizierungsausschusses für den Regierungsbezirk Düsseldorf (17.6.1950) wurde das erstinstanzliche Urteil jedoch bestätigt. Zwar verdanke Brückner seine Stellung im Archiv seinem „hohen fachlichen Können“, auch habe er in Einzelfällen „in kulturpolitischer Hinsicht eine einwandfreie Haltung“ gezeigt und sei seine Nutznießung durch den Nationalsozialismus nicht belegt. Jedoch erlaube seine NSDAP-Mitgliedschaft ab 1931 und seine Tätigkeit als Blockwart 1933–1936 nicht seine Rückstufung. Indes bezog Brückner nach Beibringung eines amtsärztlichen Dienstunfähigkeitsbescheids die von ihm beantragten Ruhegelder.

<sup>91</sup>) Aders' Düsseldorfer Personalakte HStAD BR-PE 455 ist unergiebig (er wechselte zum 1.10.1949 ans Staatsarchiv Münster), eine Entnazifizierungsakte ist im HStAD nicht nachgewiesen.

<sup>92</sup>) Claßen gab bei seinem Entnazifizierungsverfahren an, er habe den Vorsitz übernommen, um seine kirchlichen Bindungen nicht aufgeben zu müssen. Außerdem sei es dem Staatsarchiv Düsseldorf wichtig gewesen, einen Vertreter in dieser „sehr wichtigen Organisation“ zu haben (HStAD, NW 1023-054-88, Anlage zum Fragebogen, auch NW 1037-BI-17205). H. DAHM, Wilhelm Claßen, 18.2.1903–9.9.1965 [Nachruf], in: ArchivalZ 63, 1967, S. 199–203, spricht hierbei entscheidend von einer „unpolitische[n] Tätigkeit“. Dass die von Gauvereinsführer (Pg.) Johannes Lenders angeführte Vereinigung ideologisch auf rassistischen Grundlagen ruhte, lässt sich jedoch nicht bezweifeln (vgl. auch HOPPE/LÜDTKE (wie Anm. 13), S. 55–56). In ihrem nur 1939 erschienenen Organ „Volkstum und Sippenkunde“ publizierte Claßen im Anfangsheft über „Judentaufen“, allerdings ohne expliziten antisemi-

stellbar, parteifern: Da ist zunächst der mit einer Arbeit zum historischen Städtebau promovierte Architekt Ingo Beucker (1906–1990), der zwar bei der Errichtung der Düsseldorfer Schlagetersiedlung und der Düsseldorfer Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ von 1937 mitwirkte, aber kein politisches Engagement zeigte<sup>93</sup>). Dem Leiter der Düsseldorfer Landes- und Stadtbibliothek in der Nachfolge Nörrenbergs, Hermann Reuter, wurde 1947 aufgrund der von ihm betriebenen Rettung des Großteils der Heine-Bibliothek und des Schutzes des Heine-Hauses vor nationalsozialistischem Zugriff attestiert, „Gegner des Nationalsozialismus“ gewesen zu sein<sup>94</sup>). Der ebenfalls zentrumsnahe Rektor des Düsseldorfer Comenius-Gymnasiums, Hans Mosler, Jahrgang 1879, sträubte sich im Rahmen der Möglichkeiten gegen eine Vereinnahmung seiner Schule und seiner eigenen Person durch das System<sup>95</sup>). Der Farbenkaufmann Balthasar Becker bezeichnete sich als „bekannt als Antifaschist“, deshalb als „schlecht angeschrieben“ und in der Folge als Leidtragenden beruflicher Schikanen<sup>96</sup>).

Wichtiger für die Einschätzung des DGV aber ist die Person Bernhard Vollmers<sup>97</sup>), in dessen Händen bis zur Übernahme der Vereinsführung 1935 die Organisation der Vereinsausflüge gelegen hatte. Seine in Rückblicken und Nachrufen vielfach belobigte Person hat im Kontext der deutschen Archivpolitik im Zweiten Weltkrieg – Vollmer war von Juli 1940 bis September 1944 Leiter der „Abteilung Archivwesen beim Reichskommissar

für die besetzten niederländischen Gebiete“ – in jüngster Zeit Aufmerksamkeit erfahren<sup>98</sup>). Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, im Oktober 1945, gab Vollmer in einer Niederschrift zu Papier, die Ideologie der NSDAP grundsätzlich abgelehnt und im DGV „häufig bei Vorträgen und Führungen gegen den Nationalsozialismus Stellung“ bezogen zu haben<sup>99</sup>). Dabei verwies er darauf, nach einer Denunziation in dem von ihm geleiteten Staatsarchiv selbst ins Visier der Gestapo und damit in große Gefahr geraten zu sein („Man erklärte mir, ich gehöre hinter Stacheldraht.“). Zwei der auch in der Gestapoüberlieferung aktenkundigen Vorhaltungen betreffen den DGV: So habe Vollmer sich aufgrund seines „höflichen Verhaltens“ disqualifiziert, das er Adolf Zürn dorfer entgegen gebracht habe, dem jüdischen Geschäftsführer des Verlages Eduard Lintz, der das DJb verlegte. Außerdem wurde Vollmer zur Last gelegt<sup>100</sup>), sich wohlwollend über vier „nichtarische“ Mitglieder des DGV geäußert zu haben, unter ihnen den Bonner Mediävisten Wilhelm Levison. Näheres ließ sich nicht ermitteln und war, da als „eine kulturpolitische Sache“ von der Gestapo weiterdelegiert, zum Zeitpunkt der Aktenanlage nicht bekannt<sup>101</sup>). Ungeachtet etwaiger persönlicher Antipathien, wie sie im Falle des Schriftführers Parne mann wohl bestanden, zeigen diese Anschuldigungen, wie gefährlich schon die Erwähnung jüdischer Personen im Umkreis eines Geschichtsvereins war. Die Schicksale der genannten Levison und Zürn dorfer sind bekannt: Während sich der 1935 zwangspensionierte Mediävist noch im Frühjahr 1939 nach England retten konnte<sup>102</sup>), wurde Zürn dorfer nach erfolglosen Auswanderungsversuchen mit dem ersten Düsseldorfer Massen transport von Juden in das Ghetto nach Łódź deportiert, wo er im April 1942 zu Tode kam<sup>103</sup>). Bleibt zu erwähnen, dass Vollmer die Person Zürn-

tischen Einschlag. Nachdem Claßen Leumundszeugnisse u.a. von Vollmer, Spickhoff, Reuter und der jüdischen Familie Löwenbach beigebracht hatte, wurde er trotz seiner NSDAP-Mitgliedschaft ab 1.5.1933 in mündlicher Verhandlung am 31.8.1949 in Kategorie V zurückgestuft. Dank der frühen Fürsprache Vollmers (vgl. u.a. Schreiben Vollmers an [Erich?] Weise, Stade, 20.2.1946 in: HStAD, RWN 254, Nr. 250) konnte er am 20.10.1949 wieder in die Dienste des Staatsarchivs Düsseldorf treten (Personalakte HStAD, BR-PE-458).

<sup>93</sup>) Seinen Entnazifizierungsakten zufolge hatte Beucker (1906–1990) keine formelle Parteinahe (HStAD, NW 1000-07908 u. NW 1002-G-30142). Kurzinformationen zu ihm bei S. SCHÄFFERS, Vom Werkbund zum Vierjahresplan. Die Ausstellung Schaffendes Volk, Düsseldorf 1937 (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Niederrheins, Bd. 4/Beiträge der Forschungsstelle Architekturgeschichte und Denkmalpflege der Bergischen Universität-Gesamthochschule Wuppertal, Bd. 11), 2001, S. 407–408.

<sup>94</sup>) Entnazifizierungsakte mit entsprechendem Bescheid HStAD NW-1002-AD-25692. Zum Heine-Haus vgl. das Findbuch des Nachlasses Reuters (1880–1970, UA HHU, 7/25).

<sup>95</sup>) Vgl. Moslers Entnazifizierungsakte NW 1002-ED-30129. Vgl. zu ihm: Unser Jahrhundert. Chronik einer Halbinsel. Düsseldorf-Linksrheinisch 1904–2004, hg. vom Verkehrs- und Verschönerungs-Verein für den linksrheinischen Teil der Stadt Düsseldorf e. V., 2004, S. 21–22 u. 160–162. Über die weiteren Mitglieder im Führungsrat, den Düsseldorfer Bankbeamten Leo Fröhling und den Kunsthändler Leo Pauly, ließ sich nichts herausfinden.

<sup>96</sup>) Entnazifizierungsakte Beckers (geb. 23.5.1887) HStAD NW-1002-C-62460. Becker gab u.a. an, ihm seien wegen seiner bekannten Haltung städtische Aufträge entzogen worden.

<sup>97</sup>) Zu seiner Biographie: H. DAHM, Bernhard Vollmer. 12.3.1886–1.3.1958 [Nachruf], in: ArchivalZ 55, 1959, S. 165–170. Vollmer war 1931 bis 1953 auch im Vorstand des „Historischen Vereins für den Niederrhein“, wo er, vermutlich bedingt auch durch seinen Dauerkonflikt mit dem dort Feder führenden Wilhelm Kisky, zurückhaltender als im DGV agierte. Vgl. U. HELBACH, Der Historische Verein für den Niederrhein in der Nachkriegszeit (1945–1979), in: DERS. (wie Anm. 2), S. 185–260, hier S. 213, Anm. 95.

für die besetzten niederländischen Gebiete“ – in jüngster Zeit Aufmerksamkeit erfahren<sup>98</sup>). Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, im Oktober 1945, gab Vollmer in einer Niederschrift zu Papier, die Ideologie der NSDAP grundsätzlich abgelehnt und im DGV „häufig bei Vorträgen und Führungen gegen den Nationalsozialismus Stellung“ bezogen zu haben<sup>99</sup>). Dabei verwies er darauf, nach einer Denunziation in dem von ihm geleiteten Staatsarchiv selbst ins Visier der Gestapo und damit in große Gefahr geraten zu sein („Man erklärte mir, ich gehöre hinter Stacheldraht.“). Zwei der auch in der Gestapoüberlieferung aktenkundigen Vorhaltungen betreffen den DGV: So habe Vollmer sich aufgrund seines „höflichen Verhaltens“ disqualifiziert, das er Adolf Zürn dorfer entgegen gebracht habe, dem jüdischen Geschäftsführer des Verlages Eduard Lintz, der das DJb verlegte. Außerdem wurde Vollmer zur Last gelegt<sup>100</sup>), sich wohlwollend über vier „nichtarische“ Mitglieder des DGV geäußert zu haben, unter ihnen den Bonner Mediävisten Wilhelm Levison. Näheres ließ sich nicht ermitteln und war, da als „eine kulturpolitische Sache“ von der Gestapo weiterdelegiert, zum Zeitpunkt der Aktenanlage nicht bekannt<sup>101</sup>). Ungeachtet etwaiger persönlicher Antipathien, wie sie im Falle des Schriftführers Parne mann wohl bestanden, zeigen diese Anschuldigungen, wie gefährlich schon die Erwähnung jüdischer Personen im Umkreis eines Geschichtsvereins war. Die Schicksale der genannten Levison und Zürn dorfer sind bekannt: Während sich der 1935 zwangspensionierte Mediävist noch im Frühjahr 1939 nach England retten konnte<sup>102</sup>), wurde Zürn dorfer nach erfolglosen Auswanderungsversuchen mit dem ersten Düsseldorfer Massen transport von Juden in das Ghetto nach Łódź deportiert, wo er im April 1942 zu Tode kam<sup>103</sup>). Bleibt zu erwähnen, dass Vollmer die Person Zürn-

<sup>98</sup>) Vgl. jetzt G. MENK/S. F. M. PLANTINGA, „Die Ehre der deutschen Staatsarchivare und Historiker zu wahren.“ Bernhard Vollmer und seine Tätigkeit in den Niederlanden, in: R. KRETZSCHMAR (Red.), Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus. 75. Deutscher Archivtag 2005 in Stuttgart, Essen 2006, S. 217–271, basierend auf einem Vortrag Gerhard Menks auf dem Archivtag am 28.9.2005 (vgl. dazu den Kurzbericht über Sektion 3 „Deutsche Archivpolitik im besetzten Ausland“ von P. PUPPEL in: Der Archivar 59, Heft 1, 2006, S. 38–40).

<sup>99</sup>) Niederschrift Vollmers über seine Einstellung gegenüber der nationalsozialistischen Weltanschauung, 22.10.1945 (HStAD, RWN 254, Nr. 94); Entnazifizierungsakte NW 1000-10980 mit Fragebogen vom 17.11.1945 und Einstufung als Unbelasteter (V) am 17.9.1948.

<sup>100</sup>) Die Vorwürfe gegen Vollmer und seinen Mitarbeiter Emil Kesting (Pg.) gingen auf Denunziationen des Archivangestellten Karl Jungemann zurück. Sie lassen sich aus dem Vernehmungsprotokoll Vollmers vom 3.6.1940 nicht in den Einzelheiten rekonstruieren.

<sup>101</sup>) Der Gestapoakte zufolge wurde der den DGV betreffende Punkt am 11.7.1938 zuständigshalber an den damaligen SD-Oberabschnitt West (später SD-Leitabschnitt Düsseldorf) verwiesen, doch wurde zum Berichtszeitpunkt noch nichts über den Fall bekannt. Betreffende Nachweise im Restbestand HStAD, RW 23 fanden sich nicht.

<sup>102</sup>) Vgl. zu ihm R. SCHIEFFER, Der Mediävist Wilhelm Levison (1876–1947), in: K. DÜWELL (Hrsg.), Vertreibung jüdischer Künstler und Wissenschaftler aus Düsseldorf 1933–1945, 1998, S. 165–175.

<sup>103</sup>) Zürn dorfer, dem zum Dez. 1935 im Verlag gekündigt worden war, war Anfang 1938 vom „Reichsverband der deutschen Zeitschriften-Verleger“ gegenüber der Gestapo zur

dorfers präsent genug war, um ihn zu seiner persönlichen Entlastung bei seinem Entnazifizierungsverfahren anzuführen. Im DJb dagegen, dessen Vertrieb Zürndorfer schließlich maßgeblich betrieben hatte, sollten der Name Zürndorfers und die verbrecherischen Umstände seines Todes weder in der Zeit des Vorsitzes Vollmers (bis 1958) noch später Erwähnung finden.

Ob Vollmer wirklich ideologiekritisch auftrat – er behauptete, „bei Vorträgen und Führungen des Düsseldorfer Geschichtsvereins gegen den Nationalsozialismus Stellung“ bezogen zu haben –, lässt sich genauso wenig belegen wie die Behauptung, seinetwegen hätten „einige Mitglieder“ den Verein verlassen. Es scheint aber plausibel, dass er sich mit Kräften gegen eine ideologische Vereinnahmung und organisatorische Gleichschaltung des Vereins wandte. Dabei muss er sich im Vorstand des DGV einer weltanschaulich heterogenen Gruppe potentieller Sympathisanten und Gegner bzw. Spitzel ausgesetzt haben, denen gegenüber er allerdings als der unbestritten führende Wissenschaftler galt und, mit dem Nimbus eines preußischen Staatsarchivdirektors, Widersacher in gewissem Maße auf Abstand halten konnte.

#### Der DGV und die nationalsozialistische Kulturpolitik

Allein im gut dokumentierten Jahr seiner Gleichschaltung, 1934, sah sich der DGV diversen parteiamtlichen und parteinahen Vereinnahmungsversuchen ausgesetzt.

Zuerst meldete sich die NSDAP-Kreisleitung Düsseldorf beim DGV und verlangte, über die organisatorische Einbindung des Vereins informiert zu werden. Dahinter dürfte u.a. der zuständige Kreiskulturwart, Alfred Schubert, ein promovierter Kunsthistoriker, gestanden haben. Er war lange Mitglied des Vereins gewesen und trat nach der nationalsozialistischen Machtübernahme umgehend aus ihm aus<sup>104</sup>). Im März 1934 erging, wie an andere Vereine auch, an den DGV ein Aufruf durch Heinrich („Heinz“) Haake, den einflussreichen Landeshauptmann und Führer des „Deutschen Bundes Heimatschutz“, zur Eingliederung in den „Reichsbund Volkstum und Heimat“. Der „Reichsbund“ gab vor, „die alleinige parteiamtliche Organisation zur Pflege und Förderung aller Volkstums- und Heimarbeit“ zu sein,

Last gelegt worden, er profitiere als stiller Teilhaber weiterhin von Verlagserzeugnissen (Gestapoakte HStAD, RW 58, 43139). Vgl. zu ihm die Darstellung seiner 1925 geborenen Tochter KAROLA REGENT [Hannele Zürndorfer], Adolf Zürndorfer (1874–1942), in: A. GINGER (Hrsg.), Aspekte jüdischen Lebens in Düsseldorf und am Niederrhein, 1997, S. 208–211.

<sup>104</sup>) Die Replik Wentzckes auf die Aufforderung der Kreisleitung am 5.3.1934 (StAD, XX, Nr. 531a, Kladde A bzw. ebd. 520). Schubert (geb. 1889) arbeitete 1919–1933 als freier Kunsthistoriker, bevor er im Juni 1933 das Gauarchiv der NSDAP in Düsseldorf gründete und leitete. 1933–1934 fungierte er als Kreiskulturwart in Düsseldorf (nach: H. A. L. DEGENER, Wer ist's. Unsere Zeitgenossen, 10. Aufl. 1935, S. 345). Sein Austrittsdatum am 19.2.1933 nach StAD, XX 598.

sollte aber schon 1935 durch Goebbels aufgehoben werden<sup>105</sup>). Als bedrohlicher musste man die drei Monate später folgende Aufforderung von Rosenbergs konkurrierendem, allerdings ebenfalls kurzlebigen „Kampfbund für deutsche Kultur“ empfinden, u.a. über den Vollzug der „Gleichschaltung“ Zeugnis abzulegen. Auch von der Nachfolgeinstitution des Kampfbundes, der NS-Kulturgemeinde, berichtete Vollmer, dass sie „uns als Mitglieder haben will“<sup>106</sup>).

Die Vorstandsprotokolle geben über diese Infiltrationsversuche in der Anfangsphase der keineswegs in sich geschlossenen nationalsozialistischen Kulturpolitik nur eher beiläufig Auskunft. Daneben dürfte die Arbeit der Vereinsführung durch eine Vielzahl von Zumutungen begleitet worden sein, wie etwa durch die Anfrage der „Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften“, vor dem DGV Vorträge zum Zwecke der „Weckung und Verbreitung wehrwissenschaftlichen Verständnisses“ halten zu können, oder durch das Ansinnen des in Düsseldorf ansässigen „Völkischen Verlags“, Einblick in die Mitgliederkartei des DGV zur Werbung von Mitgliedern für die „Völkische Zeitung“ zu bekommen<sup>107</sup>). Es versteht sich von selbst, dass aus derlei unfreiwilligen Kontakten Gefahren für den Verein als Ganzen, nicht zuletzt aber auch für seine Vertreter und Mitglieder drohten. Hinsichtlich der institutionellen Einbindung des DGV ist es eindeutig, dass sowohl Wentzcke als auch Vollmer hofften, sich den Parteinahen entziehen zu können. Dieses Verhalten war typisch. So war Hermann Reuter, nicht Wentzcke, von Wolfgang van der Briele, dem Schriftführer der „Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins“ und Geschäftsführer des Vereins, um Rücksprache gebeten worden<sup>108</sup>), wie man sich gegenüber dem „Reichsbund“ verhalten wolle, weil auch in diesem Verein (angeblich wegen der als „kaum tragbar“ empfundenen 60 Pfennig Jahresbeitrag pro Mitglied) „Zweifel entstanden“ seien. Es war Wentzcke, der darauf antwortete, auch er sei der Meinung, die Mitgliedschaft im „Gesamtverein“ sei ausreichend. Die Anforderung der NS-Kulturgemeinde schließlich wolle Vollmer erst nach Rücksprache mit der „Arbeitsgemeinschaft der rheinischen Geschichtsvereine“ beantworten. Auf das Dafürhalten des Präsidenten des „Gesamtvereins“, Hoppe, hieß es dann aber, man habe gemeinsam entschieden, „die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen“<sup>109</sup>).

<sup>105</sup>) Vgl. zu ihm H. ROMEYK, Heinrich Haake (1892–1945), in: Rheinische Lebensbilder 17, 1997, S. 187–222. Zum „Reichsbund Volkstum und Heimat“ vgl. K. P. WIEMER, Ein Verein im Wandel der Zeit. Der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz von 1906 bis 1970 (Beiträge zur Heimatpflege im Rheinland, Bd. 5), 2000, S. 110–112 (Literatur).

<sup>106</sup>) Protokoll der Vorstandssitzung vom 18.2.1936 (StAD, XX, Nr. 531a, Kladde A).

<sup>107</sup>) Die entsprechenden Anschreiben an den DGV StAD, XX, Nr. 520.

<sup>108</sup>) Van der Briele an Hermann Reuter mit Replik Wentzckes 21. bzw. 26.4.1934 (StAD, XX, Nr. 520).

<sup>109</sup>) Vorstandssitzungen 7.1. u. 18.2.1936.

Perfidie und Halbherzigkeit kulturpolitischer Kontrolle gleichermaßen verkörperte die „Arbeitsgemeinschaft der rheinischen Geschichtsvereine“. Diese Organisation war in Zusammenarbeit des Kölner Mediävisten und Vorsitzenden der „Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde“, Gerhard Kallen, mit dem Kulturdezernenten beim Provinzialverband Rheinland, Hans-Joachim Apffelstaedt, gegründet worden. Unter der unverfänglichen Bezeichnung einer „Arbeitsgemeinschaft“ war die Etablierung von Themen bei den Geschichtsvereinen bezweckt, die im Sinne der nationalsozialistischen Geschichtsauffassung opportun waren: Dessen 1935 begründetes „Jahrbuch“, dem eine Bibliographie angeschlossen war, kreiste um heroisierte Figuren des vermeintlichen germanisch-welschen Grenzkampfes, wahrte nach außen hin aber den Anschein hehrer Wissenschaftlichkeit<sup>110</sup>). Letzteres gilt auch für die Gründer und Vertreter der „Arbeitsgemeinschaft“ selbst. Die Haltung Gerhard Kallens, eines nach Klaus Pabst „aktiven bürgerlichen Mitläufers“<sup>111</sup>), ist zwischen offener weltanschaulicher Parteiergreifung für den Nationalsozialismus und schierem Opportunismus anzusiedeln. Apffelstaedt, ein 1933 in Marburg promovierter Kunsthistoriker, kultivierte ungeachtet seines hohen SA-Ranges das Bild eines intellektuellen und distinguierten, bis zu seinem Tod an der Ostfront 1944 aber kompromisslosen Nationalsozialisten, woran u.a. seine intensiven Kontakte bis in die Spitzen der SS keine Zweifel lassen<sup>112</sup>). Dass die

<sup>110</sup>) Vgl. die wohlwollende, lediglich hinsichtlich formaler Aspekte kritische Rezension der Bände I-III durch Wilhelm Claßen, in: DJb 40, 1938, S. 314–315.

<sup>111</sup>) K. PABST, „Blut und Boden“ auf rheinische Art. Gerhard Kallen, der Nationalsozialismus und der ‚Westraum‘, in: DIETZ/GABEL/TIEDAU (wie Anm. 16), II, S. 945–978, Zit. S. 978. – K. PABST, Die „Arbeitsgemeinschaft der Rheinischen Geschichtsvereine“ im Dritten Reich, in: S. LENNARTZ (Hrsg.), Auf der Suche nach regionaler Identität (Bensberger Protokolle, Bd. 89), 1997, S. 109–133.

<sup>112</sup>) Dr. Han(n)s-Joachim Apffelstaedt (1902–1944), SA-Standarten-, 1939 Oberführer, 1941 Ehrenbürger der Universität Bonn, war Dezernent des Provinzialverbandes und Leiter des kulturpolitischen Referats, als welcher er intensiv mit Fragen der rheinischen Vorgesichtsforschung befasst war. Zu seiner Biographie R. BOLLMUS, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem (Studien zur Zeitgeschichte), 1970, S. 189–201 mit Anm. 131, B. BOURESH, Die Neuordnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1930–1939. Zur nationalsozialistischen Kulturpolitik der Rheinprovinz (Kunst und Altertum am Rhein, Bd. 141), 1996, v.a. S. 55 mit Anm. 223 u. 191, und PABST, „Arbeitsgemeinschaft“ (wie Anm. 111), S. 117–120. Apffelstaedt war im Dez. 1933 dem geschassten Joseph Busley (1888–1970) als Kulturdezernent bzw. Leiter der Abteilung Kultur beim Oberpräsidenten der Rheinprovinz nachgefolgt und galt als Intimus seines Vorgesetzten Haake (vgl. ROMÉYK (wie Anm. 105), S. 200–201). Apffelstaedt verfolgte ambitionierte kulturpolitische Ziele, zweifellos um sich für höhere Aufgaben zu empfehlen (vgl. WIEMER (wie Anm. 105), S. 108 mit Anm. 36). Z.B. wusste er bei der von ihm betriebenen, 1938 unter der Leitung von Kurt Tackenberg (1899–1992) realisierten Gründung des Instituts für Vor- und Frühgeschichte in Bonn, seine Kontakte mit hochrangigen Parteiideologen nutzbar zu machen, u.a. den Protagonisten des SS-Ahnenerbes (Plassmann, Wüst, Six, Sievers u.a.m. Vgl. dazu die Akte „Ahnenerbe, Volkskunde“ ALVR, Nr. 11228). Am 30.1.1941 wurde Apffelstaedt aufgrund seiner „nie ermüdenden Hilfe und vielseitigen Unterstützung“ mehrerer Universitätsinstitute akademischer Ehrenbürger der Universität Köln (nach: Rheinische Heimatpflege 12, Heft 3, 1940, S. 384). Eine eingehende Unter-

Vertreter des DGV bei der Konstituierung der „Arbeitsgemeinschaft“<sup>113</sup>) eine treibende Rolle spielten, ist eher zu bezweifeln, weil sie aufgrund des Zuspruchs des Vereins keinen gesteigerten Bedarf an einer derartigen Institution sahen. Anders dagegen hatte Kuskes Votum angeklungen, der sich vehement über die Nichtberücksichtigung der Universitäten in der „Arbeitsgemeinschaft“ beschwerte und ein verstärktes Zusammenwirken aller historisch arbeitenden Institutionen als ein Gebot „im nationalsozialistischen Geiste“ bezeichnete<sup>114</sup>).

Die Anlehnung des DGV an den „Gesamtverein“ natürlich auch in der Folgezeit passt ins Bild. Auf eine regimekritische Haltung kann daraus nicht geschlossen werden, zumal Willy Hoppes Gesinnung sich jedermann erschließen musste: Kurz nach seiner Ernennung zum Vorsitzenden des „Gesamtvereins“ hatte Hoppe die Vereinsvertreter dazu aufgefordert, ihre Satzungen nach dem Führerprinzip zu ändern und Wahlen künftig zu unterlassen<sup>115</sup>). Dementsprechend war schon Wentzcke die Prägung des „Gesamtvereins“ unter Hoppe bewusst gewesen, als er 1934 gegenüber Nörrenberg ins Feld geführt hatte, jener sei „seit dem Herbst unter vollständige nationalsozialistische Führung“ genommen worden<sup>116</sup>). Hoppe sollte es an programmatischen Bekenntnissen zur künftigen Indienstnahme der Landesgeschichte im nationalsozialistischen Geiste bekanntlich nicht fehlen lassen<sup>117</sup>). Dennoch erschien den Vereinsführungen die Mitgliedschaft in ideologisch konformen fachbezogenen Dachorganisationen weniger verhänglich als der drohende Kompetenzverlust durch die Unterordnung unter parteinahe oder gar parteiamtliche Kulturverbände. Schließ-

sung seiner Person ist noch immer ein dringendes Desiderat der Geschichte der rheinischen Kulturpolitik im Nationalsozialismus.

<sup>113</sup>) Den Berichten in den Vorstandsprotokollen (21.6.1935, 18.2.1936) zufolge nahmen sowohl Wentzcke als auch Vollmer an den Tagungen der „Arbeitsgemeinschaft“ teil (StAD, XX, Nr. 531a).

<sup>114</sup>) Kuske im oben erwähnten Schreiben an die „Arbeitsgemeinschaft“ am 8.10.1936 (HStAD, BR 2093-452, Bl. 16–18). Auf diesen abschriftlich auch an Vollmer geschickten Brief antwortete dieser, er betrachte die geplante Vereinigung zwar als „Lebensfrage“, der von Kuske beklagte „kümmerliche Besuch der Veranstaltungen der Geschichtsvereine“ treffe auf den DGV jedoch nicht zu (12.10.1938, ebd., Bl. 15, Konzept). Zu Kuske vgl. u.a. L. HAUPTS, Die „Universitätsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ und die politische Indienstnahme der Forschung durch den NS-Staat. Das Beispiel der Universität zu Köln, in: RheinVjbl 68, 2004, S. 172–200, S. 174–176 mit Anm. 13, 185–186, 195–197.

<sup>115</sup>) Aufruf Hoppes „An die dem Gesamtverein angeschlossenen Vereine und Institute“ vom 23.9.1933, in: KorrBIGesamtvereinDtGV 81, Heft 2, 1933, Sp. 89–92.

<sup>116</sup>) StAD, XX, Nr. 520 (Schreiben Wentzckes vom 12.2.[1934]).

<sup>117</sup>) Vgl. etwa seinen gedruckten Vortrag vom 1.8.1934: „Landesgeschichte als Forderung der Gegenwart“, in: KorrBIGesamtvereinDtGV 82, Heft 1, 1934, Sp. 1–7 und seinen Aufruf im Geleit der soeben umbenannten „Blätter für deutsche Landesgeschichte“ (83, 1937, S. 3–5). Der 1935 zum Ordinarius berufene Schäfer-Schüler Hoppe übernahm die Führung des Gesamtvereins am 6.9.1933. 1937–1942 stand er als Rektor der Berliner Universität vor. Vgl. den Nachruf von E. FADEN, Willy Hoppe [1884–1960], in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 11, 1960, S. 158–170, ohne Erwähnung von Hoppes Rolle im Nationalsozialismus.

lich waren weder die kleine „Arbeitsgemeinschaft“ noch der schwerfällige „Gesamtverein“ zur effektiven kulturpolitischen Kontrolle bzw. Instrumentalisierung der Vereine geeignet. In diesem Zusammenhang versteht sich, was Wentzcke meinte, als er dem erwähnten Schriftführer der „Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins, van der Briele, schrieb, der DGV habe mit der Mitgliedschaft im „Gesamtverein“ die an ihn gestellten Erwartungen „vollkommen gedeckt“<sup>118</sup>). Das daraus in erster Linie sprechende Bedürfnis nach organisatorischer Freiheit einte Wentzcke und Vollmer auf der einen Seite wie auch Albert Huyskens vom „Aachener Geschichtsverein“ und Alexander Schnütgen (d. J.) vom „Historischen Verein für den Niederrhein“ auf der anderen<sup>119</sup>). Es motivierte nicht weniger einen Wolfgang van der Briele (1894–1983), der, so Horst Sassin, anlässlich des 70jährigen Bestehens seines Vereins schon 1933 mit „tiefer und stolzer Liebe zu Vaterland und Deutschtum“ implizit die Übereinstimmung des „Bergischen Geschichtsvereins“ mit der nationalsozialistischen Geschichtsauffassung behauptet hatte, wobei er sich auf entsprechende Aussagen seines Vorsitzenden zu berufen wusste<sup>120</sup>). Dennoch oder auch deshalb: An dieser Stelle zeichnete sich der systemimmanente „Widerspruch zwischen einer zentralistischen Kulturpolitik und dem Beharren auf landschaftlicher und lokaler Eigenständigkeit“ (Volker Dahm)<sup>121</sup> ab, der die Geschichtsvereine von ihrem Selbstverständnis her leitete, ohne aber deswegen notwendigerweise mit weltanschaulicher Substanz gefüllt zu sein.

Außerlich präsentierte sich der DGV um die Mitte der 1930er Jahre keineswegs in einem gedrückten Zustand. Auf der Vorstandssitzung im Februar 1936 kündigte Vollmer an, ähnlich wie das „Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins“ werde das DJb künftig „wesentlich stattlicher ausgestattet“ werden<sup>122</sup>). Tatsächlich konnte der gut 300 Seiten starke Band 39 (1937) „in erweitertem Umfang und in neuem Gewande an die Öffentlichkeit“ übergeben werden. Wie im „Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins“ ab 1934 wurde dabei auf der Titelseite ausdrücklich dem „Standartenführer“ Apffelstaedt Dank gezollt, außerdem Horst Ebel, dem ebenfalls einflussreichen Leiter des „Amts für kulturelle Angelegenheiten“

<sup>118</sup>) Wentzcke an van der Briele, 26.4.1934 (StAD, XX, Nr. 520).

<sup>119</sup>) Vgl. PABST, u.a. „Blut und Boden“ (wie Anm. 111), S. 968, Anm. 144.

<sup>120</sup>) Vgl. SASSIN (wie Anm. 18), S. 163. Van der Briele berief sich in seinem Rechenschaftsbericht im Jahresbericht des Hauptvereins 1933 auf das Bekenntnis des Vereinsvorsitzenden (Wilhelm de Weerth) „zum neuen Reich und zum großen Führer unseres Volkes“. De Weerth wollte „das heilige dritte Reich“ aufzubauen und dabei die „Schwungkraft begeisterter Jugend“ mittels des BGV anzutreiben helfen (Zitate nach Sassin, ebd.).

<sup>121</sup>) Zit. V. DAHM, Nationale Einheit und partikuläre Vielfalt. Zur Frage der kulturpolitischen Gleichschaltung im Dritten Reich, in: VjhefteZG 43, Heft 1, 1995, S. 221–265, hier S. 225.

<sup>122</sup>) Vorstandssitzung 18.2.1936 (StAD, XX, Nr. 531a). Nach Heft 37 für 1933/1934 hatte Heft 38 erst 1937 publiziert werden können.

der Stadt Düsseldorf<sup>123</sup>). Besser aber waren die Kontakte zu Apffelstaedt, dem Kulturdezernenten des Provinzialverbandes und engen Vertrauten Haakes. Der DGV wie auch der „Kölnische“ und der „Aachener Geschichtsverein“ bezog über Apffelstaedt jährliche Druckkostenzuschüsse in Höhe von 500 RM, und zwar noch 1944, obwohl 1942 bis 1946 kein Jahrbuch erschien<sup>124</sup>). Im September 1939 bat Vollmer um weitere 500 RM Zuschuss für Emil Dösselers Werk „Der Niederrhein und der deutsche Ostseeraum zur Hansezeit“; Dösseler wolle „das grosse Verdienst des niederrheinischen Bürger- und Bauertums um die städtische Ostkolonisation“ zeigen und für die Folgezeit, „wie durch den steten Nachschub aus dem Rheinland das städtische Deutschtum zumal Westpreussens und Livlands in seinem Grenzlandkampf gestärkt wurde.“ Schließlich gelte es auch, die Leistungen niederrheinischer Unternehmer beim „Anschluss des Ostseeraumes an den deutschen Lebensraum“ zu demonstrieren<sup>125</sup>). Apffelstaedt bewilligte die Summe ohne Rückfrage und erhielt zu seiner privaten Verwendung einen Schub „Düsseldorfer Jahrbücher“.

Die Förderung der Vereine war sicher von der formellen Durchsetzung des Führerprinzips bzw. der „Gleichschaltung“ abhängig<sup>126</sup>). Somit verwundert nicht, dass der „Historische Verein für den Niederrhein“ nur die Hälfte des für die großen Vereine üblichen Förderbetrags erhielt<sup>127</sup>). Sieht man von seiner Finanzkrise Mitte der 1930er Jahre ab, kann im Falle des DGV das finanzielle Motiv allerdings nicht den Ausschlag für ideologisches Wohlverhalten gegeben haben: Gerade die Nichtzulassung des DJb nach 1941, in deren Folge der Verein hohe Anfertigungs- und Auslieferungskosten sparte, verbesserte die nach dem Betrugversuch durch Jockwer<sup>128</sup>) ohnehin rasch konsolidierte Lage noch einmal erheblich, so dass man bei Kriegsende über mehr als 17.000 RM Guthaben verfügte, das auch

<sup>123</sup>) Horst Ebel, geb. 1905, 1930 Pg. NSDAP, 1931 Berufung in die Gauleitung Düsseldorf, 1933–1938 Leiter des „Amts für kulturelle Angelegenheiten“, 1936 hauptamtlicher Beigeordneter der NSDAP Düsseldorf, später „Gauarbeitspräsident und Reichstreuhand der Arbeit“. RISCHER (wie Anm. 51), S. 5–6 attestiert ihm ambitionierte Pläne zur Etablierung Düsseldorfs als „Mittelpunkt der Westmark“. Seine Biographie steht noch aus. Vgl. seine Personalakte StAD, V 54760 (darin u.a. die Voten des 1937 von der Gestapo verhafteten, seit 1946 amtierenden Oberstadtdirektors Dr. Walther Hensel von 1954 und 1963). – Ferner S. KEPPEL, Das Düsseldorfer Stadtjubiläum 1938, Zwischen städtischer Inkompetenz und staatlicher Propaganda, in: DJb 72, 2001, S. 187–227, hier S. 188–189 mit Anm. 5.

<sup>124</sup>) Nachweise in ALVR, Nr. 1132 (Düsseldorf), 11133 (Köln), 11078 (Aachen). Der ebenfalls geförderte katholische „Historische Verein für den Niederrhein“ bezog bis einschließlich 1943 250 RM jährlich (ebd., Nr. 11020).

<sup>125</sup>) Vollmer an Apffelstaedt, 20.9.1939 (ALV, Nr. 1132 o. Pag.).

<sup>126</sup>) Diese Tatsache wird im Tätigkeitsbericht der „Gesellschaft für nützliche Forschungen“ (Trier) im Jahrbuch der Arbeitsgemeinschaft der rheinischen Geschichtsvereine 1, 1935, S. 117 explizit ausgesprochen. Dort heißt es, man habe „das Führerprinzip voll durchgeführt“.

<sup>127</sup>) Die Zahlung von 250 RM erfolgte 1932–1943 (ALV, Nr. 11020).

<sup>128</sup>) S. n. S. 141 „Obwohl Geld und Papier vorhanden sei ...“.

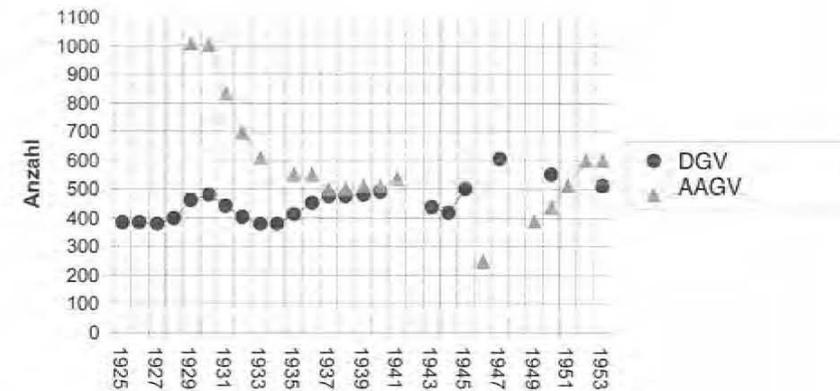
im Zuge der Währungsreform einen passablen Grundstock bildete<sup>129</sup>). Die Grundlage hierfür war die numerisch stabile Mitgliederentwicklung: Der Verlust von genau 100 Mitgliedern vom Ende 1930 bis zum Ende des Jahres 1933 war bereits am Ende des ersten Kriegsjahres wieder mehr als ausgeglichen. Der zwischenzeitliche Rückgang war – das zeigen die Begründungen mancher Vereinsaustritte – durch die sozialen Bedingungen in den letzten Jahren der Weimarer Republik verursacht. Politisch motivierte Austritte nach der Machtübernahme sind zwar plausibel, fallen aber zahlenmäßig nicht ins Gewicht<sup>130</sup>).

Jahr	DGV	AAGV
1925	385	o. A.
1926	385	o. A.
1927	380	o. A.
1928	401	o. A.
1929	463	1007
1930	481	1003
1931	441	834
1932	404	696
1933	381	610
1934	382	o. A.
1935	412	550
1936	451	552
1937	478	502
1938	477	501
1939	482	510
1940	493	510
1941	o. A.	533
1942	o. A.	o. A.
1943	438	o. A.
1944	418	o. A.
1945	502	o. A.
1946	o. A.	ca. 250
1947	603	o. A.
1948	o. A.	o. A.
1949	o. A.	387
1950	552	438
1951	o. A.	509
1952	o. A.	599
1953	510	599

<sup>129</sup>) Nach Zahlung ausstehender Beiträge erwartete man sogar einen Anstieg auf 20.000 RM. Nachdem der Kassenstand gegen Ende der 1930er Jahre ausgeglichen war, wurden schon vor der Einstellung des Jahrbuchs aus Beiträgen und günstigen Anlagen erstaunliche Gewinne erwirtschaftet. Die im Einzelnen hier nicht zu spezifizierenden Nachweise nach StAD, XX, Nr. 531a u. XX, Nr. 521.

<sup>130</sup>) Vollmer argumentierte in seiner erwähnten Niederschrift vom 22.10.1945, „einige Mitglieder“ hätten seiner Haltung wegen ihren Austritt erklärt (HStAD, RWN 254, Nr. 94). Das Mitgliederverzeichnis des DGV bis Ende 1933 weist rund 20 Austritte nach dem 30.1.1933 auf, hauptsächlich von Personen im öffentlichen Dienst. Eine fallbezogene Auswertung würde in diesem Rahmen zu weit führen.

## Mitgliederzahlen



Mitgliederstatistik Düsseldorfer/Aachener Geschichtsverein (DGV bzw. AAGV) im Vergleich<sup>131</sup>)

## Publikationen des Vereins bis 1941

Es stellt sich nun freilich die Frage, inwieweit den DGV die objektiven Zwänge durch den Parteiapparat der NSDAP einerseits und die persönlichen Affinitäten einzelner Vereinsfunktionäre zum Nationalsozialismus andererseits auf der inhaltlich-thematischen Ebene prägten.

Blicken wir zunächst auf allgemeine Charakteristika des DJb. Die Vereinszeitschrift war 1886 mit ihrer älteren Folge „Beiträge zur Geschichte des Niederrheins“ begründet worden, die aus mehr kosmetischen denn aus perspektivischen Gründen seit 1913/1914 als „Düsseldorfer Jahrbuch“ firmierte<sup>132</sup>). Bis zur letzten Kriegsausgabe 1941 erschienen in meist jährlicher Folge 43 Bände mit 408 Beiträgen, also rechnerischen 9,5 pro Band, wobei monographien- und miszellenartige Beiträge einander sta-

<sup>131</sup>) Die Zahlen des DGV 1925–1929 u. 1943–1944 beziehen sich jeweils auf Erhebungen vom Frühjahr, alle übrigen auf das Jahresende (Angaben zum DGV aus Vereinsberichten u. Vorstands- u. Hauptversammlungsberichten, zu Aachen aus H. LEPPER, Der „Aachener Geschichtsverein“ 1929–1979, in: ZAachenGV 86/87, 1979/1980, S. 1\*–116\*, Anh. IV). Zahlen zum „Kölnischen Geschichtsverein“ liegen mir in Ermangelung von Angaben in den spärlichen Vereinsberichten nicht vor. Zur Mitgliederentwicklung des DGV auch H. DAHM, Düsseldorfer Geschichtsverein (wie Anm. 24), S. XXIII.

<sup>132</sup>) Die Umbenennung der „Beiträge zur Geschichte des Niederrheins“ in das „Düsseldorfer Jahrbuch“ mit Heft 26 (1913/1914) erfolgte, da man die lange Bezeichnung für nicht griffig genug hielt. Dennoch wollte man unter dem neuen Namen keine Ortsgeschichte in einem engeren Sinne betreiben (DGV 26, 1913/1914, S. 340).

tistisch ausglich. In den sieben Bänden, die in der Zeit der Diktatur erschienen, wurden insgesamt 37 Aufsätze veröffentlicht, darunter sieben längere Beiträge. Thematisch steht die Frühe Neuzeit im Vordergrund. Das Zurücktreten der mittelalterlichen Geschichte erklärt sich durch die geringe Bedeutung der Stadt vor dem 16. Jahrhundert, außerdem wohl auch dadurch, dass die meisten Vorstands- bzw. Führerratsmitglieder mit Arbeiten zur frühneuzeitlichen Geschichte promoviert worden waren<sup>133</sup>). Der Umfang der Bände blieb im Rahmen der vorangegangenen Jahre. Siebenmal und damit am häufigsten zu Wort kam von 1932/1933 bis zum vorerst letzten Band 1941 die Kunsthistorikerin und Adelforscherin Hermine Kühnsteinhausen mit dem bis heute ausgesprochenen Lieblingsthema der Zeitschrift: Von 1886 bis 2005 führen nicht weniger als 25 Beiträge den Namen des im Rheinland zu „Jan Wellem“ popularisierten Pfalzgrafen Johann Wilhelm († 1716) im Titel. Weiter finden sich Aufsätze über den bergischen Obstanbau, einen Adelssitz, Klosterbibliotheken, Landesaufnahmen, niederrheinische Musikfeste, Wappenbücher oder die Familie Jacobi.

Es besteht kein Zweifel, dass sich das DJb sowohl von der Themenauswahl als auch von den Sachaussagen her von nationalsozialistischen Bekennnissen fern gehalten hat. Der einzige Beitrag, in dem man eine Motiventlehnung im Sinne des nationalsozialistischen Geschichtsverständnisses sehen könnte, ist Vollmers Darstellung über die „Schlacht bei Worringen“ anlässlich ihres 650. Jahrestags. Der Aufsatz ist indes nüchtern formuliert und bar jeder kriegsverherrlichenden Rhetorik. Auch die von Hitler angeordnete Rheinlandbesetzung 1936 ging völlig am DJb vorbei. Die häufig genug zu Unrecht benutzte Vokabel der apolitischen Ausrichtung traf auf das DJb in der NS-Zeit also durchaus zu, und zwar auch wenn man berücksichtigt, dass dieses Kriterium in historischen Zusammenhängen nicht ohne Weiteres an den Maßstäben einer späteren Zeit gemessen werden kann. Die Ankündigung Wentzckes gegen Ende 1935, der Verein wolle sich künftig der „synthetischen Methode der landesgeschichtlichen Forschung“ zuwenden<sup>134</sup>), ist im Aufsatzteil nur insofern realisiert worden, als zwar tatsächlich eine gewisse Ausweitung des thematischen Sichtfeldes über die Ereignis- und Institutionengeschichte hinaus erfolgte. Die methodische Verschränkung der Fachdisziplinen, zumal im Sinne der von nationalsozialistischen Organen vielfach geförderten Volkstumsforschung ist aber ausgeblieben. Im Rezensionsteil bot sich eher Gelegenheit bzw. Verpflichtung zur Stellungnahme gegenüber mehr oder minder nationalsozialistisch geprägter Literatur. Allerdings, so der Rezensent des Gründungs-

<sup>133</sup>) Nämlich Wentzcke, Vollmer, Mosler, Beucker, Mücke, Parnemann. Der Germanist Reuter wurde mit einer Arbeit über die „Siegerländer Mundart“, der Jurist Aders über Kölner Testamentsrecht im Mittelalter promoviert. Einziger Mediävist im Kreis war Wilhelm Claßen. Brückner war vermutlich Kunsthistoriker.

<sup>134</sup>) Vereinsbericht des DJb zum „Wintersemester“ 1935, in: DJb 38, 1934/1936, hier S. 165.

bandes „Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung“ in einer sicher betont indirekt gehaltenen Wendung, könne der DGV mit seinen Rezensionen, die in der Regel ein Dutzend nicht überstiegen, die „volksdeutsche Forschung“ angesichts der seit 1933 angewachsenen „Schriftumsflut“ nicht annähernd bewältigen<sup>135</sup>). Vollmer schützte diesbezüglich grundsätzliches Wohlwollen vor, indem er 1941 eine Belobigung des vom Reichskirchen- zum Grenzraumforscher gewandelten Leo Just (1901–1964) aussprach, dem er attestierte, mit einem Sammelband zur „Ueberwindung überlebter Gegensätze innerhalb der bisherigen deutschen Geschichtsbetrachtung“ beigetragen zu haben<sup>136</sup>). Unverblümt nationalsozialistische, rassenkundliche bzw. rassistische Literatur hat das DJb dagegen nicht rezipiert. Inhaltslose Berücksichtigungen nationalsozialistischer Publikationen wie im Falle des Kulturdezernenten Ebel oder des ebenfalls bereits erwähnten Kreiskulturwarts Schubert<sup>137</sup>) waren sicher taktisch bedingt. Dieses somit nicht einmal halbherzige ideologische Engagement wird es mit bedingt haben, dass nach 1941 keine weitere Ausgabe des DJb mehr erscheinen konnte. Obwohl Geld und Papier vorhanden sei, waren, so Vollmer, alle Anträge in Berlin gescheitert, weil die dortige Reichsschrifttumskammer im DJb bloß „einen Kalender oder Almanach“ und damit keine genehmigungswürdige Publikation erkennen wollte<sup>138</sup>). Seit 1947 konnte das DJb wieder erscheinen<sup>139</sup>), allerdings erst ab der Mitte der 1950er Jahre in größerer Regelmäßigkeit.

<sup>135</sup>) So in der belobigenden Rezension der Ausgabe durch W. Nikolaus, in: DJb 40, 1938, S. 323. Die Identität des Verfassers konnte ich nicht ermitteln. Die Sammelkolumne zu sämtlich vor 1933 erschienenen „Schriften zur Raumgeschichte Nordwestdeutschlands“ im Rezensionsteil DJb 37, 1932/1933, S. 141–144 durch Wentzcke wurde nicht fortgesetzt.

<sup>136</sup>) Rezension zu L. JUST, Um die Westgrenze des alten Reiches. Vorträge und Aufsätze, Köln 1941 in: DJb 43, 1941, S. 158–160, Zit. S. 160. Vgl. M. F. FELDKAMP, Reichskirchengeschichtsschreibung und Grenzlandforschung. Zum wissenschaftlichen und publizistischen Werk des Bonner Historikers Leo Just (1901–1964), in: DIETZ/GABEL/TIEDAU (wie Anm. 16), II, S. 1017–1035.

<sup>137</sup>) Vgl. DJb 41, 1939, S. 234–235 (Horst Ebel) bzw. 244–245 (Alfred Schubert).

<sup>138</sup>) So Vollmer auf der Vorstandssitzung 28.12.1943 und auf der Hauptversammlung 12.3.1944 (StAD, XX, Nr. 531a, Kladden A u. B). Für wissenschaftliche Personen und Institutionen wurde die Mitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer nicht verlangt. Nichtwissenschaftler konnten nach Einzelfallprüfung Befreiungsscheine erwerben („Bekanntmachung über die Erfassung der schriftstellerisch Tätigen durch die Reichsschrifttumskammer“ vom 1.4.1937, gedruckt in: W. IHDE [Hrsg.], Handbuch der Reichsschrifttumskammer, 1942, S. 249–251). Dies zog eine erhebliche Arbeitsbelastung der Kammer mit sich, weshalb deren Präsident Johst im Zuge einer „Verwaltungsvereinfachung“ neben wissenschaftlichen Qualifikanten und Militärgeschichtlern im Feld die „Beamten und wissenschaftlichen Mitarbeiter“ des öffentlichen Bildungswesens kategorisch wissenschaftlichen Status zusprach (Anwendungsbestimmung 9.2.1942, ebd., S. 251–252). Die in ihrem wissenschaftlichen Status angefochtenen historischen Vereinszeitschriften unterlagen somit der ab 1941 bestehenden Pflicht zur individuellen Zulassung (Bekanntmachung vom 12.9.1941, ebd., S. 148–149), die in der Praxis aber schwerlich zu erlangen war.

<sup>139</sup>) Größere Lücken hatten bis dahin die Bände 31 (1920–1924) und 38 (1934–1936) überbrückt.

Trotz des Ausbleibens einer aktiven Parteinahme ist der kürzlich noch geäußerte gegenteilige Schluss, die Vereinsführung habe um den Preis einer Konfrontation mit dem Regime Distanz gewahrt, Wunschdenken, wenn nicht Apologie<sup>140</sup>). Die zwei folgenden Begebenheiten zeigen, dass im Führerrat weniger Standfestigkeit als vielmehr Opportunismus vorherrschte.

Anfang 1934 legte der abgetretene Vorsitzende Nörrenberg seinem Nachfolger Wentzcke nahe, ein Manuskript über Düsseldorfer Oberschichtenfamilien abzdrukken, in dem die Heiratsverbindungen nichtjüdischer mit jüdischen Familien deutlich ersichtlich würden<sup>141</sup>). „Dieses Material“, so begründete Nörrenberg seinen Vorschlag, „wäre heute von besonderem Wert, denn ich sehe es als eine Aufgabe der Lokalgeschichtsforschung an, den vagen Vermutungen über arisch-nichtarische Blutmischung ganz bestimmte eiskalte Tatsachen gegenüber zu stellen.“ Wentzcke antwortete darauf, das dies „zweifelloso eine sehr wichtige und nützliche Arbeit“ wäre, die „allerdings unter den heutigen Verhältnissen m. E. nicht Sache des Geschichtsvereins wäre“<sup>142</sup>). Als Nörrenberg eine entsprechende erneute Anfrage an Wentzcke schickte, ob man nicht die Witwe des verstorbenen Verfassers Klein nach dem Manuskript befragen könne<sup>143</sup>), hatte der Vereinsführer die Sache im Vorstand bereits mit dem lapidaren Kommentar abgelenkt, dass er die Arbeit nicht kenne und sie deshalb (!) ablehne<sup>144</sup>). Der Verfasser aber war ihm bekannt, denn Alfred Klein war bis zu seinem vom Verein nicht kommentierten Tod 1930 sein Kollege im Vorstand des DGV gewesen<sup>145</sup>).

Auf eine durch schieren Eigennutz motivierte, fast grotesk anmutende Parteinahme der Vereinsführer für den Nationalsozialismus lässt eine an entlegener Stelle dokumentierte Auseinandersetzung des DGV um ein schon 1932 fertig gestelltes Verzeichnis der Düsseldorfer Ärzte bis 1907 schließen<sup>146</sup>). Wenngleich es sich hierbei um einen Einzelfall handelt, wirft dieser doch unweigerlich die Frage auf, wie sich das Bild des DGV und seiner Verantwortlichen unter theoretischer Annahme einer idealen Quellenüberlieferung darstellen würde.

<sup>140</sup>) So die Tendenz in der Darstellung der nationalsozialistischen Zeit bei WESSEL (wie Anm. 24), S. 25–29.

<sup>141</sup>) StAD, XX, Nr. 520 (Schreiben Nörrenbergs vom 8.1.1934).

<sup>142</sup>) Ebd. (Schreiben Wentzckes vom 12.2.[1934]).

<sup>143</sup>) Ebd. (Schreiben Wentzckes vom 20.2.1934).

<sup>144</sup>) Protokoll der Vorstandssitzung 16.2.1934 (StAD, XX, Nr. 531a, Klade A).

<sup>145</sup>) Vgl. die Vorstandsnachrichten im DJb bis 36 (1930/1931). Klein wurde 1854 geboren. Ein jüdischer Familienhintergrund Kleins ist wohl auszuschließen (nach A. KLEIN, Familien-Geschichte Klein, o. O., o. J. [Düsseldorf 1918], hier S. 9).

<sup>146</sup>) Eingehende Darstellung und Quellennachweise bei S. LAUX, Der Düsseldorfer Geschichtsverein im Widerstand? Wilhelm Haberlings „Geschichte der Düsseldorfer Ärzte“ (1932/1936) und der Hintergrund ihrer Publikation in der Zeit des Nationalsozialismus, in: DJb 77, 2007, S. 227–261.

Gegen die Publikation des aus der Feder des DGV-Vorstandsmitglieds Wilhelm Haberling stammenden Personenverzeichnisses protestierte der früh nach der Machtergreifung der NSDAP gleichgeschaltete Düsseldorfer Ärzteverein Oktober 1936, weil darin drei Ärzte jüdischen Bekenntnisses bzw. jüdischen Familienhintergrundes genannt waren. Im Zuge des gerichtlich ausgetragenen Konflikts zwischen dem Verlag Lintz mit dem Ärzteverein trat Vollmer mit der Bitte um Fürsprache an Willy Hoppe heran. Das nachvollziehbare Interesse an unbehinderten Publikationen war dabei die eine Seite, das am Bezug der vom Ärzteverein ursprünglich zugesagten Geldzuwendung sowie an einer Abnahmegarantie seitens der Ärzteschaft eine andere. Nachdem Vollmer Walter Frank auf dem Karlsruher Historikertag (18.–23.9.1936) wegen des Ärzteverzeichnisses bereits persönlich angesprochen hatte, erlangte er über den mit Frank persönlich bekannten Hoppe schließlich ein wohlwollendes Gutachten durch das „Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands“. Franks damaliger Mitarbeiter Wilhelm Grau, der wie sein Chef die Durchsetzung eines systematischen, akademischen Antisemitismus und die unangefochtene Deutungshoheit in allen Fragen der „Judenforschung“ anstrebte, attestierte dem Verfasser (Haberling) im Oktober 1936 zwar ein völliges Fehlen eines höheren methodischen Verständnisses. Vom Verdacht des „Philosemitismus“ müsse er ihn indes freisprechen. Haberling selbst hatte schließlich mit Kräften beteuert, eine Belobigung der jüdischen Ärzte habe ihm fern gelegen. Vielmehr sei es ihm darum gegangen, die schädliche Wirkung, die „ein kleiner Trupp Juden“ entfacht habe, aufzuzeigen und damit Material für den „Kampf gegen das Judentum in der Heilkunde“ bereitzustellen. Vollmer wiederholte und bekräftigte diese Argumentation und warnte den Ärzterevertreter vor einer fortgesetzten Kritik an der Publikation Haberlings, was nämlich einer ungebührlichen Herabsetzung der Ziele des nationalsozialistischen „Reichsinstituts“ gleichkäme. Mit Hilfe dieses Gutachtens konnten Verlag und Verein den Gerichtsprozess in zwei Instanzen gewinnen und die Zuschüsse für das inzwischen publizierte Ärzteverzeichnis (DJb 38 [1934/1936]) endlich kassieren.

Das Arrangement mit einer radikal antisemitischen Institution wie dem „Reichsinstitut“ zur Erlangung einer Unbedenklichkeitserklärung ist mindestens zwiespältig, das in mehreren Schreiben bekräftigte antisemitische Bekenntnis Haberlings, der sich zwar bedrängt sah, nach Lage der Quellen aber nicht mit persönlichen Repressalien rechnen musste, mindestens dubios. Was unlängst noch als „ein Beleg mehr dafür, dass der DGV, insbesondere die Verantwortlichen in der Schriftleitung und im ‚Führerrat‘ nicht ‚auf Linie‘ waren“, gewertet wurde<sup>147</sup>), stellt sich bei kritischer Heranziehung der Quellen somit eher als diametral entgegengesetzter Vorgang da. Sollte diese Episode als unumstößlicher „Beleg“ für irgend-

<sup>147</sup>) Zit. WESSEL (wie Anm. 24), S. 27.

etwas taugen, dann für die sattsam bekannte Tatsache, dass von Konflikten im ‚System‘ des Nationalsozialismus nicht ohne Weiteres auf die moralische Widerständigkeit derer geschlossen werden kann, die die Auseinandersetzung mit dem Establishment einzugehen wagten.

### Vortragsprogramm und Vereinsleben

Ein von seiner Zeitschrift abweichendes Erscheinungsbild geben die Veranstaltungen des DGV ab, die im Wesentlichen allerdings nur durch die Namen der dort Referierenden und ihrer Themen bezeugt sind.

Zunächst ist festzustellen, dass volkstumsgeschichtliche Beiträge entsprechend der vom Gesamtvereinsvorsitzenden Wolfram 1930 verkündeten Devise erst ab 1935, dann in deutlichem Maße, Eingang in das Programm des DGV fanden. In diesem Jahr bekamen die Zuhörer Vorträge zu hören über „Einheimische Götterkulte im römischen Rheinland“ (Emil Krüger), „Das keltische Fürstengrab von Waldalgesheim“ (Eduard Neuser), „Deutschlands Westgrenze“ (Paul Wentzcke) und den „Niederrhein und die Welt der Deutschritter an der Ostsee“ (Friedrich von Klocke). Im folgenden Jahr hörte man von „Germanen am Rhein“ (Walter Kersten) und über „Aufgaben rheinischer Volkstumsforschung“ (Karl Meisen), 1937 waren der „Grenzsicherungsgedanke im Westen des Reiches“ (Leo Just), „Die germanische Besiedlung des linken Niederrheins“ (Albert Steeger), „Grundfragen der deutschen Volksgeschichte“ (Franz Steinbach), 1938 „Deutsche Königskrönungen im Rheinland“ (Albert Huyskens) und der „Weihnachtsbaum im deutschen Glauben und Brauch“ (Otto Lauffer) das Thema.

1939 sah sich der DGV aufgerufen, gegenwartsorientierte Beiträge zu liefern, und so begann 1939 Vollmer eine Vortragsreihe über die Beneluxländer, ausgehend vom Bekenntnis zur „rassischen und sprachlichen Einheit“ dieser Länder zu Beginn der Frühen Neuzeit<sup>148</sup>). Nachdem der „Deutschland erneut von den Westmächten aufgezwungene Kampf um die Existenz des Rheins“ das Programm zwischenzeitlich hatte stocken lassen, würden, so Vollmer, die Vorträge „unter dem Zeichen einer regen Beteiligung“ auch nach dem Erscheinen des vorerst letzten Bandes des DJb 1941 „aus dem Gedanken der heute engen Verbundenheit von soldatischer Wehr und geistigen Waffen ... wieder aufgenommen“. Das Bild ist indes alles andere als einheitlich: Im Kreise der Vortragenden fanden sich neben

<sup>148</sup>) Wörtlich: „Da die Aufgabe der Geschichtsvereine nicht nur darin besteht, Hüter und Mehrer der geschichtlichen Erkenntnisse der engeren Heimat im Rahmen des größeren Ganzen zu sein, sondern auch gegenwartsbezogen an der Neugestaltung der Zukunft mitzuarbeiten, wurde für den weiteren Verlauf des Winters eine Vortragsreihe angesetzt, die die Kriegsereignisse unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für den westdeutschen Raum betrachten sollte. Im Hinblick auf die Neugestaltung unserer Beziehungen zu den einst zum Reich gehörigen Randgebieten sollten die geschichtlichen Zusammenhänge mit Elsaß-Lothringen, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden herausgestellt werden.“

einem überzeugten Nationalsozialisten wie dem „Volkskörperforscher“ und „Mischlingsfahnder“ Karl Wülfrath<sup>149</sup>) ideologische Konformisten wie Franz Steinbach<sup>150</sup>), Albert Huyskens<sup>151</sup>) und Otto Lauffer<sup>152</sup>), Karriere orientierte Nachwuchswissenschaftler wie Friedrich von Klocke<sup>153</sup>) und Leo Just<sup>154</sup>), Deutschnationale wie Karl Meisen<sup>155</sup>), augenscheinlich politisch nicht Involvierte wie Albert Steeger oder Friedrich Wilhelm Oediger und in einem Fall mit dem 1932 in die SPD eingetretenen Archäologen Walter Bader (1901–1986) sogar ein Regimegegner. Bader sprach nach eigenem Bekunden im Dezember 1933 im DGV in Gegenwart des neuen (nationalsozialistischen) Landeshauptmanns Haake über die spektakulären Ausgrabungen am Xantener Dom desselben Jahrs, danach wohl noch 1942<sup>156</sup>), nachdem er Jahre zuvor zur persona non grata geworden war. Keiner der volkstumsgeschichtlichen Vorträge fand bis zur letzten Ausgabe 1941 jedoch Aufnahme im DJb. Über die Gründe dafür kann nur spekuliert werden: Auf der einen Seite ist vorauszusetzen, dass die Aufnahme des

<sup>149</sup>) Vgl. zu ihm R. KLEIN, Karl Wülfrath und das „Rheinische Provinzialinstitut für Sippen- und Volkskörperforschung“, in: DIETZ/GABEL/TIEDAU (wie Anm. 16), II, S. 791–817. Wülfrath sprach 1942 vor dem DGV über die „Gründergeneration der erneuerten Hansestadt Köln“, wobei er über den wirtschaftlichen Aufschwung in Köln im 19. Jahrhundert durch einen „Kreis blutsmäßig zusammengehöriger Persönlichkeiten“ berichtete.

<sup>150</sup>) Vgl. u.a. FAHLBUSCH (wie Anm. 45), S. 596–598.

<sup>151</sup>) S. u. S. 149f. „Ein anderes Zeugnis hinterließ ...“.

<sup>152</sup>) Vgl. zu Lauffer (1874–1949), dem 1908 ersten Direktor des Museums für Hamburgische Geschichte, H. HOETTE, Das historische Museum in Bewegung. Das Museum für Hamburgische Geschichte. Eine Fallstudie, 2001, S. 109–114, der Lauffer trotz seines hohen Wissenschaftsethos ein hohes Maß an ideologischer Anpassung gegenüber dem Nationalsozialismus attestiert. In der Frage der Kulturgeschichte des Weihnachtsbaums eckte Lauffer im übrigen im Sinne der vorgegebenen ideologischen Lesart an, doch berechtigte ihn dies kaum dazu, sich nach 1945 als Verfolgten des Regimes zu betrachten.

<sup>153</sup>) Vgl. bislang m.W. nur P. VAN GENT, Nazificatie van de academische gemeenschap in Duitsland, 1933–1940, ungedr. Doctoraalscriptie, Universiteit Gent, 2002/2003 [http://www.ethesis.net/nazificatie/nazificatie\_inhoud.htm, eingesehen 24.7.2005], hier § 6.4.1, der bei Klocke (1891–1960) trotz dessen Einstufung als „Mittläufer“ im Zuge seiner Entnazifizierung eine mehr als passive Teilhabe an nationalsozialistischem Gedankengut sieht. In der Tat setzte sich der Genealoge, Familien- und Bevölkerungshistoriker und spätere Münsteraner Ordinarius Friedrich von Klocke dezidiert für die Reform der Genealogie im völkisch-nazistischen Sinne ein (vgl. etwa F. VON KLOCKE, Die Ausstellung für Westfälische Familienkunde zu Münster 1934 und die Aufgaben familienkundlicher Ausstellungen im nationalsozialistischen Staat, in: MittWestdtGesFamilienkunde 8, Heft 4, 1934, Sp. 144–148).

<sup>154</sup>) Vgl. zu ihm FELDKAMP (wie Anm. 136).

<sup>155</sup>) Vgl. zu ihm S. LAUX, „Positivismus“ und „warme Bodenständigkeit“. Zum historiographischen Selbstverständnis der „Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein“ und ihrer Macher (1854/1855–2003), in: HELBACH (wie Anm. 2), S. 261–308, hier S. 283 mit Anm. 68.

<sup>156</sup>) Vgl. die bei S. KRAUS, Walter Bader. Denkmalpflege in schwerer Zeit (Xantener Domblätter, Bd. 9), 2001, S. 37–38, zitierte Ankündigung Baders gegenüber seiner Mutter und dort insgesamt die Kapitel 5–6. Da im DJb für das Jahr 1933 keine Rednerliste genannt ist, ist die Angabe nicht prüfbar. Vermutlich stattete der April 1933 in Nachfolge des verstorbenen Johannes Horion (1876–1933) zum Landeshauptmann erhobene Haake dem DGV im Dezember 1933 einen Antrittsbesuch ab (vgl. ROMEYK (wie Anm. 105), S. 195).

Volkstumsmotivs eine notwendige taktische Maßnahme zur vordergründigen Erfüllung ideologischer Erwartungen war. Auf der anderen Seite steht zu vermuten, dass die Vereinsverantwortlichen weniger in der Sache mit der Volkstumsgeschichte haderten als mit der Form, weil sich für die Druckbeiträge der Bezug zur Stadt Düsseldorf, auf den man wohl kaum verzichten wollte, schlechterdings nicht herstellen ließ.

#### Der DGV im Kreis der rheinischen Geschichtsvereine

Die äußere Geschichte der rheinischen Geschichtsvereine in nationalsozialistischer Zeit verlief relativ gleichförmig: Trotz unvermeidlicher Satzungsänderungen und auf das Nötigste beschränkter korporativer Einbindung in die parteinahen oder parteieigenen kulturpolitischen Institutionen wurden die Vereinsperiodika Anfang der 1940er Jahre eingestellt, während das Vereinsleben bedingt durch die Kriegsumstände zwischen 1943 und 1945 erlosch. Sofern es zu Repressalien gegen die Vereine kam, handelte es sich vermutlich in den wenigsten Fällen um konkrete Reaktionen auf wissenschaftliche oder sonstige Äußerungen, weil nicht anzunehmen ist, dass die Periodika einem flächendeckenden, differenzierten Prüfungsverfahren durch die Reichsschrifttumskammer und ihre Landesstellen unterzogen werden konnten. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Vereine in ihrer Gesamtheit vor unüberwindliche formelle Hürden gestellt wurden, indem ihre Publikationen kategorisch für wertlos erklärt wurden<sup>157</sup>). Anstrengungen zur Wiederaufnahme des Vereinslebens wurden meist sehr rasch nach 1945 unternommen, Publikationen ließen dagegen in der Regel bis in die späteren 1940er Jahre auf sich warten.

Zeitschrift	letztes Heft nach 1933	erstes Nachkriegs-heft
Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein	142/143 (1943)	144/145 (1946/1947)
Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen	61 (1941)	62 (1947)
Bonner Geschichtsblätter [begr. 1937]	2 (1938)	3 (1947)
Düsseldorfer Jahrbuch	43 (1941)	44 (1947)
Die Heimat [Krefeld]	20 (1941)	21 (1950)

<sup>157</sup>) In diesem Zusammenhang ist der weitgehende Verlust der Akten der Schrifttumsabteilung der Reichsschrifttumskammer (Bundesarchiv, Best. R 58) sowie auch ihrer Landesstellen zu berücksichtigen. Im nach 1945 entstandenen Schrifttum zur nationalsozialistischen Zensurpraxis steht fast ausschließlich belletristische Literatur im Vordergrund.

Zeitschrift	letztes Heft nach 1933	erstes Nachkriegs-heft
Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins	23 (1941)	24 (1950)
Rheinische Vierteljahrsblätter	12 (1942)	13 (1948)
Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins	61 (1940)	62 (1949)
Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins	69 (1942)	70 (1949)
Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins	95 (1943)	96 (1948)
Zeitschrift des Geschichtsvereins Mülheim a. d. Ruhr e. V. [N. F.]	5 (1938)	6 (1950)
Blätter für Deutsche Landesgeschichte	87 (1942)	88 (1951)
Historische Zeitschrift	168 (1942)	169 (1949)

Im Interesse eines umfassenderen Bildes sollen im Folgenden die Entwicklungswege der anderen größeren rheinischen Geschichtsvereine skizziert werden, ohne dass damit im gegebenen Rahmen der Anspruch auf eine jeweils vollständige Behandlung erhoben werden kann.

Ein eindrückliches Beispiel für das Beharren der Geschichtsvereine auf Autonomie ist der „Historische Verein für den Niederrhein“ (HVN). Dieser seit seiner Gründung 1854 unverkennbar im katholischen Milieu verwurzelte, anders als oft behauptet damit aber keineswegs klerikale, überaus traditionsverbundene Geschichtsverein war lange dem verbreiteten historischen Grundverständnis gefolgt und hatte sich seit frühester Zeit der Darbietung faktischer Informationen und der Traditionspflege verschrieben. Über mehr als hundert Jahre stand dabei auch hier die Zeit bis 1815 ausschließlich im Fokus der Betrachtung. Mit Ausnahme des erwähnten, nicht sonderlich einflussreichen Schriftführers von 1935 bis 1940, Leo Just, bestanden im dem Zentrum nahe stehenden Leitungskreis des Vereins weder vor noch nach 1933 nennenswerte Affinitäten zum Nationalsozialismus. De facto wurde daher auch das Führerprinzip umgangen: Wiewohl als solche 1935 ohne Zustimmung der Hauptversammlung geändert, ließ die neue Satzung weiter kollektive Beschlussfassungen auf den Hauptversammlungen zu (§ 5), befristete Vorstandsmitgliedschaften auf drei Jahre (§ 9) und brachte den „Vorsitzenden“ (nicht den „Führer“) per „Bestellung“ durch die Hauptversammlung ins Amt. Allein die Ermächtigung des Vorsitzenden, den Vorstand zu besetzen, folgte sachlich dem geforderten Prinzip. Dass sich der 1936 bis 1967 amtierende Vorsitzende, der ausgesprochen charismatische Max Braubach (1899–1975), nicht ungern als „Führer“ sah, weshalb es ihn zur abermaligen Änderung der Satzung 1953 nicht sonderlich drängte, steht auf einem anderen Blatt<sup>158</sup>). Wenn es bei der

<sup>158</sup>) Vgl. HELBACH (wie Anm. 97), S. 201 mit Anm. 63 u. 226, Anm. 143. Demzufolge war Braubach 1946 erst „neulich“ aufgefallen, dass die Satzung von 1935 überhaupt „etwas um-

Beschreibung der Vereinsziele weiterhin hieß, man wolle „die allseitige Erforschung der Geschichte dieses Landstriches“ betreiben, konnte damit wohlweislich das gegenüber der Satzung von 1854 bloß von der „Erzdiözese“ zum „Erzbistum“ umbenannte geistliche Gebiet gelten oder eben das des „Landstriches“. Dies aber waren Simplizismen, die den völkischen Lebensraumkonzepten der nationalsozialistisch konnotierten Volkstumsforschung vermutlich eher unabsichtlich spotteten. Schließlich waren auch die Publikationen der „Annalen“ von den andernorts lange vor 1933 eingesickerten Volkstumstopoi weitgehend frei geblieben und war die Kategorie ‚Raum‘ gar auf vollständiges Desinteresse gestoßen<sup>159</sup>). Da der nationalsozialistischen Ideologie damit die Einfallstore verschlossen waren, brachten die zuständigen Stellen dem HVN wohl unter allen historischen Vereinen das geringste Wohlwollen entgegen. Man hatte dort nicht ohne Grund befürchtet, dass ein Geistlicher als Vorsitzender als eine zusätzliche Provokation empfunden würde, und so trat 1936 entgegen der Praxis des turnusmäßigen Wechsels an der Vereinsspitze nicht der Bonner Theologieprofessor Wilhelm Neuß (1880–1965), sondern sein Kollege, der katholische Laie Max Braubach (1899–1975), das Leitungsamt des Vereins an<sup>160</sup>). Folgt man dem eingangs zitierten Bericht Wilhelm Kiskys von 1946/1947, dessen Spitzen gegen Kallen, Just und Steinbach der Vorsitzende Braubach aus der Druckfassung im übrigen persönlich herausgenommen haben soll, so war der Verein in nationalsozialistischer Zeit gleich zweimal von der Zwangsschließung bedroht. Genaueres ist leider nicht bekannt<sup>161</sup>). In der Tat aber hatte sich der Verein nicht zuletzt dank der couragierten Haltung seiner Protagonisten „jeglicher Konjunkturwissenschaft“ (Kisky) enthalten.

Ähnlich sieht das Bild beim Verein „Alt-Bonn“ aus, der nach 50jährigem Bestehen 1937 mit den „Bonner Geschichtsblättern“ ein Periodikum begründete. Es sollte, so der Stadtarchivar und Vereinsschriftführer Karl Heinz Kobé (1888–1959)<sup>162</sup>), „vornehmlich weiteste Kreise der Bürgerschaft mit der glanzvollen Vergangenheit Bonns bekanntmachen und sie

gestaltet“ war. Die Satzungen des HVN sind in den „Annalen“ abgedruckt (1855: 1, 1855, S. 8–11; 1904: 77, 1904, S. 253–254; 1935: 127, 1935, S. 155–156; 1953: 153/154, 1953, S. 359–361).

<sup>159</sup>) Vgl. zur Ausschließung der Volkstumsgeschichte aus dem Spektrum der „Annalen“ LAUX (wie Anm. 155), S. 280–293.

<sup>160</sup>) Vgl. u.a. PABST, Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg. Der Historische Verein für den Niederrhein in der Zeit der beiden Weltkriege, der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus (1914–1945), in: HELBACH (wie Anm. 2), S. 125–184, hier S. 137.

<sup>161</sup>) KISKY (wie Anm. 1), hier S. 227–228. Zum Hintergrund dieses viel beachteten Beitrags vgl. HELBACH (wie Anm. 97), S. 195–198, insbes. S. 197, Anm. 47–48. Die angeblichen Schließungsversuche sind nach PABST (wie Anm. 160), S. 182 nicht mehr rekonstruierbar, doch trug Wilhelm Kisky durch seine „guten Beziehungen“ zu dem oberflächlich historisch interessierten Haake zu ihrer Abwendung offenbar bei (ebd., S. 138 mit Anm. 56).

<sup>162</sup>) K. H. KOBÉ, Fünfzig Jahre Verein Alt-Bonn, in: Bonner Geschichtsblätter 1, 1937, S. 1–43, Zit. S. 42 (vgl. auch das Vorwort, ebd., S. VI–VIII).

dazu bewegen, an der Pflege dieses kostbaren und verpflichtenden Erbes tätigen Anteil zu nehmen“. In den nur zwei bis zur Einstellung erschienenen Ausgaben finden sich nicht eine Andeutung von Konzessionen an das Regime – eine angesichts des Gründungsjahrs bemerkenswerte Haltung, zumal sich die Vereinsführung, wenn man einer Selbstdarstellung Glauben schenken darf, gegenüber personalpolitischen Bevormundungen seitens der Stadt zu erwehren hatte<sup>163</sup>). Auch im „Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins“ sind keine nennenswerten Anklänge an die nationalsozialistische Geschichtsauffassung anzutreffen, sieht man von der Kriegsgeschichte Kölns ab, die dem Verein im letzten erschienenen Band 1941 sicher wider Willen und besseres Wissen um deren wissenschaftliche Wertlosigkeit von einem obskuren Verfasser aufgenötigt worden war<sup>164</sup>).

Ein anderes Zeugnis hinterließ der Aachener Geschichtsverein, dessen Vorstand zwar ebenfalls eine sachlich wie terminologisch ‚weiche‘ Satzungsänderung vollzog, allerdings durch den beschämenden, schon im Herbst 1933 statuierten Ausschluss ‚nichtarischer‘ Personen einen Kotau vor dem Nationalsozialismus machte<sup>165</sup>). Anlässlich der Einführung der neuen Satzung hatte Albert Huyskens (1879–1956), der bis dahin Schriftführer war, aber sicher als designierter Leiter feststand und dieses Amt im Juni 1934 auch antrat, vor dem Verein „einen großangelegten Vortrag über die Geschichtsauffassung des Dritten Reiches und die Arbeit und Aufgaben der deutschen Geschichtsvereine“ gehalten<sup>166</sup>). Herbert Lepper sah zuletzt 1997/1998 in dieser Rede eine Relativierung der nationalsozialistischen „Geschichtsphilosophie“ in Form einer „geradezu artistischen Doppelbödigkeit“. Huyskens, so Lepper, habe mit dieser Rede „unmißverständlich Position bezogen“. Ganz abgesehen davon, dass Unmissverständlichkeit kein Ausfluss von „Doppelbödigkeit“ ist: Der Begriff der „Geschichtsphilosophie“ war gar nicht gefallen, wohl aber hatte Huyskens nicht nur die Rassenlehre nach den Vorstellungen Hitlers referiert, sondern auch nach eigenem Dafürhalten „eine stärkere Pflege der Vorgeschichte, der Rassen- und Volkstumsfragen“ für die Arbeit der historischen Vereine

<sup>163</sup>) DIETZ (wie Anm. 25), S. 5 schildert knapp über den Verein „Alt-Bonn“, dass „die Stadt“ dem Verein 1942 einen Vorsitzenden aufzudrängen und die „Ausbootung“ der amtierenden Vorsitzenden durchzusetzen versuchte. Dem habe man sich aber versperrt und Personen nach eigener Entscheidung eingesetzt.

<sup>164</sup>) E. ZANDER, Köln als befestigte Stadt und militärischer Standort, sowie DERS.: Bensberg als Standort, in: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins 23, 1941, S. 1–132 bzw. 133–140. Der Verfasser (1875–1954) war Oberstleutnant und so genannter „Stadtamann“ von Köln.

<sup>165</sup>) So in § 2 der Satzung vom 24.11.1933 (Druck dieser Satzung und der Nachfolgeversion vom 29.3.1946 bei LEPPER (wie Anm. 131), Anh. IV).

<sup>166</sup>) Die Wiedergabe durch Huyskens selbst (!) in der Vereinschronik der ZAachenGV 55 (1933/1934), S. 252–253 ist eine Zusammenfassung mit Zitatauszügen, in denen der Begriff „Geschichtsphilosophie“ nicht genannt wird. LEPPER (wie Anm. 131), S. 16\*–18\* bezieht sich auch auf die Archivalie, die sich an der von ihm angegebenen Stelle allerdings nicht befindet (frdl. Mitteilung Dr. Thomas R. Kraus, Stadtarchiv Aachen).

postuliert. Noch beherzter tat er dies als Vorsitzender der „Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde“: In seinem Beitrag zum 25jährigen Bestehen der Gesellschaft 1938 stellte er es als eine banale und nicht erklärungsbedürftige Tatsache hin, „daß unsere Gesellschaft sich keinen besonderen Ruck zu geben brauchte, um ihre schon von Anfang an im Sinne der rassischen Erneuerung unseres Volkes geleistete Arbeit der nationalsozialistischen Zielsetzung des neuen Reiches nach dem Umbruch anzupassen“<sup>167</sup>). Angesichts der beträchtlichen Aufwertung der Familienforschung im nationalsozialistischen Geschichts- und Gesellschaftsdenken trat Huyskens allerdings einer ausschließlich biologistischen Betrachtungsweise entgegen. 1934 sprach er sich öffentlich dagegen aus, „Vererbungslehre und Eugenik zu einem wesentlichen Bestandteil der Familienforschung zu machen“<sup>168</sup>). Da aber auch Äußerungen von ihm bezüglich der anzustrebenden Reinhaltung der „arischen Rasse“ überliefert sind, ging es ihm augenscheinlich weniger um ideologischen Widerspruch als darum, die eigene Domäne gegenüber der konkurrierenden Rassenbiologie zu sichern<sup>169</sup>). Bei volkstumswissenschaftlichen Aktivitäten der 1931 gegründeten „Rheinischen Forschungsgemeinschaft“ fehlte Huyskens im übrigen selten: Schließlich dürfte er sich als Vertreter der ‚Aachener Grenzmark‘ in besonderem Maße dazu prädestiniert gefühlt haben, bei Volkstumsfragen mitzureden. Huyskens’ weitgehendes ideologisches Entgegenkommen gegenüber dem Nationalsozialismus und seinen Parteieintritt in die NSDAP zum 1. Mai 1933 prima vista als taktische Maßnahmen eines insgeheim widerständigen Mannes zu werten, seinen gleichwohl konstatierten „Opportunismus“ als Ausfluss eines „liberalistischen Wissenschaftsverständnisses“ hinzustellen, ist somit ein fragwürdiger Relativismus<sup>170</sup>).

Ein Blick soll schließlich noch auf die kleineren Vereine und ihre Publikationen geworfen werden, in denen sich bekenntnishafte Äußerungen im Sinne des Nationalsozialismus auffällig häuften. So wollte im Dezember 1934 der zum Führer des „Historischen Vereins für Geldern und Um-

<sup>167</sup>) A. HUYSKENS, Zum silbernen Jubiläum unserer Gesellschaft, in: *MitWestdtGesFamilienkunde* 10, Heft 1, 1938, Sp. 1–8, Zit. Sp. 5–6. Ebd. 8, Heft 9, Sp. 336–337.

<sup>168</sup>) Rheinische Familienforschung und rheinische Geschichtsforschung, in: *Rheinische Heimatpflege* 6, 1934, S. 254–259, Zit. S. 257.

<sup>169</sup>) Vgl. Huyskens’ „Gedanken zur amtlichen Förderung der Volkssippenforschung“, die auf Anfechtungen durch den am Hamburger Institut für Rassenbiologie bei Walter Scheidt beschäftigten Wilhelm Klenck gegen die traditionelle Familien- und Sippenforschung reagierten. Gegen Klencks 1934 publizierte Schrift „Bevölkerungsgenealogie. Aufgaben der Familienkunde im Dritten Reich“ (1934) richtete der just pensionierte Weimarer Staatsarchivdirektor Armin Tille (1870–1941) im Folgejahr eine Schrift desselben Titels, in der er sich gegen den Vorwurf einer soziologischen (statt biologistischen) Auffassung der Familienkunde verwahrte. Postulate Huyskens’ im Sinne der nationalsozialistischen Eugenik enthält u.a. seine Schrift „Rheinische Familienkunde“ (1935), auf die mich Dr. Klaus Wisotzky aufmerksam machte.

<sup>170</sup>) Vgl. dagegen die klar begründete und dokumentierte Stellungnahme bei KREBS/TSCHACHER (wie Anm. 22).

gend“ erhobene Georg Lamay (1885–1938)<sup>171</sup>), ein 1908 in Bonn unter Aloys Schulte promovierter Mediävist, die „Tätigkeit der Heimatvereine unmittelbar im Dienst des Aufbauwerkes des Führers“ sehen. Deshalb müsse der Verein künftig „politisch“ werden. Nicht in der Abkehr vom großen Ganzen, sondern über die „Selbstbesinnung auf die Tiefen unseres Seins“ gelte es, „die Kräfte zu sammeln und zu stählen für einen kulturellen Wiederanstieg unseres Deutschen Volkes“. Auch der von 1930 bis 1967 amtierende Vorsitzende des „Historischen Vereins für Stadt und Stift Essen“, Karl Mews (1930–1945), auch er ein im Fach Geschichte promovierter Lehrer, versprach sich als Ertrag der Erziehungsarbeit der Geschichtsvereine die Schaffung von „treuen, tatbereiten und opferwilligen Staatsbürgern“. Mit ihnen, so der geistig im Bann antimarxistischen Denkens und einer tiefen Ablehnung des Versailler Vertrags stehende Mews, seien „Aufstieg und Gesundung“ des 1919 zum „Verbrechervolk“ degradierten deutschen Volks zu erlangen<sup>172</sup>). Ähnlich ist die Diktion auch bei Anton Meyer im Geleitwort des 1933 begründeten Heimatblatts „Rurland“ des 1897 gegründeten „Dürener Geschichtsvereins“, welcher bis zu seiner Eigenständigkeit 1938 wie der „Stolberger Geschichtsverein“ eine Ortsgruppe des Aachener Vereins gewesen war: Anlässlich des Einzugs deutscher Soldaten in der Dürener Garnison im Januar 1938 steuerte Meyer – auf Aufforderung des Bürgermeisters, wie es heißt – in jenem Jahr zu einer neu gegründeten Schriftenreihe seine „Wehrgeschichte der Stadt Düren“ bei<sup>173</sup>).

Die Polemiken Meyers gegen die bis dato angeblich marxistisch (!) gefärbte Heimatgeschichte oder die Einlassungen Oskar Viedebantts an der Spitze des „Jülicher Geschichtsvereins“<sup>174</sup>) über die nicht genügend deutschzentrierte Geschichtsbetrachtung verdeutlichen die Aufbruchstimung im Jahre 1933 unter den eher volkstümlich ausgerichteten Vereinen.

<sup>171</sup>) So der Bücherwart Schumacher über die Jahreshauptversammlung des Vereins am 9.12. 1934 im „Tätigkeitsbericht“ des Vereins für 1934, in: *Jahrbuch der Arbeitsgemeinschaft der rheinischen Geschichtsvereine* 1, 1935, S. 112–113. Ganz ähnliche Worte im Sinne „Adolf Hitlers, des Schöpfers Großdeutschlands“, äußerte Lamay selbst: *Der historische Verein. Seine Entstehung, seine Ziele, und seine Aufgabe in heutiger Zeit*, in: *Geldrischer Heimatkalender* 1939, S. 91–92, Zit. S. 91.

<sup>172</sup>) Vgl. WISOTZKY (wie Anm. 17), S. 106 u. 115.

<sup>173</sup>) In: *Das Rurland* 1, 1933, S. 1–2. Der Verfasser des Aufrufs wie der „Wehrgeschichte“, „Dr. A[nton]“ Meyer, war der Sohn des im Nachwort der Monographie als „A. Meyer“ bezeichneten gleichnamigen Konrektors (1887–1956). Vgl. zur äußeren Vereinsgeschichte H. J. DOMSTA, 75 Jahre Dürener Geschichtsverein 1897–1972, in: *Dürener Geschichtsblätter* 61, 1972, S. 5–16. Vorsitzender des Geschichtsvereins war bis zu seinem Tod 1944 der nationalsozialistische Bürgermeister Schmitz, dem unlängst bis zu seiner Absetzung im Oktober 1942 eine moderate politische Haltung zugesprochen wurde (vgl. P. STATZ, Peter Josef Schmitz, Bürgermeister in Düren 1933–1942, in: *Dürener Geschichtsblätter* 86, 2004, S. 65–214).

<sup>174</sup>) Vgl. W. GUNIA, Jülicher Geschichtsverein und Jülicher Gymnasium – Ein Rückblick auf ein 75jähriges Zusammenwirken, in: VON BÜREN/FUCHS (wie Anm. 20), S. 49–63, hier S. 54–55.

Ein Beispiel hierfür ist auch der „Bergische Geschichtsverein“, der in nationalsozialistischer Zeit nicht weniger als fünf Abteilungsneugründungen erlebte, deren Fokus sich von dem der Hauptabteilung merklich unterschied. Zwar lässt sich aufgrund dieser dezentralen und folglich auch personell stärker verzweigten Struktur des Vereins kein einheitliches Bild zeichnen, zumal sich in Einzelfällen durchaus Formen passiven oder auch nonkonformen Verhaltens finden ließen. Unter dem Strich bestätigt aber der Befund, dass die Unterabteilungen im Verhältnis zum Hauptverein mit seinem Flugschiff, der schon seit 1863 erscheinenden „Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins“, eine größere Affinität zur nationalsozialistischen Ideologie besaßen, die übergreifende Tendenz, dass die wissenschaftlichen Vereinspublikationen sich in Zurückhaltung gegenüber dem Regime übten.<sup>175)</sup>

Der angeführte Enthusiasmus von Lamay, Meyer und Viedebant und anderen Funktionären steht somit für die relativ größere Attraktivität der nationalsozialistischen Ideologie aus der Sicht der kleineren Vereine, die die von ihnen gehegte historische Parzelle nunmehr zur Kristallisation des großen Ganzen aufgewertet sahen. Hinter den ungezählten Beteuerungen der Verbundenheit mit der Volksgemeinschaft durch Blut und Boden stand neben der charakteristischen Mischung aus echter Bekenntnishaftigkeit, Naivität und demonstrativer Fügsamkeit auch das kalkulierte Interesse an Zulauf und öffentlicher Förderung: So äußerte Lamay, der zwar dem (nach dem 1841 gegründeten Bonner „Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande“) zweitältesten, aber nicht vitalsten der rheinischen Geschichtsvereine vorstand, die Hoffnung, „weitere Kreise als bisher, ja alle Volksgenossen für den Verein und seine Bestrebungen zu gewinnen“<sup>176)</sup>. Lamay starb noch 1938, und seine ambitionierten Pläne wurden nach seinem Tod nicht weiterverfolgt. Der Verein dümpelte vor sich hin, bis auch seine Publikationstätigkeit eingestellt wurde<sup>177)</sup>. Der vom Landrat des (bis 1975 bestehenden) Kreises Geldern seit 1938 herausgegebene „Heimatkalender des Kreises Geldern“ dagegen wurde erstaunlicherweise bis zum Kriegs-

<sup>175)</sup> Differenzierte Nachweise bei SASSIN (wie Anm. 18), Kap. „Gründung neuer Abteilungen“, S. 190–207.

<sup>176)</sup> Erst seit 1899 publizierte der Verein eine Schriftenreihe mit jährlichen Monographien, zudem unregelmäßige Sonderveröffentlichungen. 1938–1942 erschien mit dem „Heimatkalender des Kreises Geldern“ das erste Periodikum, das in den Kriegsjahren 1943–1945 als „Kriegs-Heimatkalender für Ruhr und Niederrhein“ eine überregionale, provisorisch angelegte Fortsetzung fand. In der Vereinsgeschichte von K. KELLER, Geschichte des Historischen Vereins für Geldern und Umgegend (Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Geldern und Umgegend, Bd. 66), 1968, hier S. 39, heißt es zu Lamay: „Er wurde dadurch ein Opfer des Nationalsozialismus, daß die Gewissenskonflikte, die er durchstehen mußte als Gegner des Systems seine Gesundheit so sehr schwächten, daß er am 28. November 1938 einem Schlaganfall erlag.“ Ansonsten wird der Nationalsozialismus hier nicht erwähnt.

<sup>177)</sup> Ab 1899 hatte der Verein jährliche Monographien sehr bescheidenen Umfangs herausgegeben. Sie wurden 1974 unverändert nachgedruckt, wobei einige Hefte der NS-Zeit (Nummern 53, 55–58) nach Angabe der Herausgeber bibliographisch nicht mehr zu ermitteln waren.

ende fortgeführt. Von 1942 bis 1945 firmierte er als „Kriegs-Heimatkalender für Ruhr und Niederrhein“, in dem die Blätter der umliegenden Heimatvereine eingingen. In bunter Mischung sollte er mit militärischen und politischen Durchhalteparolen, Bauernregeln und Plaudereien über heimatisches Brauchtum zur Erbauung an der Kriegs- und Heimatfront beitragen. Ähnlich sieht es mit dem „Jahrbuch des Kreises Ahrweiler“, dem „Heimatkalender für den Kreis Neuwied“ und dem „Heimatkalender für den Kreis Moers“ aus<sup>178)</sup>, wo lokale und regionale Parteiprominenz Gelegenheit fand, das Wort zu führen. Diese drei Heimatzeitschriften, die jeweils von den Landkreisen herausgegeben wurden, weisen nicht zufälligerweise ein anderes Gepräge auf als beispielsweise die Krefelder „Heimat“, für die ein lokaler Geschichtsverein verantwortlich zeichnete, der am zivilen Charakter des Blattes festhielt. Aus der Sicht der NSDAP-Behörden waren dagegen die halbamtlichen Heimatpostillen eher als die vereinseingebundenen wissenschaftlichen oder wissenschaftsnahen Organe geeignet, das allorts registrierte „starke Bedürfnis breiter Bevölkerungskreise nach volksverwurzelten Veranstaltungen“<sup>179)</sup> zu befriedigen.

Der Vergleich der Vereine im Rheinland – und darüber hinaus – weist somit zwar strukturelle Analogien auf. Daneben aber schlugen in jedem Einzelfall spezifische Ausprägungen zu Buche, die durch die Individualität der jeweiligen Leitungspersönlichkeiten bedingt waren. Deren persönliche Haltung gegenüber dem Regime bewegte sich im Spektrum von weitgehender bis partieller Befürwortung, Opportunismus, vorgetäuschter Konformität und vorsichtiger Widerständigkeit, wenngleich sicherlich Klaus Pabst zuzustimmen ist, dass es nirgendwo „offenen Widerstand“, Vereinsauflösungen oder „Untertauchen“ gab<sup>180)</sup>. Man mag freilich auch in dieser Vielfalt der Erscheinungsformen eine strukturelle Konstante sehen: Denn ungeachtet ihrer kollegialen Verfasstheit waltete in den historischen Vereinen eine patriarchalische Hierarchie vor, so dass sich vielfach (wenn nicht typischerweise) einzelne Personen mit hohem Einfluss anschickten, den Kurs ihres Vereins nach eigenem Gusto vorzugeben. Personalwechsel in den Führungsgremien wurden dagegen in der Regel nicht durch politische Grundsatzentscheidungen, sondern durch Krankheit bzw. Tod, Wegzug, Rückzug ins Private etc. bedingt. Die Frage, wer nachrückte, wurde nicht immer vordringlich oder auch überhaupt von ideologischen Kriterien

<sup>178)</sup> Der „Jahrbuch des Kreises Ahrweiler“ war nach längerem Aussetzen bis 1927, 1936 erneut und ab 1937 als „Jahrbuch“ erschienen, das „heimatgeschichtliches Geschehen einerseits und die Arbeit der Partei- und Verwaltungsdienststellen andererseits in einem Werke der breiten Öffentlichkeit nahe zu bringen“ bezweckte. Ab 1939 führte das „Jahrbuch“ einen Abschnitt zur regionalen „Sippenkunde“. Beide Jahrbücher erschienen bis 1941, der 1938 begründete „Heimatkalender für den Kreis Moers“ bis 1942.

<sup>179)</sup> Zit. aus H. BOBERACH (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Bd. 8: Nr. 212 vom 18. August 1941 – Nr. 246 vom 15. Dezember 1941, 1984, hier Nr. 242 (1.12.1941), S. 3046–3048.

<sup>180)</sup> PABST, Thesen (wie Anm. 10), S. 36 (These 3).

abhängig gemacht. Gerade bei den öffentlich weniger exponierten Vereinen stellte sich stets die Frage, wer – zumal unter den Bedingungen des Krieges – überhaupt für ehrenamtliche Vereinsarbeit zur Verfügung stand. Der Anteil an NSDAP-Mitgliedern im Spektrum von „Alten Kämpfern“ bis zu „Märzgefallenen“ konnte deshalb von Fall zu Fall sehr unterschiedlich sein<sup>181</sup>). Die Erhebung gleichermaßen öffentlich bekennender wie einflussreicher Nationalsozialisten zu Vereinsführern wie die von Landeshauptmann Haake durch den Bonner „Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande“ im Sommer 1933<sup>182</sup>) war eher die Ausnahme. In diesem Fall folgte sie der überkommenen Praxis, den Landeshauptmann als Leiter der Rheinischen Provinzialverwaltung an die Spitze des Vereins zu stellen.

Während die Biographien der Vereinsführer in Einzelfällen eine bedenkliche Affinität gegenüber dem Nationalsozialismus aufwiesen, ist hinsichtlich der publizistischen Erzeugnisse der Vereine insgesamt festzustellen, dass sie sich trotz mancher motivischen Anleihe an den Zeitgeist nicht als Propagandainstrumente nutzen ließen. Einer der Gründe dafür dürfte das für historische Vereine typische Gesellschaftsmilieu mit dem ihm eigenen Erwartungshorizont gewesen sein. Betrachtet man die Geschichtsvereine nämlich als soziales Sammelbecken, so lässt sich ihre Klientel dem bildungsbürgerlich geprägten höheren Mittelstand zuordnen. Dies zeigt sich beispielsweise anhand der weitgehend vollständigen Mitgliederliste des DGV von 1933 mit ihrer beträchtlichen Quote an Akademikern und Angehörigen von Justiz, Verwaltung, Medizinalwesen<sup>183</sup>). In anderen historischen Vereinen, etwa im „Jülicher“ oder „Dürener Geschichtsverein“ oder im „Historischen Verein für Stadt und Stift Essen“, war diese Form der Zusammensetzung ganz ähnlich<sup>184</sup>).

<sup>181</sup>) Sehr eindrücklich zeigt dies mit Blick auf die Unterabteilungen des „Bergischen Geschichtsvereins“ SASSIN (wie Anm. 18), bes. S. 201.

<sup>182</sup>) Die Tatsache referiert NIKOLAY-PANTER (wie Anm. 16), S. 391–393, die den stellvertretenden Vereinsvorsitzenden (Karl Leopold) Kaufmann (1863–1944) und Prof. Franz Steinbach (1895–1993) als treibende Kräfte bei der Erhebung Haakes nennt.

<sup>183</sup>) Die letzte umfassende Mitgliederliste, die Personen bis zum Ende 1933 führt, zählt 340 bis dato nicht ausgetretene bzw. ausgewiesene Personen (StAD, Nr. XX 597 mit handschriftlichen Eintragungen auch der Vereinsaustritte bis Ende 1933). Darunter waren 243 Männer (= 78% der Personen), 68 Frauen (= 22%), 27 Körperschaften oder Firmen und 2 Personen unidentifizierbaren Geschlechts. Der Akademikeranteil ist beträchtlich (allein 77 Personen promoviert!). Hinsichtlich der (in 78 Fällen nicht genannten) Berufsgruppen standen Angehörige des Bildungsbereichs (70 Personen) vor Gewerbetreibenden (mindestens 61), Justiz- u. Verwaltungsangehörigen (59), Ärzten und Apothekern (18) sowie Geistlichen (6). Religions- und Konfessionszugehörigkeiten sind nicht ausgewiesen. Gegenüber dem 1897 überlieferten Mitgliederverzeichnis hatten sich 1933 v.a. die Zahl der Personen im Bildungsbereich erhöht, die der Gewerbetreibenden reduziert.

<sup>184</sup>) Vgl. G. BERS, Die Sozialstruktur des Jülicher Geschichtsvereins im Jahre 1932, in: Neue Beiträge zur Jülicher Geschichte 9, 1998, S. 157–161. Bers entnimmt einer 130 Personen umfassenden Mitgliederliste vom Frühjahr 1932 v.a., dass (1) 10–13% der Mitglieder Frauen waren, (2) das bürgerliche bis rechtskonservative Spektrum, (3) allerdings ohne er-

### Zusammenfassung und Fazit

Nach Lage der zur Verfügung stehenden Quellen leisteten die rheinischen Geschichtsvereine weder einen ideologisch substanziellen noch in der nationalsozialistischen Logik wirkungsvollen Beitrag zur Geschichtspopaganda. Folgende Gründe lassen sich hierfür anführen.

(1) Die ambitionierten, dabei gleichwohl planlosen, widersprüchlichen und nicht selten plumpen kulturpolitischen Zumutungen, mit denen verschiedene nationalsozialistische „Parteigliederungen“ (so eine zeitgenössische Wahrnehmung) die Vereine konfrontierten, stießen auf ein beharrliches Selbstständigkeitsbedürfnis, das für die Geschichts- bzw. allgemein die Traditionsvereine absolut konstitutiv war. Den Geschichtsvereinen, umgekehrt, musste ein Arrangement mit dem Regime aufgrund der daraus resultierenden Infiltration und Entmündigung auf mehreren Ebenen per se als unattraktiv erscheinen.

(2) Die Geschichtsvereine ließen sich somit für den Nationalsozialismus nur in dem Maße mobilisieren, wie sich mit dem Opportunismus einzelner Vereinsführer spielen ließ. Gerade in den kleineren Vereinen scheint es in der Tat, dass es manchem nunmehr zum „Führer“ aufgestiegenen Honoratioren gefiel, sich als Gewährsmann deutschen Volkstums auf dem von ihm bestellten Feld darstellen und nunmehr mit höherer Legitimation zur Mitwirkung am Vereinsgeschehen aufrufen zu können. Die Verantwortlichkeit für eine aktive Parteinarbeit im Sinne des Nationalsozialismus, wie sie in jüngster Zeit bei der „Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde“ und dem „Bergischen Geschichtsverein“ nachgewiesen wurde<sup>185</sup>), deren Vereinsführer jeweils explizite Bekenntnisse zur rassischen Volks- und Familienkunde machten, ging somit in erster Linie auf individuelles Verhalten zurück. Derartige „Ausreißer“ einzelner Personen sind qualitativ wie quantitativ keineswegs zu unterschätzen: Ihre Offenlegung bedeutet noch heute einen schmerzhaften Vorgang für manchen Geschichtsverein. Dessen ungeachtet kann von einer nationalsozialistischen historischen Programmatik selbst in den Vereinen, in denen nationalsozialistisch gesinnte Führungspersönlichkeiten etabliert waren, keine Rede sein.

(3) Das Führerprinzip wurde zwar, soweit bekannt, in allen Geschichtsvereinen durchgesetzt. Eine tiefgreifende, strukturelle Gleichschaltung erfolgte aber nicht, weil kein systematischer oder überhaupt kein Austausch der verantwortlichen Personen stattfand. Ein versierter und im

kennbare NSDAP-Mitglieder im Verein vertreten war, (4) mindestens zwei Juden Mitglieder waren, (5) der Verein weitgehend auf die Stadt Jülich beschränkt war, (6) „die bildungsmäßig und wirtschaftliche gehobene Mittelschicht als sein Rekrutierungsfeld ansah“ und (7) die Berufsgruppe der Lehrer bzw. Studienräte dominierte. Zu Düren: DOMSTA (wie Anm. 173), S. 10–11 u. 16, zu Essen WISOTZKY (wie Anm. 17), S. 169–171 (Aussagen über die „Sozialstruktur der Mitglieder 1963“).

<sup>185</sup>) Vgl. KREBS/TSCHACHER (wie Anm. 22) bzw. SASSIN (wie Anm. 18), u.a. S. 163, 172, 185–186.

vertrauten Kreis anerkannter Historiker an der Spitze oder im Vorstand eines Geschichtsvereins zeichnete sich in erster Linie durch die Kenntnis der heimischen Überlieferungen aus, nicht aber bis dahin unbekannter Volkstumskonzepte. Daran sollte sich auch 1933 nur selten etwas ändern. Ebenso wenig änderte sich 1933 die bildungsbürgerlich geprägte Mitgliederstruktur der Vereine und der Erwartungshorizont dieser Basis. Das eingangs erwähnte Beharren des 1927 im „Düsseldorfer Geschichtsverein“ abgetretenen Vorsitzenden Nörrenberg auf der Kulturleistung des Bürgertums ist somit ein eindrückliches Beispiel dafür, dass sich die in Geschichtsvereinen assoziierten, in der Mehrzahl der älteren Generation angehörigen Mitglieder einem Kulturerbe verpflichtet fühlten und dessen Konservierung als zentrale Aufgabe ansahen. Das freilich harmonisch bereinigte historische Erbe fungierte im gedanklichen Horizont der vielfach kulturpessimistisch gesinnten Geschichtsfreunde als Gegenentwurf zu einer als ahistorisch begriffenen Gegenwart. Dieses ursprünglich von der Spätromantik geprägte Geschichtsbild bildete eine Konstante im Selbstverständnis der Geschichtsvereine seit Anbeginn ihres Bestehens. Nicht von ungefähr ergab sich daraus der elitäre Anspruch der Vereinsführer, der sich auch in den publizistischen Erzeugnissen der Vereinsorgane widerspiegelte. Ohne dass wir über das Rezeptionsverhalten näher informiert wären, lässt sich doch plausibel vermuten, dass das Gros der Vereinsmitglieder die in den Zeitschriften publizierten, nicht selten überaus schwerfälligen akademischen Schriften bestenfalls sehr selektiv zur Kenntnis nahm. Wie sich an den Vortrags- und Ausflugsprogrammen der Vereine abzeichnet, bot das leicht popularisierbare Volkstumsideologem hier am ehesten die Möglichkeit, die Distanz zwischen Fachwissenschaftlern und einer ehrfürchtig teilnehmenden Laienschaft zu überbrücken. Volkstümmlichkeit aber war nicht gleichbedeutend mit völkischer Ideologie.

(4) Selbst Vereinsfunktionäre, die mit dem Nationalsozialismus sympathisierten und bereit gewesen wären, ideologisch opportune Themen und Wertungen in den Vordergrund zu rücken, scheuten sich, dies in den Publikationsorganen der Vereine zu tun und damit unvermeidlich mit althergebrachten Formen der Traditionspflege zu brechen. Hierbei schlägt zu Buche, dass die Geschichtsvereine ihr Selbstverständnis von lokalen bzw. regionalen Traditionen herleiteten, die mit dem völkisch-nationalen Chauvinismus des Nationalsozialismus nur schwerlich zusammengingen. Dies gilt für die katholisch geprägten rheinischen Geschichtsvereine um so mehr, als sie den preußisch-nationalen Traditionen distanziert bis desinteressiert gegenüber standen. Aufgrund der territorialen Kleinteiligkeit der politischen Strukturen in der Zeit vom Spätmittelalter bis zum Ende des Alten Reiches, auf die fast alle Vereine ihr historisches Interesse reduzierten, traten Staatstraditionen hinter kulturellen deutlich zurück. Ungeachtet vielfacher patriotischer Bekenntnisse seitens der Verantwortlichen der Geschichtsvereine hatte deren Provinzialismus oder Lokalismus schließlich schon seit dem 19. Jahrhundert in einer latenten Spannung zum etablierten

nationalen Geschichtsbild gestanden, ohne dass deshalb notwendigerweise von einem konfrontativen Partikularismus zu sprechen wäre<sup>186</sup>). Von diesem Konflikt zeugen die immer wieder bekräftigten Forderungen nationalsozialistisch gesinnter Funktionäre und mitunter auch professioneller Historiker an die Adresse der Vereine, diese sollten den Blick über ihre lokalen Traditionsbestände erheben und sich endlich für Nation und Volkstum stark machen<sup>187</sup>).

(5) Die festgestellte Distanz der Geschichtsvereine gegenüber dem Nationalsozialismus war vielleicht in erster Linie die mentalitätsbedingte Folge ihrer notorischen Weigerung und Unfähigkeit, sich in methodischer Hinsicht weiterzuentwickeln. Wenn 1938 ein Rezensent des „Düsseldorfer Jahrbuchs“ beklagte, die 1933 aufgekommene „Schrifttumsflut“ sei von der Zeitschrift gar nicht mehr zu erfassen, so spricht daraus eben auch die Überforderung angesichts der methodischen Erneuerung der Geschichtswissenschaft jener Zeit, möge diese auch allein der Bestätigung volkstumsideologischer Prämissen gedient haben. Die vollmundige Ankündigung des Düsseldorfer Vereinsführers Paul Wentzcke, man werde sich künftig der „synthetischen Methode der landesgeschichtlichen Forschung“ zuwenden, blieb denn auch pure Theorie bzw. die Ambition eines Vereinsfunktionärs ohne wissenschaftlichen Rückhalt vor Ort: Für den großen Plan fanden sich nämlich keine geeigneten Leute, und Wentzcke kehrte dem Verein noch in demselben Jahr den Rücken. Die gleichsam versteinerte Erinnerungs- bzw. Gedenkkultur der Geschichtsvereine blieb somit gegenüber den elaborierten Geschichtstheorien des Nationalsozialismus verschlossen (und nach 1945 über Jahrzehnte blind gegenüber der moralischen Pflicht und historiographischen Verpflichtung zur Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit). Aufgrund dieses allenfalls punktuellen Entgegenkommens der Geschichtsvereine ist es zu verstehen, dass im geistigen und institutionellen Umfeld eines Walter Frank systematische Versuche zu deren ideologischer Einbindung letztlich ausblieben.

Wie die Geschichte des ausnehmend gut dokumentierten „Düsseldorfer Geschichtsvereins“ in wohl paradigmatischer Weise zeigte, fand die programmatische Verschärfung des Heimatgedankens zum Volkstumskampf nicht bzw. nicht maßgeblich in den Geschichtsvereinen statt: Sie war ein Prozess, der sich an den wissenschaftlichen Landes- und Grenzforschungsinstituten bzw. an den Universitäten vollzog, forciert nicht durch ehrenamtlich wirkende Laien, sondern durch innovationsbereite und -fähige Fachwissenschaftler mit ihren für die Übergangsphase der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus charakteristischen Karrierevoraussetzungen und -erwartungen.

<sup>186</sup>) Vgl. CLEMENS (wie Anm. 8), S. 152.

<sup>187</sup>) Vgl. K. DITT, Regionalismus in Demokratie und Diktatur: Die Politisierung der kulturellen Identitätsstiftung im Deutschen Reich 1919–1945, in: WestForsch 49, 1999, S. 421–436, hier S. 432.